STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19050608

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 132. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 8. Juni 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Die Herren Diplomaten.

Fürst Bülow hat noch als Graf im preußischen Herrenhause, um der scharfmacherischen Junkerschaft gefällig zu sein, das rote Gespenst aufsteigen lassen. Er meinte, der Kampf mit der Sozialdemokratie könne kommen, aber er müsse im richtigen Augenblick, mit den richtigen Waffen und auf dem richtigen Felde geführt werden. Diese tiefe und geheimnisvolle Weisheit beweist nur, daß der Reichskanzler auch ein Zögling der alten staatsmännischen Schule ist. Wenn er von „dem“ Kampfe gegen die Sozialdemokratie spricht, so meint er natürlich nicht den gegenwärtigen, den Staat und Gesellschaft gegen die Arbeiterbewegung führen, sondern jenen auch von Bismarck, Eulenburg, Hammerstein und anderen ersehnten Straßenkampf, bei dem die Sozialdemokratie von der überlegenen Militärgewalt niedergeschmettert wird. Möge dem Reichskanzler, der auf diesen Kampf wartet, die Zeit nicht zu lang werden, wie Bismarck, der auch zwölf Jahre lang vergeblich auf denselben gewartet hat.

Es würde für die Interessen des Deutschen Reiches viel förderlicher sein, wenn der Herr Reichskanzler die Spezialwünsche der ostelbischen Junker etwas mehr bei Seite lassen und sich vornehmlich um diejenigen Dinge kümmern wollte, an deren Weiterentwicklung die Augen der ganzen Welt hängen.

Die Weltlage ist eine ganz veränderte geworden. Rußlands herrschende Gewalten sind niedergeworfen. Daraus würde sich für eine Regierung, die im Interesse des deutschen Volkes die Situation ausnutzen will, die Pflicht ergeben, auf eine Verständigung mit den Mächten hinzuwirken, um eine Abrüstung herbeizuführen. Denn die Rüstungen sind doch nur durch die stets drohende russische Gefahr in die jetzige Höhe getrieben worden, so daß ihre Kosten die Finanzen zerrütten. Wenn das alte despotische Regiment in Rußland bestehen bliebe, so könnte es zur Zeit keinen Krieg führen, da es kein Geld, keine Flotte und kein genügendes Heer hat. Wenn aber ein neues Rußland mit modernen Staatseinrichtungen entsteht, so ist ein Krieg erst recht nicht zu erwarten, es sei denn, daß dies neue Rußland von einer reaktionären Macht angegriffen würde.

Statt dessen hören die bedauernden Kundgebungen anläßlich der russischen Niederlagen bei unseren herrschenden Klassen nicht auf. Daß es deutsche Kosakenblätter gibt, bei denen der russische Rubel eine Rolle spielt, ist offensichtlich; welches Interesse hätten diese sonst daran gehabt, die russischen Niederlagen so lang wie möglich zu verschleiern? Und dieses Pack nennt sich auch noch „Patrioten“!

Nun wird dazu noch ein anderes Spiel getrieben. Einzelne Blätter behaupten nämlich, Rußland werde nun seine Eroberungspläne im Osten aufgeben und sich mit aller Macht wieder gegen Westeuropa wenden. Das ist natürlich eine Spiegelfechterei, aber sie geht von jenen Kreisen aus, die unablässig Heer und Flotte vermehren wollen, in dem Wahne, eines schönen Tages die Vorherrschaft Englands auf dem Meere brechen und daran noch allerlei Eroberungen auf dem Lande knüpfen zu können. Man sieht, wie die herrschenden Klassen sich jeder ernsthaften Friedenspolitik feindlich in den Weg stellen, und dies Treiben ist um so bedenklicher, als ja die nächste Zeit brennende Fragen und Verwirrung genug bringen kann.

Das offizielle Rußland gebärdet sich, als ob es niemals mit Japan Frieden schließen werde. Nun, je tiefer sich das Zarentum hineinrennt, desto besser; der alte Despotismus wird um so eher der Gewalt der Tatsachen weichen müssen. Der Friede muß eben doch einmal kommen. Und dann wird es sich darum handeln, wie er geschlossen wird.

Wir haben gleich jedermann die Tapferkeit der Japaner und ihre geniale Führung bewundert, wenngleich wir dabei nie vergessen haben, den Krieg mit seinen Barbarismus zu verurteilen. Daß die Japaner die russische Macht zertrümmert haben, kommt der ganzen Kulturwelt zu gute. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß auch das japanische Reich ein Klassenstaat ist. Die japanische Politik wird in reaktionärem Sinne geleitet und der Krieg wird nunmehr auch für die Japaner ein Eroberungskrieg werden. Sie besinnen sich nun auf ihre „nationalen“ Gesichtspunkte. Ihre herrschenden Klassen wollen Expansion; sie wollen neue Absatz- und Ausbeutungsgebiete sich erschließen. Und da können auch für Deutschland sich unangenehme Konsequenzen ergeben.

Deutschland hat bekanntlich das „berühmte“ Gebiet von Kiautschou von China auf 99 Jahre „gepachtet“. Dieser sonderbare Vertrag, bei dem Rußland als der Gebieter Chinas sich aufspielte, erregte gleich die lebhaftesten Bedenken; man befürchtete, daß diese „Pachtung“ leicht zu internationalen Verwicklungen führen könne. Aber der Reichskanzler pries bekanntlich damals die Erwerbung dieses „Platzes an der Sonne“ mit all seiner Beredsamkeit an. „Fürchten Sie gar nichts!“ rief er mit aller seiner Zuversicht aus. Nun, dies Kiautschou hat uns eine erkleckliche Anzahl von Millionen gekostet und wird uns noch viele kosten; irgend einen Nutzen haben wir davon nicht gehabt und auch die amtlichen Denkschriften konnten nur auf eine ganz unsichere Zukunft verweisen. Nun aber trifft ein, was man seinerzeit mit guten Gründen vorhergesagt hat. Die japanische Presse hat angedeutet, die „Pachtzeit“ müsse abgekürzt werden, da die Japaner von ihren nationalen Gesichtspunkten aus die ganze Kiautschouaffäre als eine Machination Rußlands betrachteten, die bezweckte, das Deutsche Reich dauernd in die diplomatische Gefolgschaft Rußlands zu versetzen. Beim Friedensschlusse wird die japanische Diplomatie zweifellos auf diesen heiklen Punkt zurückkommen. Nun wollen bei der Friedensfrage aber auch Nordamerika, England und Frankreich mitsprechen und ihre „Interessensphären“ abgrenzen. In einem rheinischen Blatte wird angedeutet, die Japaner könnten Lust bekommen, eine ostasiatische Monroedoktrin zu proklamieren, nachdem sie die Russen vertrieben. Danach sollten die europäischen Mächte ihre Besitzungen auf dem ostasiatischen Gebiete innerhalb der japanischen Interessensphäre aufgeben. Wir halten ein solches Vorgehen Japans zwar nicht für wahrscheinlich, aber doch nicht ganz für ausgeschlossen. Man muß sich mit dem Gedanken beschäftigen, daß auch bei den Japanern, so besonnen sie sonst auch sein mögen, nach dem Siege der niemals ausbleibende Siegerhochmut kommen wird. An Widerwillen und Vorurteilen gegen die weiße Rasse hat es der gelben so wenig gefehlt, wie der weißen gegen die gelbe, und die gegen die Rassenvorurteile gerichteten Strömungen sind in Ostasien sehr schwach.

Es wird also für die Herren Diplomaten genug zu tun geben, wenn sie verhüten wollen, daß aus der Verwirrung in Ostasien weiteres Unheil hervorgeht. An den ostasiatischen Wirren ist aber die Sozialdemokratie ganz unschuldig und das Losfahren gegen dieselbe von seiten des leitenden Staatsmannes ist vollkommen deplaciert, wenn es auch im übrigen uns vollkommen kalt läßt. Dem deutschen Volke wäre dagegen ein großer Gefallen getan, wenn die deutsche Politik nicht im Schlepptau Rußlands sich bewegen würde.

Wir predigen freilich tauben Ohren und wir können deshalb nur hoffen, daß die russische Volksbewegung zu ihrem Ziele gelangt und damit die Netze der Herren Diplomaten zerschneidet.

Von der Weltbühne.

Das Reichsparlaments-Elend, welches anläßlich des plötzlichen Schlusses der Session so recht scharf in die Erscheinung getreten ist, gibt selbst den „Leipziger Neuesten Nachr.“ Veranlassung zu einer Philippika voll sittlicher Entrüstung. Das sonst so kläglich patriotisch zahme Blatt schreibt:

„„Man predigt wohl viel, aber sie halten es nicht; man sagt ihnen genug, aber sie wollen es nicht hören,“ also heißt es beim Propheten Jesaias. Schließlich liegt doch jeder nur so, wie er sich bettet. Hat denn der Reichstag in all den fünfzehn Jahren, in denen die Tendenz der Krone hervortrat, einen patriarchalischen, nicht nur aus der Gedankenwelt der Romantik geborenen Absolutismus zu stabilisieren, auch nur einmal Rücksicht genommen auf die Zeichen der Zeit? Hat er nicht all den großen, für unsere Geschichte entscheidenden Ereignissen mit dem bequemen Fatalismus des Moslems zugeschaut? Mag die Welt zusammenhalten oder in Schutt zerfallen: der Reichstag bleibt unberührt. . . . Er sah Kanzler und Minister kommen und gehen, er sah, wie die Zeiten sich wandelten und ganz neue Tendenzen den Sieg erfochten, er vernahm Reden, wie sie niemals zuvor vernommen wurden, und er hüllte sich in den unzulänglichen Mantel ängstlichen Schweigens. Nicht immer wird erhöht, der sich selbst erniedrigt. Ja, es geschieht, daß, wer sich erniedrigt, auch von anderen mißachtet wird. . . . Schließlich sind im Laufe der Jahre der Worte genug gewechselt worden, man möchte auch einmal Taten sehen. Der Reichstag hat Fragen, denen er die höchste Bedeutung beilegte, immer wieder verhandelt, ohne daß auch nur ein schlichter Kommissar am Regierungstisch erschien, er hat noch am letzten Tage Anklage gegen eben diese Regierung wegen Bruchs der Verfassung erhoben, ohne den schönen Gleichmut der Ministerseelen zu stören: Hat er jemals gegen solche Nichtachtung kräftig remonstriert? Er hat sich den Maulkorb umlegen lassen, wenn es galt, Stellung zu nehmen gegen kaiserliche Kundgebungen, die das ganze Volk erregten, und er hat sich den Präsidenten, der solcher Auffassung Träger war, immer wieder gewählt. Wer sich einen Hofmann zum Führer wählt, will selber Höfling sein. Warum hat man nicht das freie Recht der Antwort auch auf Kaiserreden proklamiert? Warum hat man auf jene Nichtachtung nicht damit erwidert, daß man sich einfach vertagte, mit der Erklärung, in Abwesenheit der Minister nicht verhandeln zu wollen? Warum wird man sich auch im Herbst nicht entschließen, die Session mit einer energischen Interpellation darüber zu eröffnen, aus welchen Ursachen und nach welchen Grundsätzen jetzt die plötzliche Schließung des Reichstages erfolgt ist? Warum wagt man es nie, den Ministern die Waffe der Etatsverweigerung auch nur von fern zu zeigen? Man redet tausend Stunden, um nichts zu sagen.“

In diesen Zeilen liegt eine schwere Anklage gegen die Mehrheitsparteien, aber ebenso eine Rechtfertigung der Sozialdemokratie. Sie allein hat im Reichstage sich aufgelehnt gegen den das Recht des Parlamentes beschränkenden Unfug, es als streng inne zu haltenden „Usus“ zu erachten, „die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen“. Und sie hat den Präsidenten, der sich durch Beugung der Rechte des Reichstages hervorgetan, nicht wieder gewählt. Die Etatsverweigerung, die heute für die Sozialdemokratie nur den Charakter einer Demonstration gegen das reaktionäre Gewaltsystem haben kann, würde eine Waffe sein, wenn es bürgerliche Parteien gäbe, die fähig und gewillt wären, mit der Sozialdemokratie gemeinsam durch Etatsverweigerung dem Willen des Reichstages Geltung zu verschaffen. Aber solche Parteien gibt es nicht. Daß der Liberalismus so entsetzlich entartet und verkümmert ist, daß die reaktionären Gewalten auf dem Gebiete der parlamentarischen Aufgaben ihn nicht mehr ernst nehmen — daran ist die liberale Presse in hohem Grade mitschuldig; sie hat stetig den Geist der Erbärmlichkeit genährt und verteidigt, der den Parlamentarismus auf den Hund gebracht hat.

Tabakgewerbe und Tabakbesteuerung. Am Montag trat in Berlin die Jahreshauptversammlung des Deutschen Tabakvereins zusammen. Aus dem vom Syndikus Schloßmacher-Frankfurt a. M. erstatteten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der „Deutsche Tabakverein“ sich fortgesetzt mit der Vorbereitung einer Abwehr der zu erwartenden neuen Steuerforderungen für das Tabakgewerbe beschäftigt und auf Grund überzeugenden Materials, welches er zur rechten Zeit an maßgebender Stelle vorzulegen und der Oeffentlichkeit mitzuteilen gedenkt, der Ueberzeugung zum Durchbruch zu verhelfen hofft, daß man dem Tabakgewerbe, ohne es auf Jahrzehnte hinaus schwer zu schädigen und namentlich die Erwerbsverhältnisse der darin beschäftigten rund 200 000 Arbeitskräfte erheblich zu beeinträchtigen, neue Lasten nicht zumuten darf. Redner trat auch der Behauptung entgegen, daß die Vertretungen des Tabakgewerbes sich bis jetzt stets gegen jede Besteuerung gewehrt hätten, indem er darauf hinwies, daß die jetzigen Zoll- und Steuersätze und das jetzt in Kraft befindliche Steuergesetz im Jahre 1879 in der Hauptsache nach den Vorschlägen der Vertretung des Tabakgewerbes gestaltet worden seien.

Die nationalliberale Wahltaktik in Hameln-Springe, nämlich die Auszahlung von dreißig Silberlingen an einen welfischen Vertrauensmann, damit er seine Parteigenossen veranlasse, bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen, wird natürlich von den Nationalliberalen bestritten. So behauptet der „Hann. Courier“: „Uns hat Herr Bürgermeister Hausmann (der nationalliberale Kandidat) auf unsere telephonische Erkundigung die ganze Sache mit größter Entschiedenheit als eine haltlose Verdächtigung bezeichnet, die in einem im Wahlkreise zu verbreitenden Flugblatte aufs schärfste zurückgewiesen würde.“

Sehr gut! Nun hat aber derselbe Herr Hausmann erklärt, er beabsichtige die ℳ 30, falls sie ihm zugestellt würden, den Armen zuzuweisen!

Weswegen diese Freigebigkeit? Und wer ist denn der eigentliche rechtmäßige Besitzer der dreißig Silberlinge, über die zu verfügen der nationalliberale Kandidat das Recht sich nimmt?

Die Welfen bleiben übrigens bei der Behauptung, daß die ℳ 30 dem Vertrauensmann mit dem erwähnten Ansinnen übergeben worden seien.

Das Ergebnis der Ersatzwahl vom 30. Mai im 9. hannoverschen Wahlkreise ist nunmehr amtlich ermittelt. Danach wurden abgegeben 25 743 Stimmen (gegen 26 562 Stimmen bei der Hauptwahl vom 16. Juni 1903). Davon sind für ungültig erklärt worden 91 Stimmen. Von den gültigen 25 652 Stimmen sind gefallen auf Brey 8703, auf Hausmann 8188, auf Oberamtmann Rehren 3746, auf Lenthe-Schwarmstedt 5008; zersplittert sind 7 Stimmen.

Auf einen ministeriellen Geheimfonds, der dem Kampf gegen die Arbeitersekretariate dienen soll, macht unser Bochumer Parteiblatt aufmerksam.

In der 137. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, bei der Beratung des Handels- und Gewerbeetats, regte der Titel 16 die Dreiklassenmänner zu einiger Aussprache an. Es handelt sich um ℳ 50 000, die der Minister schon im Vorjahre gefordert und bewilligt erhielt für die Unterstützung solcher Einrichtungen, die der „Rechtsberatung des einfachen Mannes“ dienen. Um schönklingende Namen ist man nie verlegen im Lager der Reaktionäre.

Der Berichterstatter Abg. Beuchelt wünschte diesem Fonds noch größere Mittel zugeführt. „Der Etatspostен ist selbst noch nicht genügend bekannt geworden“, sagte Herr Beuchelt. Merkwürdig, sonst weiß man doch „Wohlfahrtseinrichtungen“ lauthallend bekannt zu machen im Lande, und dieser bisher noch nicht bekannt gewordene Geheimfonds von ℳ 50 000 soll doch auch „Wohlfahrtseinrichtungen“ dienen! Die Geschichte ist doch recht verdächtig.

Zum Glück hing der vortreffliche Herr Theodor Möller, Handelsminister, der Katze in gewohnt geschickter Weise die Schelle an.

Zunächst sprach der Junker Abg. v. Arnim-Züsedom seine Anerkennung dem Plane aus, den „minderbemittelten Klassen“ die wegen der verzwickten Sozialgesetzgebung notwendige „unentgeltliche Rechtsbelehrung“ zu geben. Selbstverständlich dürfe diese den Rechtsanwälten „in keiner Weise Abbruch tun!!!“ Den Kommunen sei zu empfehlen, „ungefähr den Weg einzuschlagen, den die Sozialdemokratie einschlug“. Damit könne „ein Wall gegen die Sozialdemokratie“ aufgerichtet werden.

Nun sprach Theodor Möller selbst, bedankte sich für die Bereitwilligkeit, mit der das „hohe Haus“ ihm den bisher noch nicht bekannten Geheimfonds später erhöhen wolle. Bisher seien die bewilligten Mittel noch nicht ganz in Anspruch genommen worden. Aber er könne die Mitteilung machen, daß jetzt mit zwei Großstädten und acht Mittelstädten Verhandlungen angeknüpft wären zwecks Verwendung der Geheimfondsmittel zur „Rechtsberatung für die minderbemittelten Klassen“! Auch mit „zwei freien Vereinen“ (!?) seien vom Minister dahingehende Verhandlungen angeknüpft, so daß im nächsten Etat vielleicht schon mehr Mittel für den Zweck eingestellt werden müßten. Welchen Zweck verfolgt der Geheimfondsverwalter? Herr Möller sagt es mit folgenden Worten und fand volle Zustimmung des sattsam berühmten Scharfmachers Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch: „Die propagandistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Rechtsberatung ist ungemein umfangreich, ungemein intensiv und ungemein wirkungsvoll, und wir begehen eine schwere Nachlässigkeit, wenn wir diesem Bedürfnis nicht auf andere Weise entsprechen.“

Das sind recht wertvolle Geständnisse. Der Minister gesteht ein, daß die ℳ 50 000 zur Unterminierung der von der organisierten Arbeiterschaft unter großen Opfern ins Leben gerufenen Arbeitersekretariate benutzt werden sollen. Herr Möller stellt unseren Arbeitersekretariaten das Zeugnis aus, sie arbeiteten „ungemein wirkungsvoll“, worüber dankend quittiert sei. Aber der kluge Herr Minister beschuldigt zugleich die Staatsbehörden einer schweren Pflichtverletzung, denn es wäre ihre Pflicht gewesen, den unbemittelten Klassen unentgeltliche Rechtsberatung zu teil werden zu lassen! Was die Staatsbehörden versäumt, das haben die organisierten Arbeiter wieder wett gemacht, so viel in ihren Kräften stand. Unsere Arbeitersekretariate üben also Funktionen aus, die eine sozialpolitisch handelnde Staatsverwaltung auszuüben verpflichtet ist, wie Herr Möller eingesteht. Wieder ein Beweis, daß die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße praktische soziale Arbeit leistet.

Da kommt nun der Minister Möller und will nicht etwa die segensreich wirkenden Arbeitersekretariate unterstützen, sondern er beabsichtigt diesen anerkannt vorzüglichen Institutionen aus den Mitteln seines Geheimfonds die Tätigkeit zu erschweren. Die ministerielle Absicht geht dahin, die Schöpfungen der Arbeiterschaft zu zerstören, dazu sind ihm Gelder, die das steuerzahlende Volk aufbringt, zur Verfügung gestellt. Fürwahr, ein Stückchen „preußischer Sozialreform“, welches diese „Sozialreform“ dem Gespötte der ganzen Welt preisgeben muß. Sind doch aus unseren Arbeitersekretariaten Institute geworden, die sich die höchste Anerkennung der hervorragendsten Sozialpolitiker des In- und Auslandes erworben haben.

Wenn nun auch das Süppchen des Herrn Ministers Möller schon angebrannt ist, bevor er es auf sein Feuerchen stellt, so dient doch zur Klärung der Situation, daß wir den „bisher noch nicht hinreichend bekannten“ Geheimfonds des Ministers gegen Sozialreform der breitesten Oeffentlichkeit hiermit vorstellen.

In der Metropole des Zentrums, dem „heiligen Köln“, hat eine gewaltige Demonstration gegen das Zentrum wegen seiner Haltung in der Bergarbeiterschutzfrage stattgefunden. In acht großen Volksversammlungen wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die am 5. Juni abgehaltene zahlreich besuchte Volksversammlung erklärt: Die Bergarbeiterschutznovelle der preußischen Regierung wurde selbst den bescheidensten Anforderungen eines wirksamen Bergarbeiterschutzes nicht gerecht. Im preußischen Abgeordnetenhause ist die Novelle unter Zustimmung und tätiger Mithülfe des Zentrums noch außerordentlich verschlechtert und derart umgestaltet worden, daß sie eher die Bezeichnung eines Bergwerksbesitzerschutzgesetzes als eines solchen zum Schutze der Bergarbeiter verdient. Diese Haltung des Zentrums muß als arbeiterfeindlich bezeichnet werden, und dieser Verrat der Bergarbeiter durch das doppelzüngige Zentrum ist ein erneuter Beweis dafür, wie diese Partei unter dem Vorgeben, die Interessen aller Klassen, namentlich auch der Arbeiterklasse, wahrzunehmen, die Arbeiterinteressen verrät und die Arbeiter betrügt. Die Versammlung ist überzeugt, daß nur von der sozialdemokratischen Partei eine zuverlässige Vertretung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist.“

Die Auswanderung der deutschen Industrie in das Ausland infolge der agrarisierten Handelsverträge macht weitere Fortschritte. Der „Voss. Ztg.“ werden aus Sachsen folgende Fälle mitgeteilt:

Aus Buchholz i. Erzgebirge wird gemeldet, daß der dortige Großindustrielle Kommerzienrat Kunze demnächst in der böhmischen Grenzstadt Weipert eine Zweigniederlassung seiner Fabrik für Papp-Prägeartikel errichten wird, weil die neue Zollgesetzgebung eine weitere Ausfuhr nach Oesterreich kaum noch möglich erscheinen läßt. Auch die Prägefabriken von F. O. Brauer und von H. W. Gutberlet wandern von Buchholz mit einen Teil ihres Betriebes nach Oesterreich aus. So wird jetzt von Sachsen ein neuer Industriezweig nach Böhmen verpflanzt, weil ihm im Industriestaat Sachsen infolge der verfehlten agrarischen Zollgesetzgebung der Nährboden entzogen wurde. Waren können die Prägefabriken nicht mehr ausführen, und deshalb führen sie jetzt ihr Kapital und ihre Arbeiter aus!

Anschluß der Elsaß-Lothringer an das Zentrum. Aus Straßburg wird der „Germania“ geschrieben: Reichstagsabgeordneter Wetterlé veröffentlicht in seinem „Journal de Colmar“ die Rede, die er bei dem Festmahl des Zentrums in Berlin gehalten hat, im ausführlichen Text. Die wesentliche Stelle, betreffend die Frage des Zentrumsanschlusses, lautet: „Am Tage, an dem wir unsere volle Autonomie erhalten haben und dem Reiche als vollkommener Bundesstaat angehören, wird die letzte Schranke gefallen sein, und das Zentrum wird keine ergebeneren Anhänger zählen, als die Katholiken Elsaß-Lothringens.“

Dicke Freundschaft zwischen beiden Elementen besteht ja schon von jeher. Die Wetterlé und Konsorten waren immer schon wenigstens ein Anhängsel des Zentrums.

Der leitende Gedanke der Personentarifreform wird jetzt in einer offiziösen Auslassung nicht als Verbilligung sondern als „Vereinfachung“ bezeichnet. Das heißt: es ist nicht darauf abgesehen, durch Herabsetzung der Eisenbahnfahrpreise den Verkehrsinteressen Rechnung zu tragen. Die Staatsbahnen sollen auch ferner die milchende Kuh der Finanzen bleiben. Deshalb hatte man sich schon allgemein damit abgefunden, daß eine Verbilligung der einfachen Fahrt unter die Hälfte der Rückfahrkarten hinab nicht eintreten soll. Eine fachmännische Betrachtung aber weist darauf hin, daß die ganze „Reform“ mit so großer Plusmacherei bepackt ist, daß man zwar von einer Vereinfachung, aber zugleich von einer Verteuerung des Personentarifs sprechen muß. Eine offiziöse Auslassung bestätigt, daß zwar die Zuschläge für die D-Züge fallen sollen, aber nur um als Zuschläge für sämtliche schnellen Züge wieder aufzuleben. Wie hoch diese Zuschläge sein sollen, wird nicht gesagt; man weiß aber längst, daß sie, nach Zonen abgestuft, für die dritte Klasse ℳ 0,25, 0,50, 0,75 und 1,— und für die zweite Klasse das Doppelte betragen sollen. Man will damit angeblich verhüten, daß die nicht sehr zahlreichen Plätze in den schnellen Zügen für den Lokalverkehr verbraucht werden, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß Schnellzüge, die nur an großen Stationen halten, für den Lokalverkehr überhaupt nicht in Betracht kommen können. Tatsächlich handelt es sich denn auch bei diesem Schnellzugszuschlage um eine direkte Verteuerung der Reise. Und nicht anders liegt es bei dem Wegfall von Freigepäck; künftig soll alles aufgegebene Gepäck bezahlt werden, wenn auch mit „erheblich niedrigeren Sätzen, als sie jetzt in Preußen-Hessen für Ueberfracht zu entrichten sind“. Daß die Sätze niedriger werden, ist erfreulich; aber da eben die 25 Kilo hinzugeschlagen werden, die heute frei sind, so liegt es auf der Hand, daß in den meisten Fällen die Gebühr für Gepäck in Zukunft gleichfalls bedeutend höher sein wird als bisher. Diese beiden Schönheitsflecken, die Zonenzuschläge und die Beseitigung des Freigepäcks, entwerten die ganze Personentarifreform, ja sie stempeln sie direkt zu einem Rückschritt auf dem Gebiete des Personenverkehrs. Man kann deshalb allen Korporationen, die an dem Verkehr auf den Eisenbahnen interessiert sind, nur empfehlen, so nachdrücklich wie möglich gegen diese Afterreform zu protestieren; der Bund der deutschen Verkehrsvereine ist ja bereits mit gutem Beispiele vorangegangen.

Urlaub für Postbeamte. An Stelle der bisherigen Vorschriften über die Erteilung von Urlaub durch die Oberpostdirektionen sind, wie das „Amtsblatt des Reichspostamts“ mitteilt, neue Bestimmungen getreten, denen wir folgendes entnehmen: Die Oberpostdirektionen können etatsmäßig angestellten Beamten unter Uebernahme der etwa entstehenden Stellvertretungskosten auf die Postkasse in jedem Rechnungsjahr zur Erholung bis zu 14 Tagen Urlaub erteilen, wenn sie nicht über 45 Jahre alt sind; bis auf 3 Wochen für das Alter von 45 bis 60 Jahren und bis auf 4 Wochen an ältere Beamte. Der Erholungsurlaub kann um 7 Tage verlängert werden, wenn dadurch Mehrkosten für die Postkasse nicht entstehen. Höhere Beamte können einen Erholungsurlaub bis zu 4 Wochen erhalten, doch dürfen Vertretungskosten für höchstens 3 Wochen entstehen. Nicht etatsmäßig angestellte Postpraktikanten, Post- und Telegraphenassistenten sowie nicht voll beschäftigte, nicht zu den Berufsbeamten gehörende Postverwalter erhalten bis auf 10 Tage, ferner in besonders begründeten Fällen Post- und Telegraphengehülfen, Post- und Telegraphenanwärter, Hülfsmechaniker, sowie diejenigen Postagenten und Telegraphenverwalter im Nebenamte, die für ihre Vertretung nicht selbst sorgen können, bis auf 7 Tage Erholungsurlaub. An etatsmäßig angestellte Unterbeamte können erteilt werden, wenn sie über 45 Jahre alt sind, bis auf 14 Tage, sonst bis auf 10 Tage. Für Postboten, sowie Postillone der reichseigenen Posthaltereien, wenn sie mehr als 5 Jahre anstellungsberechtigende Dienstzeit haben, und in besonders begründeten Fällen auch an die übrigen sind 7 Tage vorgesehen. Wenn keine Stellvertretungskosten auf die Postkasse zu übernehmen sind, oder der zu Beurlaubende für die Dauer des Urlaubs auf sein Diensteinkommen verzichtet, kann an alle nachgeordneten Beamten und Unterbeamten bis auf 3 Monate Urlaub erteilt werden. Zu Kuren zur Wiederherstellung der Gesundheit kann an alle nachgeordneten Beamten und Unterbeamten Urlaub bis auf 6 Wochen gegeben werden.

Die neue Wahlkreiseinteilung in Bayern, von welcher die verschiedenen Parteien bald Vorteil, bald Nachteil erwarten und deren voraussichtliche Wirkung schon besprochen wurde, ehe noch über die Absichten der Regierung etwas bekannt war, ist jetzt herausgekommen. Durch die heute veröffentlichte neue Wahlkreiseinteilung wurden im ganzen acht bisher durch je vier Abgeordnete und sechs bisher durch je drei Abgeordnete vertretene Wahlkreise, zusammen somit 14 Wahlkreise, geteilt, während die übrigen unverändert bleiben. Die Gesamtzahl der Wahlkreise steigt von 63 auf 77; die Zahl der Abgeordneten bleibt wie bisher 159. Die von der Teilung betroffenen Wahlkreise sind die bisherigen Wahlkreise Rosenheim, Pfarrkirchen, Speyer, Neustadt a. d. Haardt, Zweibrücken, Kaiserslautern, Bayreuth, Hof, Kulmbach, Ansbach, Neustadt a. d. Aisch, Weißenburg, Würzburg 2 und Kempten.

Der liberale Block in Baden, der sich für die Landtagswahlen aus den Nationalliberalen, Freisinnigen und Volksparteilern gebildet hat, besteht auf grund eines förmlichen Kontraktes in fünf Artikeln. Der Hauptinhalt ist, daß der „Besitzstand“ gewahrt werden soll. Die Kreise werden hübsch unter die einzelnen Parteien verteilt. Jetzt fragt sich nur, ob die Sozialdemokratie und das Zentrum nicht einen bösen Strich durch die schöne Rechnung machen und dem Block einen beträchtlichen Teil des „Besitzstandes“ abnehmen werden.

Die Höhe der Fleischpreise ist gegenwärtig eine solche, wie sie seit einem halben Jahrhundert nicht zu verzeichnen gewesen ist. Das ist die Frucht der agrarischen Grenzsperrpolitik. Besonders auffällig ist die künstliche Hinaufreibung der Fleischpreise in den letzten zehn Jahren, in denen die Agrarier so viele Konzessionen von seiten der Regierung gemacht erhielten. Es betrug der Preis pro Doppelzentner in Mark für

	Rinder	Schweine	Kälber	Hammel
1895	119,0	90,1	112,8	102,5
1896	112,2	86,2	107,8	102,6
1897	113,1	105,0	115,3	104,8
1898	113,3	111,3	119,7	108,4
1899	115,9	94,8	132,5	110,0
1900	119,1	95,5	128,5	112,3
1901	117,3	112,0	123,0	112,9
1902	121,4	118,8	130,2	120,8
1903	129,0	99,7	139,6	132,9
1904	131,5	98,0	139,2	127,2
Durchschnitt für Jan./April 05	131,2	116,1	140,1	122,0

Nach diesen amtlichen Notierungen waren die Rinderpreise im Durchschnitt des Jahres 1904 zwar ein klein wenig höher als augenblicklich, aber mit Ausnahme des Jahres 1904 reichte kein anderes Jahr an die Höhe der jetzigen Preise heran. Die Schweinepreise gingen nur im Jahre 1902 über den jetzigen Stand hinaus. Die Preise für Hammel waren in den beiden Vorjahren höher als gegenwärtig. Dagegen haben die Kälberpreise noch nie so hoch gestanden wie augenblicklich. Für alle vier Schlachtviehgattungen zusammengenommen ergibt sich aber, daß seit 1895 das Preisniveau zur Zeit am höchsten ist.

Auch im Vergleich mit früheren Perioden kann behauptet werden, daß die gegenwärtigen Preise überhaupt noch nicht dagewesen sind. Für Deutschland kann die Bewegung der Schlachtviehpreise etwa bis 1850 zurück einigermaßen vergleichbar verfolgt werden. Bei einem solchen Vergleich findet sich kein einziges Jahr, in dem der Durchschnitt für die erwähnten vier Schlachtviehgattungen auch nur annähernd an den jetzigen Preisstand herangereicht hätte. Steht nun aber die Tatsache fest, daß wir in Deutschland augenblicklich Schlachtviehpreise haben, wie sie im letzten Halbjahrhundert niemals zu beobachten waren, so läßt sich nicht länger bestreiten, daß das Angebot sehr knapp, die Nachfrage dagegen auf dem Viehmarkt ziemlich stark ist. Damit wäre aber bewiesen, daß trotz aller Einwände in Deutschland zur Zeit ein Vieh- resp. Fleischmangel besteht, den die deutsche Landwirtschaft nicht beheben kann, so oft dies auch die agrarischen Organe dem deutschen Volke vorlügen.

Zum Konflikt zwischen Norwegen und Schweden wird der Kopenhagener „Nationaltidende“ aus Christiania gemeldet, dort herrsche die bestimmte Auffassung, daß die Auflösung der Union jetzt eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Diese kann nicht geschehen, ohne daß die jetzige norwegische Königsmacht beseitigt oder für einige Zeit aufgehoben wird. Vor Ende dieser Woche wird das Storthing Beschlüsse gefaßt haben, die bei ihrem Inkrafttreten tatsächlich die Absetzung des Königs bedeuten. Die Norweger behaupten, daß der König teils durch seine, ohne Gegenzeichnung in Stockholm vorgenommene Sanktionsverweigerung, teils durch seine Abwesenheit vom Reiche, die auch bewirkt habe, daß er keinen Versuch gemacht hat, eine Regierung zu bilden, selbst seine Rechte und Pflichten als König Norwegens suspendiert habe. Das Storthing wird gemäß dem § 13 der Verfassung eine verantwortliche Regierung einsetzen, die in Abwesenheit und Verhinderung des Königs im Namen des Königs die Regierung führen soll. Die Notifikation der etwaigen Veränderungen in der staatsrechtlichen Stellung Norwegens wird im Auslande nach der vorherrschenden Anschauung durch Gesandte ad hoc erfolgen, die eine ähnliche Aufgabe wie Washington für die amerikanischen Freistaaten und Thiers 1870 für Frankreich haben werden.

Der Beschluß des Storthings ist inzwischen erfolgt. Die Absichten gehen jedoch vorläufig nicht dahin, Norwegen zur Republik zu machen, man will vielmehr einem Prinzen aus dem schwedischen Königshause die Krone von Norwegen anbieten. Das wäre eine Halbheit, die sich später leicht als sehr verhängnisvoll erweisen könnte, wenn auch der König von Schweden unter solchen Umständen den Verzicht leichter verschmerzen würde.

Der Telegraph meldet aus Christiania vom 7. Juni: Nachdem die Regierung Vormittags in der Sitzung des ‚Storthing' die Erklärung abgegeben hatte, daß sie heute von ihren Aemtern zurückgetreten sei, faßte das Storthing einstimmig und ohne Debatte folgenden Beschluß: Da sämtliche Mitglieder des Staatsrats ihre Aemter niedergelegt haben, da der König sich außer stande erklärt hat, dem Lande eine neue Regierung zu verschaffen, und da die konstitutionelle Königsmacht somit außer Wirksamkeit getreten ist, ermächtigt das Storthing die Mitglieder des heute abgetretenen Staatsrats bis auf weiteres, als norwegische Regierung die dem König zustehende Macht auszuüben in Uebereinstimmung mit der Verfassung Norwegens und den geltenden Gesetzen, mit den Aenderungen, welche dadurch notwendig werden, daß die Vereinigung mit Schweden unter einem König als Folge davon aufgelöst ist und, daß der König aufgehört hat, als norwegischer König zu fungieren. Staatsminister Michelsen nahm namens der Regierung die ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe an, die das Storthing ihm übertragen hat. Weiter wurde gegen die fünf Stimmen der Sozialisten eine Adresse an den König angenommen, in der Mitteilung über die getroffenen Veranstaltungen und über die Veranlassung dazu gegeben wird. Es wird hervorgehoben, daß seitens des Storthings und der Nation keine Mißstimmung gegen den König persönlich, gegen seine Dynastie oder das schwedische Volk bestehe. Das Storthing ersucht den König um eine Mitwirkung dazu, daß ein jüngerer Prinz vom Hause Bernadotte den Thron Norwegens besteigen kann. Es wird erwartet, daß das Storthing im Laufe des Tages auch eine Proklamation an das norwegische Volk annimmt.

Es ist erfreulich, daß unsere norwegischen Genossen korrekt gehandelt und das Bitten und Betteln um einen überflüssigen Prinzen als König nicht mitgemacht haben. Von ihnen können die bürgerlichen Radikalen lernen, wie man in der Politik konsequent ist.

Die Auswanderung aus Ungarn. Zu den gestern von uns mitgeteilten Erklärungen, welche der Ministerpräsident Graf Tisza im Auswanderungsausschusse des ungarischen Parlaments abgegeben hat und wonach es eine „Verleumdung", ist daß amtliche Bevollmächtigte im Lande zur Auswanderung verlocken, wird der „Voss. Ztg." aus Budapest berichtet:

„Diese Erklärungen erfordern einige kritische Bemerkungen. Es fehlt die Angabe, wieviel Personen im Jahre 1904 mit Paß ausgewandert sind. Daraus würde sich ergeben, daß die 63000 Personen, die durch Vermittlung der angeblich 500 geheimen Agenten ausgewandert sind, nur einen Bruchteil der Auswanderermasse bilden, die durch die angeblich bloß 25 von der ungarischen Regierung bevollmächtigten Agenten der Cunard-Linie auf die Reise geschickt wurde. Wenn man aus den Ziffern, die das ungarische statistische Amt und das amerikanische Auswanderungsamt über die diesjährige Auswanderung veröffentlicht haben, einen Schluß auf die vorjährige ziehen darf, so haben die 25 offiziellen Agenten doppelt soviel Leuten zur Fahrt über das große Wasser verholfen, als die 500 geheimen Agenten. Es sind nämlich bis Ende März d. J. 32447 Personen mit Paß, d. h. auf dem offiziellen Wege über ungarische Häfen, und nicht ganz 16000 Personen ohne Paß, d. h. hinter dem Rücken der ungarischen Behörden über deutsche Häfen, ausgewandert. Graf Tisza hätte dies loyalerweise mitteilen müssen. In dem jüngst abgeänderten Vertrage der ungarischen Regierung mit der Cunard-Linie war den von Fiume aus abgehenden Schiffen der Cunard-Linie eine Mindestzahl ungarischer Auswanderer zugesichert; Graf Tisza erklärt es mit sehr starker Verspätung als eine Verleumdung, daß die Regierung sich durch diesen Vertragspunkt verpflichtet habe, den Schiffahrtsgesellschaften eine bestimmte Anzahl von Auswanderern zu liefern. Wie man aber jene Vertragsbestimmung anders hätte auffassen sollen, bleibt trotz des Widerspruches des Grafen Tisza noch immer ein Rätsel, das Graf Tisza nur durch eine positiv gehaltene Aufklärung über die dem heiklen Paragraphen zu grunde gelegte Absicht hätte lösen können."

Ein internationaler Baumwoll-Kongreß tagte am Dienstag in Manchester. Der Delegierte Amerikas erklärte, die amerikanischen Vereinigungen wären noch nicht zu einem Punkte gekommen, sich zu organisieren, um dem Verbrauch der amerikanischen Baumwolle eine Beschränkung aufzuerlegen. Ihre Stellung wäre in Amerika eine eigentümliche, aber die Ansichten erweiterten sich, und da Export und Handel sich ausdehnten, wäre es außer allem Zweifel, daß Amerika bald so weit sein würde, um der internationalen Organisation beitreten zu können. In der Nachmittagssitzung beschäftigte der Kongreß sich mit der Frage der Spekulation in Baumwolle. Kußler-Oesterreich bemerkte, daß die Spinner, wenn sie ihrerseits große Vorräte von Baumwolle in ihren Händen halten, die Ziele der Spekulation vereiteln könnten. Redner legte dem Kongreß einen Plan zur Erreichung des Zieles vor. Dall-Amerika führte aus, was den Südstaaten Amerikas not tue, sei eine stärkere Arbeiterbevölkerung. Wenn die Auswanderer dorthin gingen, anstatt nach dem Norden zu strömen, würden sie reichlich Arbeit finden und würden eine Baumwollernte erzeugen können, welche alle von den Spekulanten herrührende Gefahr beseitige.

Die Hoffnung der Baumwollinteressenten, den Auswandererstrom nach den Baumwollstaaten der Union zu lenken, dürfte sich so leicht nicht erfüllen. Einmal ist das Klima dort für Nordeuropäer wenig zusagend; dann sind aber über die furchtbaren Arbeitsverhältnisse, die ungeheure Ausbeutung der Arbeiter, Tatsachen bekannt geworden, die abschreckend wirken. Die ehemaligen Sklavenhalter des Südens der Union behandeln auch jetzt noch ihre Arbeiter nicht viel besser als seinerzeit die Negersklaven. Das ist für europäische Arbeiter nicht verlockend.

Keine Mittel gegen die permanente Hungersnot, aber Geld für Kriegsschiffe hat die spanische Regierung. Ein Flottenplan, der den Cortes unterbreitet werden soll, verlangt den Bau von acht Panzerschiffen, neun Kreuzern und zwei Schulschiffen. Die Ausgaben sollen sich, von 1907 angefangen, auf sechs Etatsjahre verteilen, und mindestens die Hälfte der Schiffe soll auf spanischen Werften gebaut werden.

Die Kosten sind natürlich ungeheure; aber die Regierung wird dem Volke schon das nötige Geld abpressen. Daß Hunderte direkt den Hungertod sterben, Hunderttausende langsam am Hunger zu grunde gehen, kümmert diese Regierung nichts. Sie will mehr Kriegsschiffe und wird sie bekommen. Das ist die Hauptsache für einen „modernen" Staat.

Auf der Insel Kreta ist noch keine Ruhe eingekehrt. Nach Athen gelangte Depeschen aus Kanea melden, daß in der Nähe von Melidoni Aufständische auf eine Abteilung russischer Soldaten und kretensischer Gendarmen geschossen haben. Diese erwiderten das Feuer und verwundeten vier Aufständische. Eine italienische Abteilung hält die Dörfer Mournies und Pernolix, eine französische die Dörfer Nerocouro und Toikalaria besetzt.

Zu den Skupschtina-Wahlen in Serbien veröffentlicht das Belgrader „Amtsblatt" ein Zirkular des Ministers des Innern, worin erklärt wird, der Minister sei entschlossen, die im Sinken begriffene Autorität der Polizeiorgane, die dadurch verschuldet sei, daß früher oft Mißbrauch der Amtsgewalt höheren Ortes angeordnet sei, dadurch wiederherzustellen, daß die Polizeiorgane die Gesetzesvorschriften genau anwenden und ohne Rücksicht auf die Parteien und die soziale Stellung ihre Pflicht erfüllen und sich namentlich jeder Wahlbeeinflussung enthalten.

Man kann zweifeln, ob die Anweisung ehrlich gemeint ist. Aber wenn dem wirklich so wäre, so werden sich die Polizeiorgane kaum daran kehren. In Serbien ist es, wie in manchen anderen Staaten, alte „liebe" Gewohnheit, daß die Behörden die Wahlen im Sinne der Regierung „machen". Das wird auch durch das Zirkular des Ministers schwerlich geändert.

Neue Niederlagen der Türken in Arabien meldet ein Telegramm aus Hodeida. Es lautet: Die Aufständischen nahmen vor zwei Wochen Kattaba und Ibb und schlossen jetzt Taiz ein; von Hodeida werden Verstärkungen dorthin gesandt.

Die Revolution in Rußland.

In Petersburg steigt fortwährend die Angst vor neuen Unruhen. Zarskoje Selo ist bereits zu einem Kriegslager umgewandelt worden. Es sind dort mindestens 40000 Mann vereinigt. Der Zar ist gänzlich unsichtbar geworden. Er verläßt seine Gemächer nicht einmal mehr zu einem Spaziergange. Für die häufigen Fahrten des Großfürsten Wladimir zwischen Petersburg und Zarskoje Selo sind die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Die Bahnlinie wird bei Tag und Nacht militärisch bewacht.

Wie das „B. T." erfährt, ist die Trepowsche Diktatur über ganz Rußland in der Weise ausgedehnt worden, daß überall Generalgouverneure eingesetzt werden, die Trepow unmittelbar unterstehen.

Eine recht „zeitgemäße", fast an deutsche Staatskunst erinnernde Bekanntmachung findet sich in der am 20. Mai erschienenen russischen Gesetzessammlung; sie enthält die Zeichnungen und genaue Beschreibungen sechs verschiedener Uniformanzüge für die Zivilbeamten der Kanzlei des Besonderen Komitees für den fernen Osten. Wichtigere Aufgaben hat Rußland im Augenblick nicht zu lösen und es kann nun nicht fehlen, daß es zu innerer Gesundung und zur Unterwerfung der Japaner gelangt, die in ihrer Verblendung nicht verstehen, daß das Entwerfen von Uniformen unter den staatsrettenden Taten an erster Stelle steht.

Eine Meldung der Petersburger Telegraphenagentur besagt: Trotz des Verbotes des Generalgouverneurs besprach der Stadtrat die Erklärung von 90 Stadtverordneten über die sofortige Zusammenberufung von Volksvertretern und beschloß, sie dem Ministerrate zur Kenntnis zu bringen. Die sofortige Einberufung der Volksvertreter sei notwendig, um in erster Reihe die Frage der Kriegseinstellung zu erörtern. An der Sitzung der Stadthäupter nahmen auch die Landstandsmitglieder, im ganzen 250 Personen, teil; hauptsächlich wurde die Frage erörtert, in welcher Form die Regierung benachrichtigt werden soll über die Notwendigkeit der sofortigen Zusammenberufung der Volksvertreter.

Die Duma von Samara und Kasan haben einstimmig beschlossen, durch Vermittlung des Ministers des Innern die unverzügliche Einberufung der Volksvertretung nachzusuchen.

In der am 6. Juni in Moskau stattgehabten Beratung der Stadtoberhäupter und Mitglieder der Semstwos, die den ganzen Tag währte, stimmten alle Redner darin überein, daß der Moment gekommen sei, wo es unumgänglich sei, die Volksstimme zu hören, und wo es dem Volke selbst zustehe, über die Frage von Krieg und Frieden zu entscheiden und zum Aufbau des Staates zu schreiten.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 7. Juni.

Hamburg.

Zur Bürgerschaftswahl im 14. Bezirk der allgemeinen Wahlen, Hammerbrook.

Die Zahl der wahlberechtigten Bürger des Bezirks betrug bei der Ersatzwahl im März v. J. 1110 und hat sich jetzt auf 1179 (inkl. Nachtrag) vermehrt, also um nur 69 oder etwa 6 pZt.! Diese geringe Vermehrung der Bürger, die übrigens vollkommen in Uebereinstimmung mit den allgemeinen statistischen Ergebnissen steht, straft die Behauptungen der Senatsvorlage von der „fortgesetzten erheblichen Vermehrung" der neuen Bürger aus den unteren Einkommensklassen Lügen. Und hier handelt es sich um einen Bezirk, der doch immerhin ein starkes Arbeiterelement aufweist, bei dem also die „unliebsamen Erscheinungen", die die Senatsvorlage zum Schrecken der guten Bürger an die Wand malt, sich in erster Reihe zeigen müßten. Aber nichts von alledem, nur eine ganz mäßige Vermehrung der Bürger zeigt sich; und der größere Prozentsatz der neuen Bürger dürfte nicht dem Arbeiterstand entstammen.

Diesen klaren Tatsachen gegenüber müssen die Wahlrechtsräuber denn allerdings schon ihre Zuflucht zu solch albernem Geschwätz nehmen, wie es Herr Rohde in der letzten Bürgerschaftssitzung produzierte, daß nämlich die Sozialdemokratie die Arbeiter vom Erwerb des Bürgerrechts zurückhalte, damit die guten Bürger nicht kopfscheu gemacht werden. Erst erzählt man, die Sozialdemokratie presse die Leute förmlich zum Erwerb des Bürgerrechts, sie schleppe die jungen Leute aus ganz Deutschland heran, damit sie in Hamburg das Bürgerrecht erwerben, sie dirigiere ihre Wähler aus einem Stadtteil in den anderen, aus einem Bezirk in den anderen, und dann tischt man wieder das alberne Märchen auf, die Sozialdemokratie halte die Leute künstlich vom Erwerb des Bürgerrechts zurück. Bald so, bald so, wie's trefft!

Und ebenso machten es die Senatskommissare in der Bürgerschaft. Die Senatsvorlage und ihre Verteidiger operierten erst mit falschen statistischen Angaben, die eine kolossale Vermehrung der „besitzlosen" Bürger „beweisen" sollten. Als ihnen dann nachgewiesen wurde, daß diese Statistik falsch sei — man konnte sogar den Ausdruck „gefälscht" hören — da zogen sie sich auf den Einwand zurück, die Bürgerzahl würde vor den Wahlen wieder bedeutend anschwellen. Dabei beweist die Statistik, daß vor der Wahl im Jahre 1904 keine gesteigerte Vermehrung der neuen Bürger stattgefunden hat, sondern schon seit 1902 eine fortgesetzte Verminderung des Zustromes neuer Bürger.

So ist denn die ganze „Begründung" des Wahlrechtsattentats eine einzige Kette von groben Unwahrheiten. Natürlich! eine schlechte Sache kann auch nur mit schlechten Mitteln verteidigt werden!

Wer noch einen Funken Gefühl für Ehrlichkeit und Wahrheit hat, der muß den Wahlrechtsräubern den Laufpaß geben. Dazu ist bei der Wahl im 14. Bezirk den Wählern Gelegenheit gegeben.

Zum Wahlrechtskampf in der Bürgerschaft wird der „Weser-Zeitung" von hier geschrieben: „Die Anhänger der Vorlage haben nichts, auch gar nichts vorgebracht, was sie nicht der sehr geschickt gearbeiteten Begründung der Vorlage entnommen hätten. Auch in der gestrigen Sitzung haben die Freunde der Vorlage, Sieverts von der Rechten und Rohde von der Linken, nur die allgemeinen Schlagworte wiederholt, es müsse etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen, und da man etwas anderes nicht zur Hand habe, so müsse man eben diese Vorlage annehmen. Auf die nähere Begründung der vorhandenen Gefahr der Sozialdemokratie hat man sich nicht weiter eingelassen. Und doch erschien dies notwendig, nachdem bedeutende Mitglieder der Bürgerschaft, wie Dr. Wolffson und Dr. Blunck, auf die Statistik hingewiesen hatten, welche zeige, daß nach dem ersten Ansturm der unbemittelten Kreise zum Erwerb des Bürgerrechts bereits ein Abflauen dieser Entwicklung eintrete. Und mußte es die Mehrheit nicht stutzig machen, daß der Senat die Statistik des Jahres 1904, welche den genannten Gegnern der Vorlage recht gab, aus der Begründung herausgelassen hatte, und das in der Bürgerschaft damit erklärte, daß die Vorlage schon am 10. Mai im Senate beschlossen worden sei, während die Zahlen für 1904 erst am 16. Mai vom Statistischen Bureau geliefert worden seien? Aber die Mehrheit wollte von solch minutiöser Prüfung der Vorlage und ihrer Voraussetzungen nichts wissen; sie stellte sich auf den Standpunkt, den einer ihrer Redner ausdrücklich vertrat, daß die drohende Gefahr der Sozialdemokratie sich nicht aus „der Statistik, sondern aus den Tatsachen" ergebe! Es ist leider zu fürchten, daß der von der Mehrheit beherrschte Ausschuß der Bürgerschaft sich ebenfalls von dieser Stimmung leiten lassen und daß er etwaiges seiner vorgefaßten Meinung ungünstiges statistisches Material nicht in der genügenden Weise würdigen wird. Die Hoffnung, daß schließlich aus den Beratungen des Ausschusses doch noch ein brauchbares Werk hervorgehen werde, beruht wesentlich auf dem Umstande, daß das kleine und mittlere Bürgertum zu der Erkenntnis kommen wird, daß es die Kosten dieser Reform vielleicht in noch stärkerem Maße zu tragen haben wird, als die Sozialdemokratie. Schon jetzt dämmert diese Einsicht hier und da, und dies ist der Grund dafür, daß man die ganze Vorlage doch nicht rasch im Plenum durchgepeitscht, sondern an einen Ausschuß verwiesen hat. Wer aber die Vorlage genau prüft, der muß erkennen, daß das kleine und mittlere Bürgertum künftig im wesentlichen auf einen Teil der 24 Sitze der zweiten Klasse (Einkommen von ℳ 3000 bis ℳ 6000) angewiesen sein wird. Die Mandate der Einkommen über ℳ 6000 werden fast ausschließlich der Plutokratie zufallen, welche schon jetzt über die 80 Sitze aus den privilegierten Wahlen verfügt, während die Mandate der Klasse unter ℳ 3000 mit wenig Ausnahmen an die Sozialdemokratie fallen dürften. In der zweiten Klasse wird sich aber das Kleinbürgertum mit anderen Elementen, mit den Beamtenkandidaturen, Antisemiten, vielleicht auch etwas mit den Sozialdemokraten um die Mandate zu streiten haben."

Der Antrag von Rodatz und Genossen in der Bürgerschaftssitzung am 5. Juni besagt: Der Artikel 36 soll künftig lauten: Geistliche sowie besoldete öffentliche Angestellte haben das Recht, eine auf sie gefallene Wahl zur Bürgerschaft abzulehnen. Das hat die Bürgerschaft in erster Lesung genehmigt.

Ueber die Präsenz in der Montagssitzung der Bürgerschaft erfahren wir, daß auch Herr Dr. Brackenhoeft fehlte, der zur Zeit verreist ist. Dagegen hat Herr Theodor Menzel an der Abstimmung teilgenommen, so daß insgesamt 154 Mitglieder abgestimmt haben, nicht 155, wie das Bureau festgestellt hat. Herr Beit ist übrigens, wie wir hören, in Folge der Hitze unpäßlich geworden, hat sich einen Augenblick erfrischt und dabei die Abstimmung versäumt, die so schnell nicht erwartet wurde.

Vorläufig keine Straßenbahn nach Schiffbeck. Die Finanzdeputation hat dem Konzessionsgesuch der Hamburger Straßenbahngesellschaft auf Erbauung einer Straßenbahn nach Schiffbeck für die ihrer Kompetenz unterstehende etwa 800 m lange Strecke von Horn bis zur preußischen Grenze die Genehmigung versagt. Die ganze Strecke bis Schiffbeck ist 1350 m lang. Die Konzession für den auf preußischem Gebiet gelegenen Teil, die der Regierungspräsident in Schleswig zu erteilen hat, war naturgemäß abhängig gemacht von der Konzessionserteilung für die hamburgische Strecke. — Heute Morgen ist der ablehnende Bescheid der Finanzdeputation der Straßenbahngesellschaft zugegangen.

w. **Vom Hafen und von der Schiffahrt.** Der Salondampfer „Silvana" rannte gestern Abend, als er, von Helgoland kommend, in Cuxhaven an der Westmole anlegen wollte, gegen das Bollwerk. Der Dampfer hat ziemlich starken Schaden an der Steuerbordseite erlitten. Nachdem hier in Hamburg die Passagiere abgesetzt waren, ist der Dampfer sofort in das Trockendock der Hamburg-Amerika-Linie zur Reparatur geholt worden. — Der Fischdampfer „St. Pauli" hat auf der Reise von der Nordsee nach hier seine Schraube verloren. Der Fischdampfer „Franz" nahm den manövrierunfähigen Dampfer ins Tau und brachte ihn nach hier. Nach der Entlöschung muß er ins Dock gebracht werden. — Der Dampfer „Coronilla", welcher, auffommend, auf der Unterelbe auf Grund fest war, ist nach seiner Entlöschung besichtigt und für unbeschädigt befunden worden. Der Dampfer ist bereits von hier nach Newcastle abgegangen. — Der Hamburger Dampfer „Pitea", der mit zerbrochenen Schraubenflügeln hier eintraf, ist bei H. C. Stülcken Sohn im Dock mit einer neuen Schraube versehen und bereits wieder in Ladung gelegt worden. — Der Hamburger Dampfer „Serapis", der auf seiner letzten Reise nach hier auf Grund fest war, ist in das Reiherstieg-Dock zur Besichtigung geholt worden. Der Dampfer hat ganz erheblichen Schaden im Boden erhalten. — Der englische Dampfer „Citrine", der mit Schaden an seinem Dampfsteuer hier eintraf, ist repariert worden und hat die Ausreise nach Methil angetreten. — Der Hamburger Dampfer „Bulgaria", welcher mit einer Ladung Kohlen für die russische Flotte von hier abging, hat die Ladung bei Madagaskar an die Kreuzer abgegeben und ist von dort nach Rangoon gedampft. Der Dampfer ist mit einer Ladung Reis auf der Elbe eingetroffen. Da er mit seinem Tiefgang von 28 Fuß nicht nach hier kommen konnte, hat er auf der Unterelbe bei Brunshausen von der Ladung geleichtert und ist in letzter Nacht hier im Hafen angekommen. — Der Hamburger Dampfer „Kythnos" der Reederei Robert M. Sloman jr., der mit Feuer im Raum in Portland einlief, worüber wir gestern berichteten, ist stark beschädigt. Das Feuer ist zwar gelöscht, doch haben Schiff und Ladung schweren Schaden erlitten. Um des Feuers Herr zu werden, wurde der Dampfer auf Strand gesetzt. Die Räume 1 und 2 mußte man voll Wasser laufen lassen, wodurch die aus Eisen, Baumwolle, Wolle, Nähgarn, Fischöl bestehende Ladung beschädigt ist. Auf beiden Seiten des Schiffes sind eine Anzahl Platten ausgeglüht und verbeult. Desgleichen sind die Sparr- und Hauptdeckplatten schwer verbeult. Das Schott im Raum 2 ist vollständig gelöst, wodurch der Maschinenraum und die Bunker unter Wasser gesetzt sind. Auch das Schott 2, das nach dem Raum 3 führt, hat sich gelöst und es ist dadurch in die Räume 3 und 4 Wasser eingedrungen, welches gleichfalls die Ladung beschädigte. Auch im Raum 5 sind 3 Fuß Wasser. Man hat jetzt Dampfpumpen herbeigeschafft, die auf dem Deck des Dampfers aufgestellt sind. Mit diesen Pumpen will man die Räume auspumpen. Sobald dies erfolgt ist, soll der Dampfer vom Strande ab und in tiefes Wasser gebracht werden. Der entstandene Schaden, sowohl am Schiff selbst wie auch der Ladung, ist als ein sehr großer bezeichnet worden. Voraussichtlich kommt der Dampfer nach hier, um zu reparieren.

w. **Schiffsneubauten.** Die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos" hat auf der Werft von William Pickersgill u. Sons in Sunderland den Bau eines neuen Dampfers von 2000 Tons in Auftrag gegeben. — Die Reederei Rob. M. Sloman jr. läßt auf der Werft von Jon Smit u. Co. in Alblasserdam und in Helsingör je einen Dampfer von 2000 Tons erbauen. Die beiden Dampfer sind für die Mittelmeerfahrten bestimmt. — Die Dampfschiffsreederei Union-Aktien-Gesellschaft hat auf der Werft von Irvines Shipbulding u. Dry Dock Co. Ltd. in West Hartlepool, den Bau von vier Dampfern, die je 5000 Tons Tragfähigkeit besitzen sollen, in Auftrag gegeben.

w. **Verkaufte Schiffe.** Die Hamburger Bark „Weiwera" der Reederei Flügge, Johannsen u. Lubinus, 1870 aus Eisen erbaut, 721 Netto Registertons, ist für die Summe von ℳ 24900 durch den Schiffsmakler Daniel Milberg an eine Reederei in Italien verkauft worden. Das Schiff liegt gegenwärtig in Bremen und löscht seine Ladung. — Der Hafenschleppdampfer „Magnet" ist von der Firma Franz Wege an den Inspektor Hahn verkauft worden. Der Dampfer verbleibt im Hafenschleppdienst. — Die im hiesigen Hafen liegende Bark „Lita", welche vor einiger Zeit an die hiesige Reederei Wachsmuth u. Krogmann verkauft wurde, hat jetzt den Namen „Indra" erhalten.

w. **Stapellauf.** Auf der Werft von Blohm u. Voß befindet sich für die Deutsche Ostafrika-Linie ein neuer Passagier- und Frachtdampfer im Bau, der als Ersatz des verlorengegangenen Dampfers „Kurfürst" hergestellt wird. Der neue Dampfer ist soweit fertiggestellt, daß er am Donnerstag, 15. Juni, zu Wasser gelassen werden soll.

w. **Unglücksfälle.** Beim Löschen von Zucker in Säcken vom Oberländer Kahn 5781 an den im Segelschiffhafen liegenden Dampfer „Horatius" brach die Windestahltrosse, so daß eine Hieve in den Kahn zurückfiel und den Schiffer Franz Janetzki und den Bootsmann A. Lisinsky traf. Der Schiffer erlitt einen Bruch zweier Rippen und der Bootsmann bedeutende Kontusionen am Hinterkopf. Beide Verunglückte wollten nicht nach dem Hafenkrankenhause gebracht werden, sondern an Bord des Kahns in ärztlicher Behandlung verbleiben. — Der Maler Franz Trum war auf einer Stellage auf dem in Stülckens Dock liegenden Dampfer „Volos" beschäftigt. Es löste sich eine Spiere, an der die Stellage befestigt war, wodurch T. abstürzte und 16 Fuß tief in den Dockraum fiel. Der Verunglückte hat schwere Verletzungen am Vorderkopf erlitten und sich den linken Arm ausgesetzt. Man brachte den Genannten nach dem Hafenkrankenhause. — Dort hat auch der Schiffsreiniger W. Schütt Aufnahme gefunden. Der Mann wollte am Amerikahöft die Barkasse „H. M. Sitas" mit dem rechten Fuß von dem Ponton abstoßen, wobei er mit dem Fuß zwischen Ponton und Barkasse geriet, wodurch er bedeutende Quetschungen des Fußes erlitt. — Auf dem Schleppdampfer „Hans Otto" kam der Decksjunge aus seinem Logis und wurde von der Schlepptrosse gegen den Kopf gestoßen, so daß er mit dem Kopf auf einen eisernen Winkel schlug. Der Genannte hat eine bedeutende Verletzung am Kopf und linken Auge erlitten. Er ist von der Sanitätskolonne der Feuerwehr mit einem Notverband versehen und dann nach seiner Wohnung gebracht. — Der Zimmermann Riever war bei der Kaltenhofe mit Pfahlausziehen beschäftigt, wobei er von einer Ramme abstürzte. Der Verunglückte erlitt einen Beckenbruch. Der Verletzte hat im Krankenhause St. Georg Aufnahme gefunden.

w. **Selbstmordversuch.** Eine geisteskranke Frau G. stürzte sich gestern Abend beim Hafentor von der Kaimauer ins Wasser. Zum Glück war die Besatzung des Fährdampfers „Büsch" in der Nähe, welche die bedauernswerte Frau retten konnte. Die Gerettete wurde dann nach dem Hafenkrankenhause gebracht. — Als sich der Passagierdampfer „Phönix" gestern Abend auf der Fahrt von hier nach Harburg befand, sprang ein Mann über Bord, als der Dampfer im Köhlbrand eingelaufen war. Hier befanden sich mehrere Boote, deren Insassen den Mann retten und an Bord des Dampfers zurückbringen konnten. Der Lebensmüde wurde mit nach Harburg genommen und der dortigen Polizei übergeben.

Altona.

* **Zu Unrecht aufgelöstes Wohltätigkeitskonzert.** Am 24. Februar war bekanntlich in Stockmanns Etablissement in der Großen Roosenstraße zum Besten der streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet worden, das von etwa 1500 Personen besucht war. Das Programm sah außer etlichen Musik- und Gesangsvorträgen auch eine Festrede des Genossen Paul Hoffmann vor. Dieser ergriff dann auch das Wort, nachdem zwei Konzertstücke gespielt worden waren, wies auf den Zweck der Veranstaltung hin und charakterisierte in kernigen Worten das Verhalten der Bergprotzen. Da wurde er plötzlich von einem Kriminalbeamten unterbrochen. Derselbe löste die „Versammlung", wie er die Veranstaltung nannte, auf und die Teilnehmer, mochten sie noch so sehr über diesen Gewaltakt empört sein, mußten sich entfernen, wollten sie sich nicht strafbar machen. Die Auflösung war erfolgt, weil die „Versammlung" nicht polizeilich angemeldet worden war und behauptet wurde, sie sei zum Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten arrangiert worden und Hoffmann habe auch tatsächlich öffentliche Angelegenheiten erörtert. Wir haben gleich ausgeführt, daß die Auflösung des Konzerts gesetzwidrig erfolgt sei, und diese unsere Ansicht hat heute das Schöffengericht bestätigt. Die Polizei hatte sich nicht damit begnügt, daß sie dem Wirt Schaden zugefügt und die Teilnehmer an dem Konzert um einen erhebenden Genuß gebracht hatte, sondern sie hatte auch noch dem Genossen Hoffmann ein Strafmandat in Höhe von ℳ 30, event. 10 Tage Haft, zugeschickt, weil er in einer nicht angemeldeten und zum Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten einberufenen Versammlung als Redner aufgetreten sei. Hoffmann beantragte gerichtliche Entscheidung und heute wurde gegen ihn vor dem Schöffengericht verhandelt. Er bestritt ganz entschieden, daß es sich um eine öffentliche Versammlung im Sinne des Gesetzes gehandelt habe und daß öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Was er nach dem Bericht der Polizei gesagt haben sollte, gab er zu. Der Wirt Stockmann bekundete, daß er bei der Polizei gewesen sei, um das Konzert anzumelden, doch sei ihm gesagt worden, daß ein Konzert der polizeilichen Anmeldung nicht bedürfe. Diese Angabe fand durch das Zeugnis eines Polizeibeamten ihre Bestätigung. Derselbe hat das Konzert aufgelöst, weil es seiner Ansicht nach sich um eine öffentliche, zum Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten arrangierte Versammlung gehandelt habe. Diese Versammlung hätte angemeldet werden müssen, was aber nicht geschehen sei. Durch Zeitungsnotizen sei die Polizei auf die Veranstaltung aufmerksam geworden und hätte sie überwachen lassen. Der Amtsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte die Bestätigung des Strafbefehls. Seiner Ansicht nach sei die Versammlung nur unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit einberufen und habe agitatorischen Zwecken dienen sollen. Genosse Hoffmann wies dieses entschieden zurück. Es habe sich lediglich um ein Wohltätigkeitskonzert gehandelt und seine Rede habe nicht die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezweckt. Er habe nur den Zweck des Konzerts unter Mitteilung geschichtlicher Tatsachen vorgeführt. Das sei erlaubt und sollte um so weniger verfolgt werden, als öfter bei einer Geburtstagsfeier von hochgestellten Personen, so vom Polizeiinspektor Klaeber, unangemeldete hochpolitische Reden gehalten würden. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil es sich nicht um eine Versammlung gehandelt habe und öffentliche, die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter betreffende Angelegenheiten nicht erörtert worden seien. Man habe lediglich Wohltätigkeit geübt. Daß man nicht habe täuschen wollen, gehe schon daraus hervor, daß der Wirt bei der Polizei gewesen sei und das Konzert habe anmelden wollen.

* **Die Säle des früheren Koppelmannschen Etablissements** in der Großen Roosenstraße, die der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften seit vielen Jahren zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten gedient haben, werden in wenigen Wochen vom Erdboden verschwinden und an Stelle derselben werden Etagenhäuser erstehen. Der Teil des Etablissements, in dem Herr Stockmann eine Wirtschaft betreibt, bleibt bestehen und wird zweckmäßig ausgebaut werden. Die jetzigen Restaurationsräume bleiben, hinter denselben wird ein größerer Konzertraum erstehen und in der Etage wird ein Saal errichtet, der etwa 250 Personen fassen und sich zur Abhaltung von kleinen Versammlungen und Festlichkeiten vorzüglich eignen wird. Die Pläne sind bereits genehmigt und mit der Ausführung derselben wird in allernächster Zeit begonnen werden.

* **Das Brauhaus „Teutonia"**, bisher Eigentum des Herrn Witter, ist an die Herren Karsiol und Trobisch verkauft worden und gestern fand die gerichtliche Auflassung statt. Das Unternehmen ist unter der Firma „Brauhaus Teutonia, Karsiol und Trobisch" in das Handelsregister eingetragen worden. Durch langfristige Abschlüsse mit dem Norddeutschen Gastwirteverband sollen die neuen Eigentümer in die Lage versetzt sein, die Produktion der Brauerei, die bisher jährlich etwa 60000 Hektoliter betrug, um das Doppelte zu erhöhen. Die notwendigen baulichen Vergrößerungen sollen baldigst in Angriff genommen werden. Der Kaufpreis der Brauerei beträgt ℳ 1225000.

* **Eine böse Suppe** haben die Arbeiterinnen und Schwestern Frieda und Elisabeth St. sich eingebrockt, die heute vor dem Landgericht wegen Beleidigung, Widerstandes und Körperverletzung angeklagt waren. Vor einiger Zeit erschienen in der gemeinschaftlichen Wohnung der Angeklagten zwei Vollziehungsbeamte, um wegen rückständiger Steuern eine Pfändung vorzunehmen. Darüber waren die beiden Angeklagten außerordentlich aufgeregt. Durch Anspucken und Schimpfworte sollen sie die Beamten beleidigt haben, wodurch diese sich aber nicht abhalten ließen, ihres Amtes zu walten. Nun sollen die Angeklagten tätlich geworden sein und die Beamten gekratzt und zu verhindern versucht haben, sich des Geldes zu bemächtigen. Der Staatsanwalt beantragte je 3 Monate Gefängnis gegen die Angeklagten und das Gericht erkannte auf 7 bezw. 5 Wochen Gefängnis.

* **Die Leiche eines Selbstmörders** wurde heute auf dem Kirchhof am Bornkamp aufgefunden und durch den Beerdigungsübernehmer Schüler nach der städtischen Leichenhalle gebracht.

* **Einen Selbstmordversuch** machte gestern Abend auf dem Hauptbahnhof der Polizeidiätar v. D. aus Hamburg. In einem Klosett feuerte er einen Schuß auf sich ab und brach, in der Brust getroffen, zusammen. Er wurde im bedenklichen Zustande durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Was ihn zu seiner Tat getrieben hat, ist bisher nicht bekannt geworden.

* **Die Feuerwehr** wurde heute Vormittag nach der Papenstraße 66 gerufen, wo Teer in Brand geraten war. Die Gefahr wurde schnellstens beseitigt.

* **Ein Paletotmarder** wurde in der Person eines Schuhmachers verhaftet. Er wurde abgefaßt, als er in einem Salon einen Paletot und einen Stock gestohlen hatte und sich mit seiner Beute entfernte.

* **Unter dem Verdacht des Einbruchsdiebstahls** wurde ein Arbeiter verhaftet. Er soll vor etwa drei Wochen in der Kleinen Freiheit einen Pferdestall erbrochen und aus demselben ein Pferdegeschirr und einen Persenning entwendet haben.

* **Ein schmutziger Kunde** ist nach der gegen ihn erhobenen Beschuldigung der Schlachtergeselle Wilhelm Steinhilber, der in vergangener Nacht in seinem Logis in der Großen Johannisstraße verhaftet wurde. Er soll einen jungen Mann zu unsittlichen Zwecken mit in sein Logis gelockt und demselben bei dieser Gelegenheit die Uhr nebst Kette, sowie ein Zwanzigmarkstück gestohlen haben. Der Verhaftete, der als Zuhälter bekannt ist, ist mehrfach wegen Erpressung bestraft.

* **Verschwunden** ist der Knecht eines Bleichers in Stellingen-Langenfelde, nachdem er für seinen Dienstherrn erhebliche Beträge einkassiert, diese aber nicht abgeliefert haben soll.

* **Gestohlen** wurde einem am Behrkampsweg in Lokstedt wohnenden Händler ein Sparkassenbuch über ℳ 1143,68. Die Einlagen sind bei der Sparkasse von 1827 in Hamburg gemacht. Das Buch trägt die Nummer 63660 und lautet auf den Namen Heinrich Friedrich Wilhelm Hestner.

---

d. **Stellingen-Langenfelde.** Das Ersatz-Geschäft für den Kreis Pinneberg für 1905 ist wie folgt festgesetzt worden. Am Montag, den 26. Juni 1905: 1. die beim diesjährigen Musterungsgeschäfte für dauernd unbrauchbar befundenen Mannschaften; 2. die zum Landsturm vorgeschlagenen Mannschaften; 3. die zur Aushebung in Vorschlag gebrachten Militärpflichtigen der seemännischen Bevölkerung; 4. die von den Truppen resp. Marineteilen abgewiesenen Einjährig-Freiwilligen; 5. die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften; 6. die zur Zeit des Aushebungsgeschäftes noch vorläufig beurlaubten Rekruten. Am Dienstag, den 27. Juni, Militärpflichtige der Landbevölkerung, welche zur Aushebung in Vorschlag gebracht sind. Am Mittwoch, den 28. Juni, desgleichen wie am 27. Juni. Am Donnerstag, den 29. Juni: 1. Zur Aushebung in Vorschlag gebrachte Militärpflichtige der Landbevölkerung; 2. die zur Ersatzreserve vorbezeichneten Mannschaften; 3. Reservisten und Wehrleute welche auf Grund ärztlicher Untersuchung zur Zurückstellung oder zum gänzlichen Ausscheiden designiert worden sind und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften, über welche endgültig zu entscheiden ist. Die Vorbezeichneten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung von Strafen an den angegebenen Tagen 7½ Uhr Vormittags in dem Aushebungslokale, Schmüsers Hotel in Pinneberg, sauber gewaschen und in reinlicher Kleidung, einzufinden. Die erteilten Losungsscheine und Gestellungsatteste sind ausnahmslos mit zur Stelle zu bringen.

Unterschlagung. Ein Knecht des Bleichers M. in der Brüderstraße wurde dieser Tage mit dem Einkassieren von Geldbeträgen bei der Kundschaft seines Herrn beauftragt. Der ungetreue Knecht behielt indessen das Geld für sich und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt.

Hamburger Staats- u. Gemeinde-Angelegenheiten.

22. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Mittwoch, 7. Juni, 7½ Uhr Abends.

Vorsitzender: Präsident Engel.

1. Wahl von Schulpflegern. Wahlvorschlag der Senioren.

Gewählt werden: Im vierten Bezirk: P. A. Bey, Eimsbüttelerstr. 30, J. K. C. A. Lindner, Reeperbahn 135, G. J. C. Bunta, Altonaerstr. 61, J. G. C. Rieck, Paulinenstr. 15; im fünften Bezirk: J. F. H. Blöcker, Wandsbeckerchaussee 217, C. F. Stohlmann, Holzdamm 50, C. C. E. Behn, Burgstr. 54, C. M. Hinsch, Pulverteich 17; im sechsten Bezirk: John Freydag, Innocentiastraße 17, R. L. Th. Bauer, Rentzelstr. 12; im siebten Bezirk: P. J. H. Petersen, Mendelssohnstr. 10, M. E. Oldenburg, Bismarckstr. 16, J. C. G. Hertling, Eidelstedterweg 1, Ed. L. A. Stroebel, Eppendorferweg 97, F. E. Winter, Osterstr. 58, Tewes Steckmann, Eppendorferweg 11, H. A. C. Hertling, Bismarckstr. 44; im neunten Bezirk: C. A. Mestern, Hofweg 57, E. C. O. Lutken, Carlstr. 17, G. W. Messerschmidt, Hofweg 50; im zehnten Bezirk: F. W. C. Müller, Wagnerstr. 12, F. M. Hipp, Hamburgerstr. 136, H. C. L. Herr, Wagnerstraße 72.

2. Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Senatsantrages, betreffend den Ankauf von L. Rott u. Loelf Grundstück, Kirchenallee 47, und Jebsen Grundstück, Knochenhauerstraße 8, und Hansing Grundstück, Güntherstraße.

Der Ausschuß beantragt Genehmigung des Antrags, betreffend Kirchenallee, und Ablehnung, betreffend Knochenhauerstraße und Güntherstraße; ferner das Ersuchen an den Senat zu richten, baldigst ein Projekt, betreffend Durchbruch Schweinemarkt-Rathausmarkt vorzulegen.

Sanders (R.) beantragt und begründet Absetzung von der Tagesordnung, betreffend Knochenhauer- und Günterstraße. Es werde voraussichtlich baldigst den Wünschen der Bürgerschaft gemäß ein von der Vorortsbahn unabhängiges Projekt Schweinemarkt-Rathausmarkt eingehen. Eile liege auf keinen Fall vor.

Elvers (R.) befürwortet den Ausschußantrag und bittet, wenigstens das Ersuchen an den Senat zu richten.

Heubel (Z.) spricht sich anscheinend für den Ausschußantrag aus.

Sanders (R.) tritt nochmals für seinen Antrag ein.

Der Ausschußantrag, betr. Kirchenallee wird angenommen, betr. Knochenhauerstraße und Güntherstraße wird der Antrag Sanders angenommen, ebenso das Ersuchen des Ausschußantrages.

3. Antrag des Senats, betreffend Erbauung einer zweiten Drehbrücke über den Reiherstieg.

Der Senat beantragt Bewilligung von ℳ 740000.

Wilkens (Z.) beantragt und begründet Verweisung an einen Ausschuß von sieben Personen.

Ernst Müller (L.) spricht sich anscheinend gegen den Antrag Wilkens aus.

Wilkens (Z.) befürwortet nochmals seinen Antrag.

Ernst Müller (L.) erwidert.

Heubel (Z.) plaidiert für Verweisung an den Ausschuß.

Der Antrag Wilkens wird angenommen.

4. Erwiderung und Antrag des Senats, betreffend Erbauung einer Realschule nebst Turnhalle in St. Georg.

Der Senat beantragt Bewilligung von ℳ 436000.

Heubel (Z.) bittet um Annahme des Senatsantrages, der den Wünschen der Bürgerschaft entspreche.

Der Antrag wird endgültig angenommen.

5. Antrag des Senats, betreffend Ankauf eines der Gemeinde Langenhorn gehörigen, an der Langenhorner Chaussee belegenen Grundstücks.

Der Senat beantragt Bewilligung von ℳ 11000 ꝛc.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

6. Antrag des Senats, betr. Erbauung einer Fußgängerbrücke im Straßenzuge Hühnerposten-Besenbinderhof.

Der Senat beantragt Bewilligung von ℳ 50000.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

7. Antrag des Senats, betreffend Abänderung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter in Kauffahrteischiffen vom 30. November 1896.

Der Senat beantragt Genehmigung der Abänderung.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

8. Antrag des Senats, betreffend Verbreiterung und Vertiefung des Grenzkanals.

Der Senat beantragt Bewilligung von ℳ 1518000.

Heidmann (R.) und Gen. beantragen Verweisung an einen Ausschuß von 7 Personen.

Lütgens (R.) begründet den Antrag Heidmann. (Die Ausführungen des Redners sind auf der Tribüne unverständlich.)

Der Antrag Heidmann wird angenommen.

9. Antrag des Senats, betreffend Abänderung und Ergänzung der §§ 24, 25 des Gesetzes, betreffend Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Der Senat beantragt Genehmigung des Antrages.

Dr. Siemann (R.) beantragt Absetzung von der Tagesordnung.

Es wird so beschlossen.

10. Antrag des Senats, betr. Erbauung eines Schutzhafens auf der Kleinen Kattwiek.

Der Senat beantragt Bewilligung von M. 43 900.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

11. Sechster Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Antrags von Johs. Halben, betreffend das Landschulwesen, nunmehr über den Senatsantrag auf Erlaß eines Gesetzes, betreffend das Schulwesen in den Landgemeinden.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung zum Senatsantrage und rückwirkende Ausdehnung der Gehaltsordnung vom 10. November 1902 auf die Landschullehrer.

Dr. Müller (R.) befürwortet den Ausschußantrag.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen.

12. Antrag von Paridom Möller und Genossen auf Herstellung von Vorrichtungen im Köhlfleet für die Finkenwärder Fischer zum Instandsetzen ihrer Fahrzeuge.

Möller (L.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage zwecks Herstellung von Vorrichtungen im Köhlfleet zwischen den Duc d'Alben und dem Uferrand, damit die Finkenwärder Fischer Gelegenheit haben, ihre Fahrzeuge in stand setzen zu können.

Paridom Möller (L.) begründet den Antrag. Die Finkenwärder Fischer seien durch die Neugestaltung der Dinge von ihren Plätzen vertrieben worden. Der Schweinesand sei zu weit entfernt. Im allgemeinen Interesse liege es, dem Antrage zu entsprechen.

Wilkens (Z.): Es ist nicht recht klar, wie sich Herr Möller die Sache denkt. Wenn man übrigens Finkenwärder dies bietet, muß man es den noch schlechter gestellten Hamburger Interessenten ebenfalls geben. Wohin würde das führen?

Sievers (L.) spricht für den Antrag Möller. Was in Cuxhaven schon bestehe, mehr nicht, wünschten die Finkenwärder Fischer mit Recht. Es erleichtere die schwierige Existenz dieser Leute.

Dagefür (L.) tritt ebenfalls für den Antrag Möller ein, der leicht durchführbar sei.

Witte (Z.) schließt sich den Vorrednern an.

Kümpel (Z.) ist auf der Tribüne unverständlich.

Sanders (R.) wendet sich gegen die Form des Antrages und befürwortet eine Aenderung.

Sanders (R.) beantragt, die Worte „zwischen den Duc d'Alben und dem Uferrand" zu streichen.

Wilkens (Z.) erwidert den Vorrednern.

Paridom Möller entgegnet. Wenn Herr Wilkens vom Schweinesand so erbaut sei, möge er sich eine Villa dort bauen lassen. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Möller wird mit der Abänderung Sanders angenommen.

13. Antrag von Dr. Roth, betr. Anstellung von Schulärzten an sämtlichen Volksschulen Hamburgs.

Dr. Roth (L.) beantragt: Die Bürgerschaft beschließt und ersucht den Senat um eine Vorlage, betr. Anstellung von Schulärzten an sämtlichen Volksschulen Hamburgs.

Dr. **Roth** (L.) bittet, seinen Antrag zu unterstützen. Es bedürfe keiner Versuche mehr, wie der Senat sie wolle, seit schon in den meisten kleinen Städten sich die Institution der Schulärzte als segensreich erwiesen hätte. Das Tätigkeitsgebiet der Schulärzte sei ein außerordentlich umfangreiches. In Hamburg sei auf dem Gebiete der Schulhygiene bisher unendlich viel versäumt worden. Selbst die neuen Gebäude ließen viel zu wünschen übrig. So sei z. B. die Lichtzufuhr oft genug ungenügend; das wirke ruinös auf die Kinderaugen. Der Aufenthalt in der Schule wirke auf schwache und kränkliche Organismen oft sehr nachteilig; der Lehrer erkenne das häufig nicht; manches Kind werde gestraft wegen Mängel, die aus diesen nachteiligen Wirkungen resultierten. Da müsse eben der Arzt eingreifen, der auf Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen belehrend einwirken werde. In England habe sich dieses System besonders bewährt. In den schultechnischen Betrieb würden die Aerzte durchaus nicht eingreifen. Sogar in Rußland sei man z. T. fertig mit der Frage; um so verwunderlicher sei es, daß man in Hamburg erst „versuchen" wolle. Sogar 106 Städte mit 20 000 Einwohnern in Deutschland hätten schulärztliche Einrichtungen. Auch die Kinder der gutsituierten Leute seien vielfach mit Leiden behaftet, welche von den Eltern nicht erkannt würden. Nicht zwingenden, sondern beratenden Einfluß werde der Schularzt haben. Der gute Rat finde fast ausnahmslos eine gute Stätte. Angesichts all dieser Tatsachen solle man den Senat vorwärts drängen und statt zum Versuchen, zum Handeln veranlassen.

Emil Fischer (SD.): Der Schulzwang darf nicht Gefahren für die Kinder schaffen; Licht und Luft muß ihnen gesichert, ansteckenden Krankheiten vorgebeugt werden. Einer Probe bedarf es nicht. Hamburg ist hier, wie in vielen Dingen, hinter den Russen zurück. Nehmen Sie den Antrag an!

Der Antrag wird endgültig angenommen.

Schluß 8¾ Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Brauereiarbeiter. In der öffentlichen Versammlung am 28. Mai bei Horn referierte der Gauleiter Etzel über das Thema: „Welche Organisation ist für die Hamburger Brauereiarbeiter am zweckdienlichsten?" Weil die Brauereiarbeiter den verschiedenen Organisationen angehört haben, ist der Hamburger Kampf so wie geschehen verlaufen. Man hat seitens einer Organisation den Kriegsplan schon im Winter verraten. Redner will trotzdem den Organisationen den Vorwurf nicht machen, daß sie ihre Schuldigkeit während des Streiks nicht getan haben; aber besser wäre es, wenn alle einer Organisation angehörten. Schmalinz (H.-D. G.): Unsere Gewerkschaft, die Hirsch-Dunckersche, kämpft nur aus reinem wirtschaftlichen Antrieb und läßt jede Politik beiseite. Gerade durch die Politiktreiberei entsteht die Uneinigkeit zwischen den Gewerkschaften. Scherzberg (Bundesverein) spricht dem Gauleiter Etzel seinen besten Dank für die vortrefflichen Ausführungen aus. Aber für große Streiks kann er sich nicht erwärmen, wie z. B. in Rheinland-Westfalen, wo wegen zwei Mann über 1000 Mann in den Streik eingetreten sind. Er habe auch schon trockenes Rundstück gegessen wegen eines Streiks, und dieses habe ihn eines anderen belehrt. Schmidt (Z.-V. d. Br.) spricht über die Hamburger Brauereiarbeiter-Bewegung von 1889 bis 1904 und macht dem 1889er Verein der Bundesgesellen den Vorwurf, daß derselbe bei jeglicher Lohnbewegung zurückhaltend war. Redner fordert zum Schluß die nicht organisierten Versammelten auf, in den Z.-V. d. Br. einzutreten. Linne (Z.-V. d. Br.) bedeutet dem Hirsch-Dunckerschen Schmaling, was modern und nicht modern organisiert heißt. Schmaling (H.-D.): Wir haben noch nie von übertriebenen Forderungen der Arbeiter gesprochen, aber Ihr Genosse v. Elm hat auf dem letzten Gewerkschaftskongreß es nicht unterlassen können, von übertriebenen Forderungen der Arbeiter zu sprechen. Weinem (Z.-V. d. Br.): Der Hamburger Kampf habe sich lediglich um den Arbeitsnachweis gehandelt. Wir haben mit Ihnen (zu den Bundesgesellen) schon vor Jahren den Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage haben wollen; Sie erklärten immer, keinen Grund dazu zu haben; Ihr Nachweis florierte gut. Da wir aber sahen, daß überall auf den Brauereien nur Mitglieder Ihrer Organisation eingestellt wurden und unsere Mitglieder sozusagen gemaßregelt, traten wir im Vorvorjahre an einzelne Brauereien heran, welche unseren Arbeitsnachweis bewilligten, und zuletzt haben wir auf allen Hamburger Brauereien mit Hülfe der organisierten Arbeiterschaft den Arbeitsnachweis errungen. Dieses war für die Scharfmacher und Sie ein Dorn im Auge. Da kam das Unglücksjahr 1904. In der Sitzung wurde die Arbeitsnachweisfrage vom Direktor Strauß angeschnitten, und wir stellten uns auf den Standpunkt, für uns sei die Frage erledigt. Kollmann (Z.-V. d. Br.) geht scharf ins Gericht mit den Bundesgesellen. Wir haben immer frei und offen erklärt, was unsere Forderungen waren, reißen Sie Ihre Heuchlermaske herunter und spielen Sie nicht Versteck. Neumann (Bundesverein): Es liegt an dem System, weshalb wir mit Ihnen in manchen Fragen nicht Hand in Hand gehen können. Unser Statut besagt, daß wir nur das Interesse der gelernten Brauer vertreten. Ich habe auch schon in Berlin Steine gerammt und habe gesehen, daß man vom gelernten Arbeiter scheel angesehen wird. Döllinger (Z.-V. d. Br.): Das Interesse der gelernten Arbeiter vertreten wir ebenso gut wie Sie; gerade wir waren es, die bei der letzten Lohnforderung den Prozentsatz auf Einstellung der ungelernten Arbeiter stellten. Man hat sich genug ausgesprochen. Wenn Worte gefallen sind (zu den Bundesgesellen), die Ihnen nicht angenehm sind, so haben Sie auch in mancher Hinsicht dieselben verdient. Er fordert zum Schluß auf, in den Z.-V. d. Br. einzutreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie erklärt ferner, daß durch die verschiedenen Organisationsbedingungen, welche in letzter Zeit in Hamburg ins Leben gerufen worden sind, keine Möglichkeit geboten wird, die Lebenslage der Brauereiarbeiter zu verbessern, sondern daß diese nur dazu angetan sind, Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter hineinzutragen und dadurch den Unternehmern im Brauereigewerbe Handlangerdienste zu leisten. Die Versammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur durch Anschluß an den Z.-V. d. Br. die Interessen der Brauereiarbeiter vertreten und richtig gewahrt werden. Selbstverständlich bleiben die mit einzelnen Zentralverbänden getroffenen Abmachungen bestehen." Etzel (Z.-V. d. Br.): Sie haben mir einen Dank für meine Ausführungen ausgesprochen (zu den Bundesgesellen). Warum aber bleiben Sie in dem Bundesverein? Bei mir ist eine große Kluft zwischen dem Bundesverein und dem Z.-V. d. Br., denn so lange eine Vereinigung von Unternehmern erhalten wird, kann sie die Interessen der Arbeiter nicht richtig vertreten.

Küper, Altona-Ottensen. Mitgliederversammlung am 31. Mai. Wiederaufgenommen wurde Kollege H. Johannsen. Die Abrechnung ergab eine Einnahme der Zentralkasse von M. 617,95, eine Ausgabe von M. 578,95, davon zur Hauptkasse gesandt M. 150, bleibt ein Kassenbestand von M. 39. Einnahme der Lokalkasse M. 1179,48, Ausgabe M. 461,70, Kassenbestand M. 717,78. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 129. Unterstützung der ausgesperrten Kollegen bei Rabe: Von der Hauptkasse erhalten M. 493, auf Listen gesammelt M. 130,75. Zuschuß aus der Lokalkasse M. 83, Summa M. 706,75. Ausgabe: Streikunterstützung an 8 Kollegen M. 543,50, lokaler Zuschuß M. 83. Zur Hauptkasse zurückgesandt M. 80,25, Summa M. 706,75. Da alles in bester Ordnung befunden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu regem Besuch unseres am 1. Pfingsttage in „Waidmannsruh" stattfindenden Sommervergnügens wurde vom Festausschuß aufgefordert. Den Bericht von der Generalversammlung erstattete C. Feddern. Allgemein wurde in scharfen Worten getadelt, daß Kollegen, welche 25 Jahre treu zur Fahne gestanden haben und ihren Verpflichtungen immer nachgekommen sind, nicht mehr die Vorzüge als Ehrenmitglieder genießen sollen, indem Ehrenmitglieder nicht mehr aufgenommen werden. Westphal führt aus, daß unsere Organisation durch die Arbeitslosen-Unterstützung nur gekräftigt sei und ihren Kampfcharakter in keiner Weise dadurch eingebüßt hat. Dadurch, daß unseren Beamten zu viel Gehör geschenkt wurde, hätten wir einen gefährlichen Sprung gewagt: Durch Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Hoche gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß eine Filiale einen Beamten zur Generalversammlung entsandt habe und daß dieser die Gehaltserhöhung unserer Beamten beantragte. Redner beantragt, da in nächster Zeit doch die Protokolle der Generalversammlung ausgegeben würden, erst wenn die Kollegen diese aufmerksam durchgelesen, in der Debatte fortzufahren. Dieses wurde angenommen. Vom Gewerkschaftskartell berichtete Hoche. Er befürwortete die Verschmelzung mit Hamburg, jedoch müsse das Altonaer Arbeitersekretariat bestehen bleiben. Auf Antrag einer Genossin fordert Redner die Kollegen auf, ihre Frauen zu bewegen, sich den Organisationen anzuschließen. Auch auf das Bäckergewerbe und deren letztes Protokoll wurde noch besonders aufmerksam gemacht. Zu diesen Ausführungen bemerkte Popp, daß durch die Verschmelzungen der Kartelle es wieder notwendig wäre, besoldete Beamte anzustellen, was doch nach den Ausführungen mehrerer Kollegen vermieden werden sollte. Schmidt weist noch auf die größeren Gewerkschaften hin, welche eine Verschmelzung angestrebt haben; auch die Lehren des Bierboykotts solle man nicht vergessen.

Zementierer und Kunststeinarbeiter. Versammlung bei Bohnsack, Niedernstraße 50, am 4. Juni. Finsterwalde verliest die Statistik. Nach derselben sind von den Zementierern 94 pZt. (befragt 33), den Einschalern 82,3 pZt. (befragt 17), den Hülfsarbeitern 61,8 pZt. (befragt 146), den Kunststeinarbeitern 47,9 pZt. (befragt 94) organisiert. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 10 Stunden. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind ohne entsprechende höhere Bezahlung an der Tagesordnung. Die Löhne schwanken bei Zementierern zwischen 50 und 70 ₰, bei Einschalern zwischen 45 und 60 ₰, bei Hülfsarbeitern zwischen 40 und 55 ₰, bei Kunststeinarbeitern zwischen 30 und 60 ₰. Dann verliest Finsterwalde den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif, und zwar für Zementierer und Kunststeinarbeiter getrennt. Das Verlesen geschieht abschnittweise und werden die Kollegen bei jeder einzelnen Position aufgefordert, sich über ihr Einverständnis zu äußern. Hierbei entspinnt sich eine ziemlich lebhafte Diskussion, und wird von der Versammlung der Wunsch geäußert, die Lohnaufschläge für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit höher zu bemessen. Diesem tritt Hense in längeren Ausführungen entgegen. Er führt aus, prinzipiell ein Gegner der so hohen Mehrbezahlung für Ueberstunden zu sein, weil er befürchtet, daß hierdurch die Kollegen zum Ueberstundenmachen gereizt werden. Außerdem habe man den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif als Norm anzusehen, worüber hinauszugehen entschieden nicht rätlich sei, zumal wir bis jetzt noch keine Tarifvereinbarung getroffen hatten. Der jetzige Versuch auf tarifliche Regelung der Löhne verfolge in der Hauptsache mit den Zweck, diese einheitlich zu regeln, um zuzeiten schlechter Konjunktur die Kollegen vor willkürlichen Lohnkürzungen zu schützen. Die Abstimmung ergibt: der Tarif der Zementierer wird einstimmig angenommen. Abgegeben wurden 73 Stimmen. Der Tarif der Kunststeinarbeiter wird mit 57 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Versammlung ist also willens, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Vorstand wird beauftragt, die von der Versammlung etwas abgeänderten Tarife mit entsprechendem Begleitschreiben an die Unternehmer einzusenden. Hense ersucht die Kollegen, für den Fall, daß es zum Kampfe kommen sollte, für die Durchführung der Tarife energisch einzutreten und den Anordnungen der Streikleitung unbedingt Folge zu leisten. Funk macht auf das am 18. Juni im „Horner Park" stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam und ersucht um zahlreiche Beteiligung. Ebenso bittet Funk, die Organisation der Barbiergehülfen durch Vorzeigenlassen der Kontrollkarten zu unterstützen.

Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 7. Juni. „Panther" ist am 5. Juni vor Grenada (Kleine Antillen) eingetroffen und geht am 9 Juni nach der Insel Dominica (Kleine Antillen). — „Bremen" ist am 6. Juni in Puerto Plata (Dominikanische Republik) eingetroffen und geht am 10. Juni nach Sanchez (Dominikanische Republik).

Leipzig, 7. Juni. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Dr. Iwan Braunstein, der am 12. April vom Landgericht I in München wegen Urkundenfälschung in zwei Fällen zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Christiania, 7. Juni. Die vom Storthing angenommene Adresse an den König hat folgenden Wortlaut: Majestät! Da sämtliche Mitglieder des Staatsrats heute im Storthing ihre Aemter niedergelegt, und da Ew. Majestät im Protokoll vom 27. Mai offiziell erklärt haben, daß Ew. Majestät nicht im stande seien, dem Lande eine neue Regierung zu verschaffen, ist die konstitutionelle Königsmacht in Norwegen somit außer Wirksamkeit getreten. Es ist daher die Pflicht für das Storthing, als Vertreter des norwegischen Volkes, gewesen, unverzüglich die Mitglieder des abgetretenen Staatsrats zu ermächtigen, als norwegische Regierung bis auf weiteres die dem König zustehende Macht auszuüben in Uebereinstimmung mit der Verfassung des Königreiches Norwegen und den geltenden Gesetzen mit den Aenderungen, welche dadurch notwendig werden, daß die Vereinigung mit Schweden, welche einen gemeinsamen König voraussetzt, als Folge davon aufgelöst ist und der König aufgehört hat, als norwegischer König zu fungieren. Der Gang der Entwicklung, der mächtiger gewesen ist, als der Wunsch und Wille des Einzelnen, hat zu diesem Resultat geführt. Die im Jahre 1814 eingegangene Union ist bereits von der ersten Stunde in ihrem Wesen und Inhalt nach von beiden Völkern verschieden aufgefaßt worden. Von schwedischer Seite sind Bestrebungen ausgegangen, die Gemeinschaft auszudehnen, von norwegischer Seite Bestrebungen, sie auf der in der Reichsakte vorgeschriebenen Gemeinschaft zu beschränken und im übrigen die Alleingewalt beider Reiche in allen Angelegenheiten geltend zu machen, welche nicht in der Reichsakte als unionelle bezeichnet sind. Der prinzipielle Gegensatz in der Auffassung über den Charakter der Union hat viel Mißverständnisse zwischen den Völkern hervorgerufen und manche Reibungen veranlaßt. In der Auffassung, welche während der letzten Verhandlungen zwischen den beiden Reichen von der schwedischen Regierung gegenüber Norwegen geltend gemacht wurden, hat das norwegische Volk eine Kränkung seines verfassungsmäßigen Rechts, seiner Selbständigkeit und seiner nationalen Ehre sehen müssen. Die Union hatte ihre Berechtigung, so lange sie dazu beitragen könnte, die Wolfahrt und das Glück beider Völker zu fördern unter Wahrung ihrer Selbständigkeit als souveräne Staaten.

Aber über der Union steht für uns Norweger unser norwegisches, für die Schweden ihr schwedisches Vaterland, und wertvoller als die politische Verbindung sind das Solidaritätsgefühl und das freiwillige Zusammenhalten beider Völker. Für dieses Solidaritätsgefühl zwischen dem norwegischen und schwedischen Volke, welches das Glück beider Völker sichern und ihre Stärke nach außen sein sollte, ist die Union eine Gefahr geworden. Wenn die Vereinigung jetzt gelöst wird, hat das norwegische Volk keinen höheren Wunsch, als in gutem Verständnis mit allen und nicht zum wenigsten mit dem Volke Schwedens und der Dynastie zu leben, unter deren Leitung unser Land trotz vieler und bitterer Unionsstreitigkeiten so bedeutendes geistiges und materielles Wachstum erfahren hat. Als ein Zeugnis dafür, daß die Arbeit und der Kampf des norwegischen Volkes für die volle Selbständigkeit des Vaterlandes nicht in irgend welcher Mißstimmung gegen das Königshaus oder das schwedische Volk begründet gewesen ist und keine Bitterkeit gegen einen von diesen hinterlassen hat, ersucht das Storthing ehrerbietigst um Ew. Majestät Mitwirkung, daß es einem Prinzen aus Ew. Majestät Haus gestattet wird, unter Aufgabe seines Erbrechts an den Thron Schwedens die Wahl zum König von Norwegen anzunehmen.

Der Tag, an dem das norwegische Volk seinen eigenen König erhält, um den alten Thron Norwegens zu besteigen, wird die Aera ruhigerer Arbeitsbedingungen für Norwegen, eines guten und herzlichen Verhältnisses zum schwedischen Volk, des Friedens, der Eintracht und des treuen Zusammenhaltens im Norden zum Schutze der Kultur der Völker, ihrer Freiheit und ihrer Selbständigkeit einleiten. Hiervon überzeugt, wagt das Storthing, die sichere Hoffnung auszusprechen, daß, was jetzt geschehen ist, zum Guten für alle werden wird, auch für Ew. Majestät, für dessen Person das norwegische Volk Hochachtung und Ergebenheit bewahren wird.

Christiania, 7. Juni. Nachdem das Storthing den Beschluß gefaßt hatte, hielt Präsident Berner eine kurze Rede, in der er die ernste Bedeutung des getanen Schrittes hervorhob; er schloß mit dem Wunsche: Gott bewahre das Vaterland, in den die ganze Versammlung einstimmte. Eine neue Staatsratssitzung wurde Nachmittags 5½ Uhr abgehalten. Der Staatsrat wird in dieser Sitzung die Verteilung der einzelnen Ressorts vornehmen. Es verlautet, Handelsminister Arctander werde die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Hagerup-Bull das Justiz- und Bothner das Revisionsdepartement übernehmen.

Christiania, 7. Juni. In der Stadt herrscht ruhige Stimmung. Vor dem Storthingsgebäude war den ganzen Tag über eine große Menschenmenge angesammelt, die die Mitglieder der Regierung und den Präsidenten des Storthing Berner beim Verlassen des Gebäudes mit Hurrarufen begrüßten. Als Berner die Johannesstraße passierte, wo eine Militärkapelle spielte, wurde die Nationalhymne intoniert. Die Menge bildete, die Häupter entblößend, Spalier und grüßte den Präsidenten.

Stockholm, 7. Juni. Der König sandte heute folgendes Telegramm an den Staatsminister Michelson: Ich habe die Mitteilung des Staatsrats empfangen und lege den bestimmtesten Protest gegen die Handlungsweise der Regierung ein.

Stockholm, 7. Juni. Der König sandte ein Telegramm an den Präsidenten des Storthings, Berner, in dem er mitteilt, daß er an den Staatsrat Michelson telegraphisch den bestimmtesten Protest gegen die Handlungsweise des Staatsrats gerichtet habe.

Hiesige Blätter, welche noch in der Lage waren, Besprechungen über die heutige Begebenheit in Norwegen zu bringen, stellen fest, daß die Revolution ausgebrochen sei; sie behaupten, daß die Union nicht allein durch einen Beschluß Norwegens aufgelöst werden könne, dazu gehöre auch die Zustimmung Schwedens.

Wien, 7. Juni. Der Professor der romanischen Philologie an der hiesigen Universität, Mussafia, ist heute früh in Florenz gestorben.

Cetinje, 7. Juni. Gestern wurde in der Nähe von Skutari neuerdings ein stärkeres von Gewitter begleitetes Erdbeben verspürt. Auch Nachts wurden mehrere Erdstöße, von denen zwei von starker, aber nur kurzer Dauer waren, wahrgenommen.

Brüssel, 7. Juni. Der Senat nahm den deutsch-belgischen Handelsvertrag mit 48 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen an.

London, 7. Juni. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien beantwortete eine Anfrage dahin, daß, nachdem dem verstorbenen Emir von Afghanistan von der indischen Regierung das Versprechen gegeben wurde, die Einfuhr einiger deutscher Kanonen zu gestatten, einige Kruppsche Kanonen im Jahre 1902 nach Kabul gebracht worden seien; seitdem seien keine Kanonen mehr eingeführt. — Die gestern in Zusammenhang mit dem Rücktritt des Sprechers erwähnten Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem die Redner aller Parteien dem Sprecher ihre Anerkennung ausgesprochen hatten.

Paris, 7. Juni. Kammer. Bei der fortgesetzten Beratung der Vorlage, betr. die Erhöhung des Einfuhrzolles auf reinseidene Gewebe, tritt Rajon für die Vorlage ein und führt aus, die Schweiz habe keinerlei Interesse, Frankreich den Tarif zu verweigern, den sie Deutschland und Italien gewähre. Augagneur tritt für die Vorlage ein, die nötig sei, um 150 000 Arbeitern des Industriebezirks Lyon den Lohn sicher zu stellen.

Paris, 7. Juni. Der „Temps" bespricht eingehend die Demission Delcassés und hebt zunächst lobend dessen Politik der Annäherung an die Mittelmeermächte, Italien, Spanien und England hervor. Bedauerlicherweise hätten jedoch unkluge Freunde Delcassés dieser Politik die drohende Spitze gegen Deutschland zugeschrieben. Delcassé tat, um die durch die marokkanische Frage hervorgerufene Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, lediglich solche Schritte, welche unfruchtbar bleiben mußten, weil die deutsche Regierung nicht lediglich äußere Rücksichten, sondern eine greifbare Versicherung haben wollte, daß die französische Politik nicht gegen sie gerichtet sei. Das Blatt spricht seine Befriedigung darüber aus, daß Rouvier die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hand genommen habe, und wünscht, daß er die Regelung der schwebenden Fragen verstehen möge.

Moskau, 7. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der vorigen Nacht entgleiste in der Nähe der Station Balabanow auf der Strecke Moskau—Kiew—Woronesch ein gemischter Zug, wobei 2 Personen getötet und 9 verletzt wurden.

Colombo, 7. Juni. Reutermeldung. Die englischen Schlachtschiffe „Canopus" und „Goliath", nach China bestimmt, wurden zurückberufen und der atlantischen bezw. der Mittelmeerflotte zugewiesen. Es wird erwartet, daß die hauptsächlichen Schiffe von der chinesischen Station abberufen werden.

Der Krieg in Ostasien.

„Daily Telegraph" meldet aus Tokio, daß offiziell erklärt ist, daß Unterwasserboote tatsächlich in der letzten Seeschlacht zur Verwendung gekommen sind.

Ueber die furchtbare Seeschlacht bei Tsuschima werden nach und nach grauenhafte Einzelheiten bekannt. Der Kapitän des japanischen Torpedojägers „Murasame" berichtet: „Wir erhielten den Befehl, das feindliche Flaggschiff „Knjäs Suworow" anzugreifen. Obwohl unser Schiff beschädigt war, waren wir entschlossen, dem Tode tapfer entgegenzutreten. Mit Volldampf eilten wir durch die hochgehende See, bis wir dem feindlichen Schiff bis auf 100 Meter nahegekommen waren, dann feuerten wir unseren ersten Torpedo, einen fischförmigen 18zölligen Whitehead ab. Wir sahen, daß er den „Knjäs Suworow" am Stern traf, und bald entdeckten wir, daß das Steuerruder zerschmettert war. Von diesem Augenblicke an war das Kanonenfeuer der japanischen Flotte einfach auf Admiral Roschdestwenskis Flaggschiff konzentriert. Seine Schornsteine wurden in Fetzen geschossen, und seine Masten, mit Ausnahme eines einzigen, stürzten mit furchtbarem Krachen zusammen. Um den einen Mast, der noch stehen blieb, drängten sich die Offiziere und Matrosen zusammen. Dann feuerten wir unseren zweiten Torpedo ab. Er traf den Maschinenraum, und das Flaggschiff neigte sich sofort fast bis zum Meeresspiegel. Inzwischen war die Kanonade der ganzen japanischen Flotte, wie von einer Hand geleitet, auf die Schar von Offizieren und Matrosen konzentriert, die unter dem einzigen noch übrigen Maste standen, und in wenigen Sekunden waren sie auseinandergeschossen und in die Luft zerstreut, wie dürre Blätter im Winde. Fast unmittelbar darauf bäumte sich das Flaggschiff hoch, daß es dastand, wie ein in der Erde steckender Pfahl, und dann sank es auf den Meerboden."

Ein Offizier von der „Oleg" erzählte, diese habe vierzehn 15-Zentimeter-Geschosse erhalten und sei achtmal ohne Erfolg von Torpedos berannt worden. Die japanischen Kreuzer, darunter „Kasuga" und „Tschitose", führten Deweys Schleifenmanöver in Kiellinie aus, und letztere sandte der „Oleg" zwei Breitseiten, erstere eine, worauf die „Oleg", die sich zu neigen begann, sich zurückziehen mußte. Eine Granate tötete die ganze Mannschaft eines 15-Zentimetergeschützes; ein Geschützführer war schon tödlich verwundet, als er noch einen Schuß abgab, dann starb er. Wie aus Washington berichtet wird, haben die amerikanischen Offiziere in Manilla festgestellt, daß die „Oleg" 60, die „Aurora" 30 und die „Schemtschug" 7 Tage für ihre Ausbesserungen brauchen.

Das russische Schlachtschiff „Orel", das nach Yokosuka überführt werden wird, um von dem Mikado besichtigt zu werden, hat sich vor seiner Gefangennahme mit außerordentlicher Tapferkeit verteidigt. Diese Tapferkeit mag es gewesen sein, die zu einer Tat Veranlassung gab, die geeignet ist, Entsetzen zu erregen. Man erzählt sich in Tokio, daß gleich nach Beginn der Schlacht an Bord der „Orel" 300 Leute getötet oder verwundet wurden. Das Stöhnen und Schreien der Verwundeten übte auf den Rest der Mannschaft einen so demoralisierenden Einfluß aus, daß man beschloß, diesem Zustande ein Ende zu machen. Die Leute, die so schwer verwundet waren, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wurde, sollen, um die Ruhe herzustellen, über Bord geworfen worden sein. Die Zahl der auf diese Weise umgebrachten Verwundeten wird auf 140 geschätzt. Die Leichtverwundeten wurden um den Mast herumgelegt und mit Stricken festgebunden um sie zu verhindern, den Kampf des Schiffes zu stören. Der Reutersche Korrespondent in Tokio fügt allerdings vorsichtig hinzu, daß es bis jetzt unmöglich gewesen sei festzustellen, ob diese grausige Geschichte auf Wahrheit beruht oder nicht. Daß die „Orel" mit Verzweiflung kämpfte, geht aus ihrem Aeußeren hervor. Sie ist mit Geschoßspuren vollständig bedeckt und ihre Geschütze sind zerschmettert und aus ihrer Stellung geworfen.

Im russischen Marineministerium gibt man jetzt zu, daß sowohl unter der Besatzung des Geschwaders Nebogatow als auch unter den Mannschaften der Hauptflotte vor Madagaskar Meutereien ausgebrochen waren. Vor der Ausfahrt des Geschwaders Nebogatow revoltierten in Libau gegen 300 Marinesoldaten. Diese wurden entwaffnet und mit Gewalt an Bord der Schiffe gebracht, wo sie während der Fahrt den schwersten Dienst zu versehen hatten. Einige sind dann während des Aufenthaltes des Geschwaders vor Kreta desertiert. Jetzt erklärt man es natürlich als großen Fehler, daß die Meuterer nicht standrechtlich hingerichtet wurden, da sie doch jedenfalls die Uebergabe der vier Panzerschiffe Nebogatows erzwungen haben. Roschdestwenski hatte von den Meuterern bei Madagaskar 20 aufhängen lassen und dadurch weitere Auflehnungsversuche erstickt. Gleichwohl hat man Briefe aufgefangen, die von den Mannschaften heimlich auf Madagaskar zur Beförderung gegeben wurden und welche die wütendsten Angriffe gegen die Vorgesetzten enthielten. Die Schreiber erklärten, alle Mannschaften wüßten, daß sie in den sicheren Tod gingen, da die Flotte ganz leistungsunfähig sei; im Augenblick der Entscheidung würden sie deshalb eine furchtbare Abrechnung mit den Offizieren halten.

Die „Times" melden aus Petersburg: Zum erstenmal seit Beginn des Krieges zeigen sich auch die Hofgesellschaft und die höchsten Adelskreise von den schweren Menschenverlusten, die die russische Armee und Flotte in Ostasien zu erleiden hatten, schwer betroffen, da im Offizierkorps der Marine weit mehr Angehörige der Aristokratie als im Landheer vertreten sind. Beim Empfang der offiziellen Depesche, die der Admiralität den Untergang des Schlachtschiffes „Borodino" meldete, brach ein alter, ausgedienter Admiral mit den Worten zusammen: „Mein einziger Sohn und zwei Enkel waren auf dem Schiffe!" In der ganzen Hofgesellschaft herrscht tiefe Bestürzung und fassungslose Trauer. Die Offiziere des Schlachtschiffes „Alexander III." zum Beispiel, gehörten ausschließlich der kaiserlichen Garde zur See an und wurden sämtliche direkt vom Kaiser ernannt. Alle sind tot oder gefangen. Die Wut der Bevölkerung nimmt drohende Formen an. Trotzdem das Admiralitätsgebäude und das Palais des Großfürsten Alexis, des Oberkommandanten der Marine, unter die schärfste Bewachung gestellt wurden, kam es vor diesen Gebäuden zu wiederholten und bedrohlichen Demonstrationen, die für die nächsten Tage noch Schlimmeres befürchten lassen.

Die Gesamtverluste der Russen in der Seeschlacht bei Tsuschima betragen 14 000 Mann tot, 4600 gefangen, 3000 entkommen. Die ärztliche Untersuchung der Gefangenen ergab, daß ein großer Teil von ihnen krank ist, namentlich leiden viele an akuter Seekrankheit.

Das Reuter-Bureau meldet aus Washington, 7. Juni: Auf eine Anfrage des Gouverneurs von Manila wurde an diesen ein Telegramm geschickt, in dem Präsident Roosevelt darauf besteht, daß die Vorschrift, nach der den Schiffen einer kriegführenden Macht nur gestattet sei, sich 24 Stunden in einem neutralen Hafen aufzuhalten, genau innegehalten werde, und daß die russischen Schiffe innerhalb dieser Frist nur soviel Kohlen und Lebensmittel einnehmen, als zur Erreichung des nächsten Hafens erforderlich sei. — Heute Vormittag, 11 Uhr, wurde dem russischen Admiral Enquist eine Verfügung des Präsidenten Roosevelt übermittelt, wonach er entweder 24 Stunden ab heute Mittag gerechnet Manila zu verlassen hat, oder interniert wird.

Der von der Mitsur Bursan Gomei Dampfschiffsgesellschaft in Nagasaki gecharterte englische Dampfer „Silurnum" wurde am Freitag, 80 Seemeilen vor Wusung, durch den russischen Hülfskreuzer „Rion" angehalten und durchsucht. Die Luken wurden geöffnet und darauf 411 Säcke Bohnen, 125 Ballen Baumwolle und 12 Kisten mit Antimon über Bord geworfen; dann wurde das Schiff wieder verlassen. Der so plötzlich befreite Dampfer erklärt dies damit, daß der „Rion" durch drahtlose Telegraphie die Annäherung der Japaner erfahren habe.

Im Friedenstiften herrscht gegenwärtig lebhafte Konkurrenz. Nicht nur die allzeit geräuschvollen Herren „Specky" und „Teddy" entwickeln fieberhafte Tätigkeit, auch andere geben sich Mühe. Dem Vernehmen der „Köln. Ztg." zufolge hat Frankreich tatsächlich seinen Botschafter in Petersburg beauftragt, Rußland zu verstehen zu geben, daß Frankreich bereit sei, als Friedensvermittler zu dienen, falls die russische Regierung zu erkennen gäbe, daß ihr Schritte Frankreichs in dieser Richtung willkommen seien. Die russische Regierung hat auf diese französische Andeutung bis jetzt aus Mangel eines Entschlusses des Zaren noch keine Antwort gegeben. Die französische Diplomatie möchte, daß Frankreich als Verbündetem die Rolle der Friedensvermittlung zufiele und Amerika ihm nicht zuvorkomme, abgesehen von dem politischen Interesse, das auch Frankreich, wie man oft genug französischerseits geäußert hat, an der Wiederherstellung des Friedens hat. Angeblich ist die französische Diplomatie deshalb auch mit den Vereinigten Staaten in Besprechungen getreten.

Leider werden alle diese Bemühungen vor der Hand nur einen ideellen Wert haben, denn Rußland will noch keinen Frieden. Ein Petersburger Telegramm meldet: Zur völligen Beeinflussung des Zaren durch die Kriegspartei, mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch an der Spitze einer Handvoll Chauvinisten, soll angeblich viel der Umstand beigetragen haben, daß der Zar das früher in Japan auf ihn begangene Attentat noch nicht vergessen hat. Es werden in nächster Zeit drei Armeekorps mobilisiert werden, doch hört man von liberalen Staatsmännern die Befürchtung laut werden, daß die Mobilisationen bei der Bevölkerung auf Widerstand stoßen und Unruhen hervorrufen würden; auch was die finanziellen Mittel betrifft, sind die Aussichten trostlos. Der Finanzminister hat erklärt, unter den gegenwärtigen Umständen auf die Dauer kein Geld mehr beschaffen zu können. Er müsse zurücktreten, wenn sich die Aussichten nicht ändern sollten. Bestätigt werden die kriegerischen Meldungen durch eine weitere Mitteilung aus Petersburg, wonach im Warschauer Militärbezirk eine Pferdemusterung zu Kriegszwecken angeordnet worden ist.

Zum ersten Mal hat es ein russisches Blatt gewagt, Friedensbedingungen vorzuschlagen, welche die Abtretung russischen Gebietes an Japan enthalten. Das zur äußersten Linken gehörige Petersburger Blatt „Nascha Shisn" (Unser Leben) bezeichnet als Bedingungen, die Rußland annehmen könnte, folgendes: 1. Verzicht auf die Kwantung-Halbinsel (mit Port Arthur), deren weiteres Geschick durch chinesisch-japanische Unterhandlungen zu regeln ist. 2. Räumung der Mandschurei, die China zurückzugeben ist. 3. Die Mandschurische Bahn wird internationalisiert. Der Wert der Bahn wird Rußland in barem Gelde oder in Obligationen des Unternehmens ausgezahlt. 4. Korea wird als japanisches Interessengebiet anerkannt. 5. Zur Erstattung der Kriegskosten tritt Rußland die Insel Sachalin den Japanern ab.

Das Reutersche Bureau erfährt: Die japanische Regierung stellte bisher keine Friedensbedingungen irgendwelcher Art auf. Von wohl unterrichteter Seite wird hervorgehoben, daß die hierüber umlaufenden Gerüchte seitens wohlmeinender Privatleute unternommenen Versuchen, den Frieden herbeizuführen, entspringen. Diese Vorschläge würden, wenn sie vor die Kriegführenden gebracht würden, lediglich zu Mißverständnissen führen und auf diese Weise die Erreichung des erstrebten Zieles vereiteln und eine gegenteilige Wirkung erzeugen.

Briefkasten.

D. K. 1. Das von der Frau in die Ehe Gebrachte bleibt ihr Eigentum. 2. Ehescheidung nach § 156 des B. G.-B.

Negersofie. Mit Geldstrafe bis M. 150 oder Haft wird bestraft, wer Nahrungsmittel in geringer Menge zum alsbaldigen Gebrauch entwendet. Die Strafe tritt nur auf Antrag des Geschädigten ein.

Amanda. Das kommt ganz darauf an, wie lange Sie schon dort wohnen und ob Sie Ihre Miete pünktlich bezahlt haben.

Elschen. 1. Ein Brief von Java braucht etwa 3½ Wochen nach Hamburg. 2. Bürgerliche Mädchen können wohl von Offizieren geheiratet werden, sie oder ihre Eltern dürfen aber nicht etwa in dienender Stellung gewesen sein, sie müssen also aus einer „feinen Familie" stammen.

Auktionen.

8. Juni.

10 Uhr: Pastorenstr. 16, I., Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ St. Pauli, Jägerstraße, Mobilien, Hausstandssachen ꝛc. (Gerichtsv.)
10 „ Stadthausbrücke Nr. 17, Mobilien ꝛc. (Gerichtsv.)
10 „ Bergstraße 9, Hths. 1, Manufakturwaren, Steppdecken, Buckskins, Kammgarne ꝛc. (Johs. Thießen).
10 „ Hopfensack 11, Mobilien, Motore, Zähler, Gardinen ꝛc. (Emil Plagemann).
10 „ Herrengraben 19, Schuhwaren (H. Glasow).
10 „ Altona, Gählersplatz, beim Gastwirt Reimers, diverse Wagen, Maschinen, Fahrrad, Herrengarderoben und Wäsche ꝛc. (Wilh. Ruchmann.)
10½ „ Gr. Burstah 46, Mobilien, Hausstandssachen Weine ꝛc. (C. G. Albers.)

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamb. Wahlkreis.
Distrikt Harvestehude.

Todes-Anzeige.
Den Genossen hierdurch die Mitteilung, daß unser Mitglied, Frau
Catharina Dorothea Elisabeth Stüvecke Wwe.,
wohnhaft Klosterallee 65, nach längerem Leiden am 4. Juni im Eppendorfer Krankenhause verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, 8. Juni, Nachmittags 4 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus nach Ohlsdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Distriktsverwaltung.

Unterstützungsklub Kleiner Grasbrook der Arbeiter bei Nathan, Philipp & Co.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 5. d. M., starb plötzlich und unerwartet in seinem Beruf unser Mitglied, der Ewerführer
A. Hein
im Alter von 36 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachm. 3 Uhr, vom Hafenkrankenhause aus statt. **Der Vorstand.**

Plötzlich und unerwartet starb gestern Morgen 5 Uhr unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter
Maria Magdalena Darboven,
geb. v. Hacht,
im 85. Lebensjahre.
Tief betrauert von
Den Hinterbliebenen.
Wilhelmsburg, 7. Juni 1905.
Die Beerdigung findet Freitag, 9. Juni 1905, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Reiherstieg-Deich 150, statt.

Am 30. Mai verunglückte durch Ertrinken unser lieber Sohn und Bruder
Carl Voigt
im 22. Lebensjahre.
Tief betrauert von den Geschwistern, Braut, allen Verwandten, Bekannten und den tiefgebeugten Eltern
Wilhelm Ivan u. Frau.
Beerdigung am Freitag, 9. Juni, Nachmittags 3 Uhr, vom Hafenkrankenhause.

Todes-Anzeige.
Nach langem, schwerem Leiden verstarb am Mittwoch, den 7. Juni, unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Tante und Großtante
Johanna Catharina Maria Suhrland,
geb. Meyer.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen. Am schmerzlichsten vermißt von ihren Kindern
H. Topp u. Frau nebst Tochter.
Beerdigung: Freitag, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Friedrichstraße 50, nach dem Hammer Friedhof, Wandsbecker Chaussee.

Krankenkasse „Hand in Hand" zu Ottensen.

Am 6. Juni starb unser Mitglied

Frau Fischer.

Ehre ihrem Andenken!

Beerdigung: Donnerstag, d. 8. d. M., Nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause, Schauenburgerstr. 29, 2. Etage, Altona. **Der Vorstand.**

Nach kurzem, aber schwerem Leiden starb am 6. Juni unsere einzige, innigst geliebte Tochter

Alwine

im 12. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihren Eltern

Carl Schmidt und Frau,

geb. **Witt.**

Beerdigung findet statt am Freitag, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Kielerstr. 31, nach Ohlsdorf.

Hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 5. Juni, Mittags 1 Uhr, meine innigst geliebte Frau und meiner Tochter herzensgute Mutter

Auguste Bichel,

geb. **Krüger,**

im 55. Lebensjahre nach langem Leiden plötzlich und unerwartet sanft entschlafen ist.

Tief betrauert von dem schwer geprüften Gatten.

Gust. Bichel und Tochter
nebst Bräutigam.
Henry Kellner.
H. Glüsing und Frau,
geb. **Krüger.**
H. Müller und Frau,
geb. **Krüger,**
G. Kellner Wwe. nebst Kindern
und allen Verwandten.

Beerdigung hat bereits am Mittwoch, den 7. Juni, stattgefunden.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes

Wilhelm Andrews

sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Arbeitskollegen und lieben Nachbarn meinen innigsten Dank.

Emma Andrews, geb. **Peemöller.**

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichen Dank für die reiche Kranzspende und Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meiner Kinden guten Vaters, insbesondere Herrn Aug. Stolte für die trostreichen Worte am Sarge.

A. Hauszer
und Kinder.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Wilhelmine Arnold, geb. **Tietge,**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Liedertafel „Frei" von 1901 unseren herzlichsten Dank.

Carl Arnold nebst Kindern.

Danksagung.

Für die uns erwiesenen vielen Aufmerksamkeiten und Gratulationen anläßlich unserer Hochzeit sagen hiermit unseren herzlichsten Dank allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie der Liedertafel „Fortuna", Klein-Flottbeck.

Heinrich Dreyer und Frau,
geb. Rehder.

Nienstedten.

Arbeitsmarkt

Gesucht ein Lehrling
für meine Bäckerei und Konditorei gegen Vergütung.
H. O. Müller, Hamburg, Steindamm 95.

Ges. gut. Rock- u. Tagschneider. Lindenstr. 50.

Rockschn. kann hell. Platz erh. Pelzerstr. 8, 3. r.

3 Schneider können hell. Pl. erh. Werftstr. 12, 3. l.

Ges. gute Rockschneider. Gr. Bleichen 3, 1.

Junger Schneider auf Woche gesucht.
Fritsche, Kaiser Wilhelmstraße 55, 3.

Ein Tagschneider ges. sof., dauernd. Beschäftigung.
Maibauer, Gänsemarkt 3, 2.

Helle Fensterplätze f. Schneid. ABC-Str. 30, III.

Schneid. erh. hell. Pl. Rabotsen 90, IV., **Murck.**

Westenarbeiterin
sucht Beschäftigung, arbeitet ev. auch selbständig. Gef. Offerten erbeten an Frau **Becker, Bäckerbreitergang 33, I.**

Arbeiterin gesucht für Schuhfabrik, muß Maschinennähen kön. Kurzestr. 19.

Gesucht
etwa **20 Eisenschiffbauer** und **Schiffbauarbeiter** für dauernde Arbeit.
J. Frerichs & Co., A.-G., Osterholz-Scharmbeck.

Gesucht tüchtige Bekleberinnen. B. d. Mühren 48, III.

Ges. Z.-A. a. F. M. 10. Hoheluft-Chaussee 135, Lad.

Ges. Z.-A. a. F. M. 10,50. Stellingerweg 43, H. 1, 1. r.

G. Z.-A. P. 15. H. Tiedemann, Burgwedel, Schnelsen.

Sumatra, per ℔ M. 1,20, 1,50, M. 2 bis M. 6.
Ottensen, Bismarckstr. 28/32.
„ Bismarckstraße 1.
Altona, Große Freiheit 22.
Hamburg, Schweinemarkt 27.
Filiale Eimsbüttel:
Ecke Bartels- und Amandastraße.

Rohtabak-Lager

H. C. A. Jensen,
Catharinenstr. 43. — Geöffnet v. 8-8 Uhr.
Filiale Ottensen, Kl. Rainstr. 8.

30 bis 40 Mille Reste Zigarren von M. 18 bis M. 100 spottbillig abzugeben.
H. Maiwald, Großneumarkt 30.

Besser als Hamburger ist
Bremer Schwarzen
gehaltvoll, rein und wohlschmeckend, per Pfd. M. 1,20.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.
Geöffnet 5 Uhr Morgens.

Wegen Zurruhesetzung zu verkaufen:
Zigarren-Engros- u. Detail-Geschäft
an solv. Käufer unt. günst. Bedingung.
Miete M. 1000 m. Wohn. Großneumarkt 30.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Mitglieder-Versammlung der Bauschlosser

am Freitag, den 9. Juni 1905, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Vorwohle, Neustädterstr. 41/43.

Tages-Ordnung:
Bericht über unsere Lohnbewegung und weitere Stellungnahme.

Auf vielfache Anfragen nochmals zur Kenntnis, daß die in geregelten Werkstätten arbeitenden Bauschlosser mit einer **gelben Legitimationskarte** versehen sind.

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Hamburg und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Sperre über die Firma **Boswau u. Knauer** hiermit aufgehoben ist, indem unsere Forderung zu unseren Gunsten geregelt ist.

Ebenfalls machen wir nochmals auf die zu heute Abend 8½ Uhr im Lokale des Herrn **W. Vorwohle,** Neustädterstraße 41, stattfindende **Extra-Mitgliederversammlung** aufmerksam.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Zentralverein für den 6. schlesw.-holst. Wahlkreis.

Ortsverein **Blankenese.**

Mitgliederversammlung

am Dienstag, 13. Juni, Abds. 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **David,** Dockenhuden.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Religion und Sozialdemokratie. Referent: Genosse **J. Jacobsen,** Lokstedt. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung, Maurer!

Alle Kollegen, welche am Putzakkord am Bau des Unternehmers **J. Hase** in der Parkallee beteiligt sind, werden ersucht, sich am Sonnabend, den 10. d. M., zwischen 4 bis 5 Uhr, in der Wirtschaft von **F. Gau, Schlump 88, K.,** einzufinden, um ihr Geld in Empfang zu nehmen. **F. Hartwig.**

Bekanntmachung.

Den geehrten Bewohnern von Geesthacht und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß die

Barbier- und Friseur-Geschäfte

am hiesigen Platze **am 2. Pfingsttage geschlossen sind.**

Geesthacht. Otto Buchheim, Rich. Dubber, Chr. Füsgen, C. Bockwold, J. H. C. Schulte.

Dr. Mendel
wohnt jetzt
St. Pauli, Annenstrasse 9.
Sprechstunden 8—9, 5—6 Uhr.
Telephon Amt II, Nr. 668.

---

328. Hamburger Stadt-Lotterie

Hauptgewinn

ev. **Mk. 600 000**

Ziehung 1. Kl.
am 22. Juni a. c.
Empfehle Lose in gr. Nr.-Auswahl
1/1 1/2 1/4 1/8 Los
M. 6,— 3,— 1,50 —,75
Vereinen und Wiederverkäufern vorteilhafte Bedingungen.

Carl Heintze,
Hamburg, Alstertor 16.

---

8 j. Legehühner mit Hahn billig zu verk., Stück M. 1,50. Reimarusstr. 12, p. Grewe.

Verlangt nur **Beckers Pudding-Pulver** Preis 10 Pfg., nur **Wasser** und Zucker erfrdl., dsh. d. billigste! Zu haben i. d. Kolonialwaren-, Delikatessen- u. Drogen-Hdlg.

Vermietungen.

Wer Wohnung, Geschäftslokal, Zimmer mieten will, verlange per Postk. od. Telephon 4088, den

Wohnungs-Anzeiger.

Das Blatt enthält die größte Auswahl zu vermietender Lokalität. u. wird jedem wöchentl. 3 mal umsonst ins Haus gesandt. Ferner ist es in allen Restaurants ausgelegt und wird gratis verabfolgt in den meist. Papiergeschäften, in der Expedition, Abc-Str. 57 u. v. 2—3 Uhr an der Börse.

Hohe Bleichen 34, Haus 2, II. r., sind zum 1. Juli cr. von der „Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter" zwei Zimmer mit direktem Eingang vom Treppenhause zu vermieten, geeignet für Bureau- bezw. Kontorzwecke.

Daselbst ist auch ein gebrauchter doppelter Schreibtisch billig zu verkaufen.

Billige Wohnungen zu sofort u. später im Vorderhaus, alles hell u. trocken, M. 220—420. Wendenstr. 346, I. r.

Zu verm. Logis a. e. j. Mädch. Schulstr. 8, p. l. Ott.

Witwer m. 4jähr. Jungen sucht Logis. Näheres Glashüttenstr. 85, III. r.

Wir empfehlen:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek:

	M.
Christeller, Dr. med., Berlin, Die erste Hülfe bei Unglücksfällen . . .	—,20
Silberstein, R., Dr. med., Rixdorf, Das erste Lebensjahr	—,20
Hirschlaff, Leo, Dr., Zur Gesundheitspflege des Nervensystems . . .	—,20
Zadek, J., Dr., **Der Achtstundentag,** eine gesundheitliche Forderung	—,20
Fröhlich, R., Dr. med., Alkoholfrage und Arbeiterklasse	—,20
Silberstein, R., Dr., Das Schulkind	—,20
Gebert, Ernst, Dr., Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten . .	—,20

Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstraße 11.

Destillation.

Eröffnung: Freitag, den 9. Juni.

Achtung! Ungarn!

Ungarischer Klub von Hamburg-Altona
veranstaltet am **1. Pfingsttag** seinen

Großen Ausflug nach Wedel
(Hotel „Stadt Hamburg"),
verbunden mit **Gesellschaftsspielen** im Walde, **Preiskegeln, Lokalpost** und **Tanz.**

Fahrgelegenheit per Dampfer bis Schulau alle Stunden, per Bahn bis Wedel alle zwei Stunden. Gemeinsame Abfahrt Morgens 7 Uhr 52 Min. vom Dammtor-Bahnhof. Auch bei ungünstigem Wetter findet das Vergnügen statt. Gäste willkommen.

Das Komitee.

H. Ramckes Vergnügungslokal, Gr.-Flottbeck.

Am 1. Pfingsttage: Sparklub „Hol di ran", Ottensen, am 2. Pfingsttage: „Sparklub der Harmlosen", Hamburg,
sowie an jedem Sonntage Vereinsvergnügen.
An beiden Pfingstmorgen: **Früh-Konzerte.**
Hierzu ladet ganz ergebenst ein
H. Ramcke, „Zur Friedenseiche", Gr.-Flottbeck.

„Zentral-Halle", Pinneberg.

Salon, Garten und Kegelbahn.
5 Minuten vom Bahnhof.

Gewerkschaften, Vereinen und Klubs bestens empfohlen. **H. J. J. Schmidt.**

W. Lathus, Pinneberg,
hält sein Frühstücks- und Gartenlokal bestens empfohlen.

„Zur Erholung", Mölln i./L.

Radfahrern und Touristen, sowie kleinen Klubs bestens empfohlen.
Zimmer mit Pension.
Aug. Vorrath.

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis.

Distrikt Harvestehude.

Sonntag, den 11. Juni 1905 (Pfingstsonntag):

Großes Pfingst-Vergnügen

in den Lokalitäten des Herrn **Oehrlein,** „Zur Harmonie", Eppendorferlandstraße.

Ball, Preiskegeln und Preisschießen, Damenspiele und Kinderbelustigungen.

Anfang: Morgens 5 Uhr. **Herrenkarte 30 ₰.**

Hierzu ladet ein

Das Komitee.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

Filiale Hamburg.

Dienstag, den 13. Juni 1905 (Tag nach Pfingsten):

Grosser Ball

verbunden mit Preiskegeln für Herren
im Lokale des Herrn **L. Hallwachs,** „Vereinslokal", Eimsbüttel.
Preis der Karte 30 ₰. **Anfang 4 Uhr.**

Das Komitee.

Die

beste Reklame

ist und bleibt

die Ware selbst.

Ganz besonders mache auf das **Sonder-Angebot** in **Anzügen, von M. 12,75** bis **M. 28,** aufmerksam. Empfehle in diesem Genre hervorragend schöne Neuheiten zu **ganz enorm billigen Preisen** und lohnt es sich für jedermann, mein Geschäft aufzusuchen. — Jeder Einkauf führt zu dauernder Kundschaft. — Es empfiehlt sich, den Einkauf Vormittags zu erledigen.

Anzüge

Jackett-Anzüge in allen Modefarben, 21, 18, 15, 12⁷⁵, 10²⁵, **9⁵⁰ Mk.**

Jackett-Anzüge hochmodern, gestreift u. karriert, 28, 24, 21, 18, 15, **12 Mk.**

Jackett-Anzüge genau wie Maszsachen, grösstenteils auf Rosshaar gearbeitet, in hochmodernen braungrauen Farben, 45, 42, 38, 36, 33, 30 bis **21 Mk.**

Rock- u. Sehrock-Anzüge feinstes Tuch und Streichgarn, auch marengo und karriert . . . . . 54, 48, 45, 40, 31, 30, 21, **20 Mk.**

Wasch- und Lüstre-Joppen, Wasch-Hosen, Phantasie- und Wasch-Westen, enorm billig.

1500 Knaben-Anzüge, nur beste Ware, in allen Grössen 12, 10⁵⁰, 8⁷⁵, 6²⁵, 4⁷⁵, 3⁵⁰, 2²⁵, **1⁵⁰ Mk.**

S. Meier, „Posthof" Steinstrasse 104/110.

Nur bis Pfingsten: Beim Einkauf von M. 30 1 gute Uhr gratis.

Sozialdemokratischer Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis.

Früh-Konzert

am Montag, den 12. Juni (Zweiter Pfingsttag),
im Lokale des Herrn **Sieberling,** „St. Petersburg", Hamm.

Preis der Karte 30 Pfg., gültig für einen Herrn nebst Damen.

Abmarsch mit Musik präzise 6 Uhr Morgens von der Gewerbeschule.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Partei für Altona-Ottensen.

Grosses Pfingstfest

am 12. Juni, 2. Pfingstmorgen,
im „Süßen Kringel", „Waidmannsruh" und „Bahrenfelder Brauerei" in Bahrenfeld,
bestehend in:

Frühkonzert, Preiskegeln, Damenspielen und Kinderbelustigungen.

Anfang Früh 5 Uhr. Preis der Karte 30 ₰.
Gültig für Herr und Dame.

Zu reger Beteiligung ersucht **Das Komitee.**

Liedertafel „Lortzing", Ottensen.

Erstes grosses Sommer-Vergnügen

am 11. Juni (1. Pfingsttag) im „Klein-Flottbecker Park" (Bes.: Th. Siemer).

Es ladet ein **Das Festkomitee.**

Arbeiter-Turnverein, Altona.

Erstes grosses Sommer-Vergnügen

am 12. Juni (2. Pfingsttag) im „Klein-Flottbecker Park" (Bes.: Th. Siemer).

Festzug ab Altona Nachm. 1 Uhr. **Das Festkomitee.**

„Zum Lindenhof"

Heimfeld, bei Harburg Elbe,
unmittelbar an der Haake gelegen, eine halbe Stunde von den Dampfschiffen und Eisenbahn entfernt,

Vergnügungs-Etablissement ersten Ranges.

(Gänzlich neu renoviert.)

Gr. schöner Garten mit 20 der schönsten Lauben i. d. ganzen Umgegend Harburgs.

Vorzügliche Speisen und Getränke.

An beiden Pfingstagen:

Grosse Extra-Ballmusik mit großem Orchester.

Um gütigen Zuspruch bittet

Herm. Rönnau, Besitzer.

Theater.

Donnerstag, den 8. Juni:

Thalia-Theater. Gastspiel des Berliner Thalia-Theaters. (Direktion **Kron** und **Schönfeld.**) **Der Kilometerfresser,** Schwank in 3 Akten, von Curt Kraatz. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.**

Carl Schultze-Theater. Direktion **Max Monti.** **Vorletzte Woche! Gastspiel des Wiener Possen-Ensembles** unter Leitung von Bernhard **Buchbinder. Zum 2. Male: Arche Noah, Komödie mit Gesang** in 3 Akten, von Josef Jarno. Anfang 8 Uhr.
Freitag, 9. Juni, Anfang 8 Uhr: Zum 1. Male: **Einen Jux will er sich machen,** Posse mit Gesang in 4 Aufzügen, von Johann Nestroy.
Sonnabend, 10. Juni, Anfang 8 Uhr: **Einen Jux will er sich machen.**
Sonntag, 11. Juni, Anfang 8 Uhr: Letzte Sonntags-Vorstellung. **Einen Jux will er sich machen.**
Montag, 12. Juni, Anfang 8 Uhr: Zum 1. Male: **Die Kindsfrau,** Posse mit Gesang in 3 Akten, von F. Zell.
Voranzeige.
Ab 16. Juni:
Literarisches Cabaret von Dr. Arthur Pserhofer.

Neues Operetten-Theater. (Direkt. **Max Monti.**) Täglich Anfang 8 Uhr: **Gastspiel Adolf Philipp** und des Original-Ensembles des Deutsch-Amerikanischen Theaters, Berlin. Mit neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten: **Ueber'n großen Teich,** heitere Bilder aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abteilungen, von Adolf Philipp.

Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. Allgemeines Verlangen. Zum 585. Male: **Familie Eggers,** oder: **Eine Hamburger Fischfrau,** großes Volksstück mit Gesang in 10 Bildern. Nur einmalige Aufführung.

Schiller-Theater.

(Direktion: **H. Kampehl-Güroke.**)
Altona, Am neuen Pferdemarkt, Hamburg.

Donnerstag, den 8. Juni:

Preciosa,

Schauspiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten, von Wolff, Musik von C. M. v. Weber.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Muttersegen.**
Sonnabend: Philippine Welser.

Loebel's Bitterlikör
„Gemischter"
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 132.

Donnerstag, den 8. Juni 1905.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Arbeiterbewegung.

Der Malerstreik in Hannover dauert noch immer fort. Der Kampf dreht sich hauptsächlich um die Festsetzung eines Minimallohns, auf die die Arbeitgeber nicht eingehen wollen. Die Gehülfen haben neuerdings ihre Forderung etwas ermäßigt. Sie verlangen unter der Voraussetzung einer dreijährigen Vertragsdauer einen Minimallohn von 50 ₰ bis zum 1. April 1906, von 52 ₰ bis 1. April 1907 und von da ab 55 ₰, einen solchen für Arbeitsleute von 40, 42 und 45 ₰.

Die Lohndifferenzen der Maurer und Zimmerer in Hamburg sind, wie gestern an anderer Stelle bereits mitgeteilt wurde, zu Gunsten der Arbeiter beendigt.

Zu den Differenzen in der Solinger Messerindustrie ist noch zu berichten: Nachdem die am Sonnabend abgehaltene Gewerkschaftsversammlung es ablehnte, in dem Konflikt zwischen dem Messerschleiferverein und der Firma Gottlieb Hammesfahr zu Foche den Generalstreik zu verhängen, hat die Generalversammlung des Messerschleifervereins am 5. Juni beschlossen, über die Firma Hammesfahr den Streik zu verhängen und selbst darin ganz selbständig gegen die genannte Firma vorzugehen, falls in der am 6. Juni stattfindenden Sitzung des Zentralkomitees der Solinger Gewerkschaften diese letzteren eine Beteiligung an dem Streik ablehnen sollten. Wie behauptet, war die Verhängung des Generalstreiks bereits beschlossene Sache, als Hammesfahr sich bereit erklärte, in Unterhandlungen einzutreten. Diese Unterhandlungen, die sich über eine Woche hinzogen, haben aber dem in erster Linie interessierten Messerschleiferverein keine Zugeständnisse gebracht. In der am Sonnabend Abend abgehaltenen allgemeinen Gewerkschafts-Versammlung kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Messerschleiferverein und dem Metallarbeiterverband. Die Vertreter der Messerschleifer warfen dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes vor, die ganze Aktion verfahren zu haben. Nach langer, sehr stürmischer Debatte wurde beschlossen, die Angelegenheit an das Zentralkomitee zurückzuweisen. Soweit die Debatte erkennen ließ, ist der Metallarbeiterverband nicht gesonnen, die Forderungen der Messerschleifer zu unterstützen. Dadurch ist der Streit zwischen den Solinger Lokalorganisationen und den Zentralverbänden wieder entbrannt.

Die Situation in der bayerischen Metallindustrie verschärft sich noch mehr. Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg, hat die Arbeiterschaft durch ein herausgegebenes Flugblatt verhöhnt und erklärt, die von den Arbeitern gewählte Kommission nicht zuzulassen. Es scheint nun doch zum Kampf zu kommen.

Im österreichischen Buchdruckgewerbe sind kürzlich die Verhandlungen zwischen Prinzipalen und Gehülfen, die zur Vereinbarung eines neuen Tarifs führen sollten, von den Gehülfen abgebrochen worden, da die Prinzipale einen Entwurf vorlegten, der Verschlechterungen des gegenwärtigen Tarifs enthielt. In allen Verbandsorten haben bereits Gehülfenversammlungen stattgefunden, die sich mit der Sache beschäftigten. In einer Versammlung der Wiener Buchdruckergehülfen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erblickt in dem Antrag der Prinzipale, daß zur Herstellung der Manuskriptstreifen für die Setz- und Gießmaschine Monotype und ähnliche Systeme keine Setzer verwendet werden dürfen und daß an die Gießmaschine ein Mechaniker zu stellen ist, ist eine freche Provokation der gesamten Buchdrucker- und Schriftgießergehülfen Oesterreichs. Die Versammlung macht es allen Kollegen zur Pflicht, einer eventuellen praktischen Durchführung des Prinzipalantrages den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und mit allen Mitteln zu verhindern, daß der verbrecherische Plan der Prinzipale in die Tat umgesetzt wird. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Verbandsvorstand für seine energische Verteidigung der Interessen der Gesamtheit den Dank und die Anerkennung aus und verpflichtet die Kollegen, alle weiteren Maßnahmen des Verbandsvorstandes in der Tarifangelegenheit von vornherein zu genehmigen und auf das kräftigste zu unterstützen — was immer es sein sollte."

r. **Der schweizerische Typographenbund** hat im Jahre 1904 seine Mitgliederzahl weiter um 122 auf 2101 erhöht, denen noch 706 Unorganisierte gegenüberstehen. Die Einnahmen der allgemeinen Verbandskasse betrugen im Berichtsjahre 85 691,63 Frks., die Ausgaben 58 912,50 Frks., das Vermögen vermehrte sich um 24 169,73 Frks. auf 121 569,13 Frks. Die Unterstützungskassen hatten 187 738,97 Frks. Einnahmen und die Ausgaben betrugen 72 589,82 Frks. Das Vermögen vermehrte sich um 42 769,86 Frks. auf 291 957,87 Frks. Die Druckerei des Verbandes in Basel hat einen Reingewinn von 5928,23 Frks. erzielt. Der Ferienstatistik ist zu entnehmen, daß die Zahl der Firmen, die ihrem Personal unter Fortzahlung des Lohnes alljährlichen Ferienurlaub gewähren, um 25 auf 129 gestiegen ist. Im Jahre 1904 erhielten 898 Gehülfen und 74 Faktore Ferien. Bemerkenswert ist, daß die Berner Kantonsregierung in ihrem Entscheid gegen die Besteuerung des Typographenbundes durch die Steuerbehörde der Stadt Bern diesen als ein reines Wohltätigkeitsinstitut anerkannte.

Wie seit Jahren, leistete der Typographenbund auch im Berichtsjahre an die sozialdemokratische Partei einen Beitrag von 100 Frks.

Soziale Rundschau.

m. c. **Greuliche Wohnungszustände** herrschen in dem Chemnitzer Stadtteil Gablenz. In einem Hause wohnen zwölf Familien. Diese haben 53 Kinder im Alter bis zu 17 Jahren. Vier Familien halten Logisleute, und zwar eine Familie zwei, eine andere mit vier Kindern vier, eine dritte mit sechs Kindern sechs und eine Familie mit acht Kindern hält ebenfalls sechs Logisleute. Die Wohnungen bestehen je aus Stube, Alkoven, kleinem Stübchen und Bodenkammer. Küche ist nicht vorhanden. Bei voller Ausnützung des verfügbaren Raumes können acht Betten stehen. In diese teilen sich 14 bezw. 16 Personen verschiedenen Alters und Geschlechts! Oft müssen hier die Kinder auf den Dielen auf hingelegten Strohsäcken schlafen. 25 bis 30 Personen benützen einen Abort! Von diesen allen sittlichen und hygienischen Anforderungen Hohn sprechenden Verhältnissen hat die Behörde Kenntnis erhalten, so daß Aussicht auf Beseitigung wenigstens der krassesten Mißstände besteht.

Die Verbandsversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte findet in diesem Jahre unter erstmaliger Teilnahme der neuerrichteten deutschen Kaufmannsgerichte am 18. und 19. September in Würzburg statt. Auf der Tagesordnung stehen hauptsächlich die „ersten Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten" (Berichterstatter Rat Boysen-Hamburg und Magistratsassessor Dr. Glücksmann-Breslau); die „Erfahrungen mit der Verhältniswahl" (Erster Bürgermeister Cuno-Hagen und Prof. Hagenbach-Bischoff-Basel) und „Tarifverträge" (Erster Bürgermeister Cuno-Hagen und Prof. Hagenbach-Bischoff-Basel). Ueber die Entwicklung, die die Gesetzgebung und Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage genommen haben, werden Gerichtsrat Dr. Prenner-München und Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin, der Archivar des Verbandes, berichten. An kleineren Gegenständen sind angemeldet: Die Prozeßbevollmächtigten vor den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten (Stadtrat Dr. Thode-Kiel und Arbeiterbeisitzer Starke-Dresden); die Gründe zur sofortigen Entlassung nach der Gewerbeordnung und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch; die Zuständigkeit bei Klagen von und gegen Rechtsnachfolger u. a. m. Ausführliche Tagesordnungen sind zu erhalten von der Archiv-Verwaltung des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte, Charlottenburg-Berlin, Berlinerstraße 54.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 7. Juni.

Hamburg.

Bürgerschaftsersatzwahl. Bei der am Dienstag stattgefundenen Ersatzwahl zur Bürgerschaft für den verstorbenen Herrn C. F. Hauers durch die Notabeln wurden insgesamt 228 Stimmen abgegeben. Von diesen entfielen auf Herrn Otto Fahr (in Firma Andreas Fahr) 117 und auf Herrn Arthur Warnke (in Firma Sthamer, Warnke u. Co.) 111 Stimmen. Herr Otto Fahr ist somit zum Mitglied der Bürgerschaft erwählt. Der Neuerwählte gehört seit längerer Zeit einem Ehrbaren Kaufmann an und bekleidet das Amt eines Handelsrichters.

Pfingstverkehr vom Lübecker Bahnhof. Die Lübecker Bahn wird während der bevorstehenden Pfingsttage zur Bewältigung des Verkehrs zahlreiche Züge einlegen; bei dem gewaltigen Andrang, welcher namentlich am Sonnabend und am Sonntag auf dem Lübecker Bahnhofe einzutreten pflegt, empfiehlt es sich für die Reisenden, frühzeitig am Bahnhofe zu erscheinen und möglichst die Vorzüge zu benutzen, die vor den meisten fahrplanmäßigen Zügen verkehren. Man erreicht mit diesen Vorzügen die Anschlüsse sicherer als mit den vielfach überfüllten Hauptzügen. Am Pfingstsonnabend werden um 10,20 Vorm., 3,35 Nachm. und 7,15 Abends Vorzüge mit direkten Wagen nach Rostock eingelegt. Ferner wird der sonst nur im Hochsommer gefahrene bequem gelegene Sonnabendschnellzug 4,55 Nachm. von Hamburg auch am Pfingstsonnabend verkehren und direkte Wagen nach Travemünde Strand (Ankunft 6,36) und Eutin (Ankunft 7,3) erhalten. — Am Pfingstsonntag und Pfingstmontag verkehren außer den im Fahrplan enthaltenen Sonn- und Festtagszügen Vorzüge in großer Anzahl. Durchgehende Wagen nach Ratzeburg und Mölln führt der 8,10 Vormittags abgehende Sonntagszug, Sonntags aber auch der Personenzug 22, 7,14 Vorm. vom Lübecker Bahnhofe. Nach Eutin finden die Reisenden am Sonntag früh 5,45 und 8,10, nach Travemünde um 8,30 Vorm. und um 12 Uhr Mittags, sowie in den Schnellzügen 9 Uhr Vorm. und 3,10 Nachm. direkte Wagen. Zur Rückfahrt empfehlen wir die an beiden Pfingstfeiertagen verkehrenden Züge 9 Uhr Abends von Eutin, 9,2 von Mölln, 9,20 von Ratzeburg (über Lübeck), welche ohne Wagenwechsel bis Hamburg verkehren.

Eine sehr reizvolle Grünanlage ist in Barmbeck im Laufe der letzten Jahre vollendet worden. Sie liegt an der Peripherie des stark bevölkerten Stadtteils nördlich von der Weidestraße, wird aber in nicht ferner Zeit den Mittelpunkt eines neuentstehenden großen Häuserviertels bilden. In weitblickender Fürsorge ist hier zur rechten Zeit ein Erholungsort, besonders für Kinder, geschaffen, der mehr bietet, als man im allgemeinen von einem Kinderspielplatz erwartet. Als vor etwa zwei Jahren damit begonnen wurde, das hinter der Weidestraße gelegene Terrain durch Anlage von Straßen aufzuschließen, die nun auch schon zum Teil bebaut sind, war die jetzige landschaftliche Anlage ebenfalls ein flaches Stück Wiesenland, aus dem nach den Intentionen des Herrn Oberingenieurs Vermehren ein Idyll von landschaftlichem Reiz geschaffen wurde, in dem den Kindern ein großer Rasenplatz zum Umhertummeln und ein flaches Wasserbecken mit einer Art Strand aus weichem Sande geboten wird, auf dem sie an warmen Tagen barfuß umherlaufen und sogar waten können, als ob sie sich in einem Seebadeort oder wenigstens am Neumühlener Elbufer befänden. Die etwa 25 000 Quadratmeter (2½ Hektar) große Anlage hat die Form einer vorn abgeschnittenen, muldenartig vertieften Ellipse. Ein großer mit festem Rasen bewachsener, fast kreisrunder Spielplatz nimmt die vordere Seite ein. Dahinter kommen zwei in Verbindung mit einander stehende Teiche und dann hebt sich das Terrain mit einem grünen Platz zu einer kleinen Anhöhe empor, die nach Norden und Süden einen hübschen Ueberblick gestattet. Um diese mittleren Hauptpartien schlängeln sich in gefälligen Linien Fußwege, an deren Außenseiten Bäume und Büsche einen saftig grünen Rahmen bilden. Zu beiden Seiten des Rasenplatzes sind vorne überdachte Bänke mit je 24 Sitzplätzen aufgestellt, deren weinroter Anstrich sich von dem Grün der Pflanzen lebhaft abhebt. Ueber den Verbindungsgraben der beiden Teiche führt eine Brücke aus knorrigen Eichenstämmen. Die Teiche bilden die natürliche Drainage des Terrains und sind mit Grundwasser gefüllt, doch hat man zur Ergänzung und Frischhaltung der Wassermenge einen Zufluß aus der Wasserleitung angelegt, der wie eine Quelle über Steinterassen herniederrieselt. Am entgegengesetzten Ende des vorderen Teiles des Gewässers ist der Abfluß durch eine künstliche Grotte aus Steinfindlingen, hübsch bepflanzt mit Koniferen, Alpenrosen, Ginster und Rhododendren verdeckt. Das ablaufende Wasser geht ins Siel. Der Platz zum Waten befindet sich gegenüber dem Rasenspielplatz. An sommerlichen Tagen, wie den der letzten Zeit, entwickelt sich dort ein lebendiges Bild fröhlichen Kindertreibens. Mit Recht könnten die Kinder der Nachbarschaft von ihren Altersgenossen in der inneren Stadt ob dieses Vorzuges beneidet werden. Vom Aussichtspunkt im nördlichen Teil genießt man nach Süden einen Gesamtblick über die Anlage und nach Norden eine weite Perspektive über neue Straßenanlagen, unbebaute Ländereien bis zum Sierichschen Park in Winterhude und dem zukünftigen Stadtpark. Die von der Spitze der Grünanlage ausgehende große Straße (verlängerte Flurstraße) ist boulevardartig angelegt mit einer Promenade in der Mitte und Fahrwegen zu beiden Seiten. Die Promenade in der Mitte ist von einer doppelten Baumreihe eingefaßt; die neu angelegten Nebenstraßen in diesem bevorzugten Viertel haben auch fast alle Baumschmuck erhalten und machen so von vornherein einen freundlichen Eindruck. In unmittelbarer Nähe der Anlage wird sich auch eine Haltestelle der im Bau befindlichen Ohlsdorfer Vollbahn befinden, deren Fertigstellung bis zum Herbst 1906 mit größtem Eifer betrieben wird.

Eine wichtige Gerichtsentscheidung. Von grundsätzlich interessierender Bedeutung ist eine vom Landgericht in Hamburg gefällte Entscheidung über die Frage, ob ein uneheliches Kind ein Recht darauf habe, seinen Vater zu kennen. Ein noch minderjähriges uneheliches Kind klagte, vertreten durch seinen Vormund, gegen seine Mutter mit dem Antrage, ihm den Namen seines Erzeugers zu benennen; zur Begründung wurde geltend gemacht, daß der Vormund, solange ihm der Erzeuger nicht bekannt, außer stande sei, gegen denselben die Rechte des Kindes wahrzunehmen. Die Beklagte bestritt ihre Verpflichtung, den Erzeuger des Kindes namhaft zu machen, und die Klage wurde seitens des angegangenen Landgerichts abgewiesen. Wenn auch, so führt das Landgericht aus, das uneheliche Kind wegen des ihm gegen seinen Erzeuger zustehenden Unterhaltsanspruchs ein erhebliches Interesse daran habe, dessen Namen zu wissen, so bestehe doch für die Mutter keine rechtliche Verpflichtung, denselben zu nennen. Die Mutter habe für die Person, der Vormund für das Vermögen des Kindes zu sorgen. Zu der Sorge für die Person gehöre auch die Gewährung des Unterhalts, aber nur aus den eigenen Mitteln der Mutter; darüber hinaus treffe die Mutter keine Verpflichtung, die Verfolgung von Ansprüchen gegen dritte sei Sache des Vormundes. Zu erwägen sei auch, daß die uneheliche Mutter dem Vormund in seiner Klage gegen den Erzeuger auf Gewährung von Unterhalt ihr Zeugnis verweigern könne. Ueber die Richtigkeit dieser Entscheidung der Frage ist in der juristischen Literatur vielfach geschrieben worden. Neuerdings macht Oberlandesgerichtsrat Seifarth-Jena, der in der Zeitschrift „Das Recht" über die Frage berichtet, gewichtige Bedenken gegen das Urteil geltend. Die der Mutter obliegende Sorge für die Person des Kindes muß auch die Pflicht umfassen, ihm den Namen des Erzeugers zu nennen, mit dem es durch Blutsgemeinschaft verbunden ist, und den zu kennen es schon das größte allgemein menschliche Interesse haben muß.

Eine Lohnzulage von 20 Pfennig pro Tag ist den Handwerkern (Tischlern, Stellmachern und Zimmerern) und den Zementplattenarbeitern auf dem Bauhof, Kampstraße (Baudeputation, 1. Ingenieur-Abteilung), zugebilligt worden. Dagegen sollen die derselben Verwaltung unterstellten Arbeiter auf den Steinlagerplätzen, die einen noch niedrigeren Lohn bekommen als die vorerwähnten Arbeiter, keine Lohnzulage bekommen; sie sind mit ihrer Eingabe um Lohnerhöhung abgewiesen worden. — Durch solche Lohnpolitik wird die Unzufriedenheit und Verbitterung unter den Arbeitern nur genährt. Die zuständigen Verwaltungskörperschaften sollten deshalb die von den Staatsarbeitern gewünschte einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse recht bald durchführen.

= **Aus dem Kriegsgericht.** Nach zwölf Jahren. Der jetzige Seemann K. wurde im Herbst 1892 zum Militär eingezogen, aber nach zwölf Tagen entlassen, um zunächst eine ihm vor seiner Militärzeit zuerkannte Gefängnisstrafe zu verbüßen. Nachdem dies geschehen war, zog er es vor, sich vor dem Weiterdienen zu drücken. Nach einiger Zeit wurde er ergriffen und wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Gefängnis bestraft. Nach Verbüßung dieser Strafe sollte er wieder in die Front gesteckt werden, doch ergab sich bei der ärztlichen Untersuchung, daß er an einem Herzfehler litt, infolgedessen er als dienstuntauglich zur Verfügung der Ersatzbehörden gestellt wurde. Im Jahre 1896 wurde er Seemann und fuhr zunächst auf deutschen, dann auf englischen Schiffen, ohne an eine Abmeldung bei der Militärbehörde zu denken. Bereits im Herbst 1896 wurde er wegen unerlaubter Entfernung in contumaciam zu ℳ 200 Geldstrafe verurteilt. Zuletzt hielt er sich längere Zeit in den australischen Gewässern auf, wo ihm von seinem Bruder die Mitteilung zuging, daß er von der Militärbehörde gesucht werde. Um in Erfahrung zu bringen, was man von ihm wolle, kehrte er vor kurzem nach Hamburg zurück, wo er sich sofort beim Bezirkskommando meldete. Hier nahm man ihn brühwarm in Empfang und brachte ihn hinter schwedische Gardinen. Der nun wegen Fahnenflucht im Rückfalle Angeklagte erklärt, es sei nicht seine Absicht gewesen, sich dem Militärdienst zu entziehen, sonst hätte er doch nicht nach Hamburg zurückzukommen brauchen; er sei der Meinung gewesen, daß er völlig vom Militär frei sei. Der Vertreter der Anklage beantragt nur wegen unerlaubter Entfernung 43 Tage Gefängnis, weil die Militärbehörde eigentlich kein Interesse mehr an dem Mann habe, da dieser neuerdings für dauernd dienstuntauglich erklärt und vollständig entlassen worden sei. Das Gericht erkennt unter Einbeziehung der 1896 gegen den Angeklagten erkannten Geldstrafe von ℳ 200 auf eine Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis, wovon zwei Wochen Untersuchungshaft in Abzug gebracht werden.

= **Wahrheit oder Dichtung?** Simulation zum Zwecke der Dienstentlassung wird dem Musketier S. von der 6. Kompagnie des 31. Infanterie-Regiments vorgeworfen. Der Angeklagte, ein Pole, erklärte sofort nach seiner Einstellung beim Militär, so kurzsichtig zu sein, daß er die nächste Umgebung nicht erkennen könne. Schon sollte er als dauernd untauglich zum Heeresdienst entlassen werden, als Zweifel an der Echtheit seiner Kurzsichtigkeit auftauchten. Die ihn beobachtenden Aerzte gelangten zu der Ueberzeugung, daß S. seine Rolle äußerst geschickt spiele, zumal aus seinem Heimatsdorfe von dem Ortsvorsteher, dem Lehrer und anderen Personen, die ihn genau kannten, die Nachricht eintraf, daß S. mit einem normalen Sehvermögen ausgerüstet sei. In einer schon früheren Verhandlung vor dem Kriegsgericht, die zwecks weiterer Beobachtung des S. ausgesetzt wurde, bekundete dieser: „Ich bin mit das Leib und die Seel' Soldat, weil mich das Soldatenanzug so gut gefallt." Seine Vorgesetzten sind über die Beschaffenheit der Augen des Angeklagten verschiedener Meinung, was dieser daraus erklärt, daß er bald besser, bald schlechter sehen könne. Weil es sich um Geheimhaltung dienstlicher Interessen handeln soll, wird bei Vernehmung der als Sachverständige geladenen Militärärzte zeitweilig die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Uebereinstimmend bekunden die Sachverständigen, der Angeklagte sei ein ganz raffinierter Betrüger. Der Anklagevertreter beantragt darauf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten und Versetzung in die zweite Soldatenklasse. Außer der beantragten Nebenstrafe erkennt das Gericht auf 6 Monate Gefängnis.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, 8. Juni: Mathematik. Prof. Dr. Schubert: Elementare Planimetrie in didaktischer Hinsicht. (Vorkenntnisse nicht erforderlich.) Von 7½—9½ Uhr Abends im Hörsaale B (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. — Astronomie. Dr. Schwaßmann: Ueber den Gebrauch astronomischer Jahrbücher. Von 7—8 Uhr Abends im kleinen Hörsaale des Physikalischen Staatslaboratoriums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Physik. Prof. Grimsehl: Vorlesungen über Unterrichtsphysik, IV. Teil: Akustik und Wärmelehre. Für Lehrer und Lehrerinnen. Von 7½—9½ Uhr Abends in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Einlaßkarten erforderlich.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Die Lieferung des Bedarfs an Schmiedeeisen für die Direktion der Gaswerke an F. A. Lerch Nachflg. u. Seippel; die Ausführung und Lieferung von Tischlerarbeiten für die 30klassige Volksschule Holstenwall-Peterstraße (Südseite) an C. Kuphal, Maschinen- und Dampfkesselfabrik „Guilleaume Werke" G. m. b. H., Neustadt/Haardt, A. Ch. Schultz; die Ausrüstung der Turnhalle für die Volksschule an der Eduardstraße in Eimsbüttel an Chemnitzer Turn- und Feuerwehrgeräte-Fabrik Julius Dietrich u. Hannak, Chemnitz i. S.; die Ausführung der Einfriedigungs- und Einebnungsarbeiten am Volksschulgebäude an der Kielortallee an H. J. Heitmann, W. A. Scherzinger, G. Scharnhorst.

Gestohlen wurden mittels Einschleichens aus dem Korridor einer Wohnung Langereihe 37 2 Herrenröcke und ein Ueberzieher im Gesamtwert von ℳ 250.

Gemeinnützige Hamburger Arbeitsnachweise. Monat Mai 1905: I. Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft. a) Allgemeiner Nachweis „Harburgerstraße", Fernspr. Amt I, Nr. 5116. Es gingen ein 1921 Stellenangebote, 2165 Stellengesuche. 525 Passanten. Vermittlungen wurden 1530 ausgeführt, davon 949 für staatliche, 581 für Privatbetriebe. b) Landwirtschaftlicher Nachweis „Amsinckstraße 7, I.", Fernspr. Amt V, Nr. 1771. Es waren angeboten 368 Stellungen. Es meldeten sich 132 Stellensuchende, Vermittlungen wurden 97 ausgeführt. Gesucht wurden am 31. Mai 1905: 6 Tagelöhnerfamilien, 60 Knechte und Jungen, 50 ungelernte Arbeiter, 2 Mägde, 1 Stellmacher. c) Stellennachweis für Schreiber und Boten. Es gingen ein 17 Stellenangebote, 129 Stellengesuche. Vermittlungen wurden 13 ausgeführt. II. Arbeitsnachweisungs-Anstalt von 1848, „Neue ABC-Straße 12", Fernspr. Amt Ia, Nr. 1888. Es gingen ein 2578 Stellenangebote, 2923 Stellengesuche, 143 männliche, 2780 weibliche. Vermittlungen wurden 2345 ausgeführt. III. Arbeitsnachweis für Frauen, Uhlenhorst-Barmbeck, Osterbeckstraße 25, part. Geöffnet werktäglich von 9—11 Uhr Vormittags. Fernspr. Amt III, Nr. 4212. Es gingen ein 480 Stellenangebote. Vermittlungen wurden 459 ausgeführt. Neuaufgenommen wurden 19 Arbeiterinnen. IV. Stellenvermittlung des Hamburger Hausfrauenvereins, Dammtorstraße 13, Mths. Es gingen ein 604 Stellenangebote, 372 Stellengesuche. Vermittlungen wurden 194 ausgeführt. V. Arbeitsnachweis für Frauen, Hamburg-St. Pauli, Hafenstraße 108 I. Es gingen ein 92 Stellenangebote. Vermittlungen wurden 68 ausgeführt. 325 gut empfohlene Frauen zur Verfügung.

Unglücksfälle. Schweinemarkt 37 stürzte eine Frau Gehrckens beim Fensterputzen ab; sie erlitt schwere innerliche Verletzungen. Man brachte die Bedauernswerte nach dem Krankenhause St. Georg. — Ein Schleifer aus der Fruchtallee wurde von einem Lastwagen überfahren; er brach beide Beine, so daß seine Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig wurde.

Das Opfer eines Gauners wurde ein Uhrmacher auf der Eimsbütteler Chaussee. In dessen Laden erschien gestern Nachmittag ein gutgekleideter junger Mann und ließ sich zwecks Ankaufs einer goldenen Uhr mehrere solcher Uhren zur Ansicht vorlegen. Der angebliche Käufer konnte sich aber zu einem sofortigen Kauf nicht entschließen und verließ, mit der Zusage wieder vorsprechen zu wollen, den Laden. Beim Wegräumen der Uhren mußte nun der Uhrmacher zu seinem Schrecken die Entdeckung machen, daß eine goldene Remontoir-Savonettuhr Nr. 158763 von dem jungen Mann gestohlen worden war. Die benachrichtigte Polizei ist eifrig bemüht, des Gauners habhaft zu werden.

Hier verhaftet wurden von auswärts steckbrieflich verfolgte Personen: Ein Kaufmann aus Dresden wegen Urkundenfälschung, ein Ziegeleiarbeiter aus Münster wegen Diebstahls und ein Matrose aus Lübeck wegen Betruges.

Gestohlen oder abhanden gekommen ist einem am 1. Juni mit dem Dampfer „Deutschland" in Cuxhaven angekommenen amerikanischen Passagier ein Kreditbrief über 1000 Lstrl., lautend auf die Dresdner Bank.

Nach ausgeführtem Einbruch am heutigen Morgen in dem Hause Jakobitwiete 4 wollten die Spitzbuben, drei an der Zahl, gerade das Haus verlassen, als ein Schutzmann ihnen in den Weg trat. Dem Beamten gelang es, einen der Einbrecher, einen 25jährigen Schauermann, dingfest zu machen, während seine beiden Complicen entkamen. Bei dem Verhafteten wurde die gemachte Beute, bestehend in Schmucksachen und ℳ 90 barem Geld, aufgefunden und beschlagnahmt.

Selbstmord. In den Anlagen an der Glacischaussee in der Nähe der Feuerwache hat sich in letzter Nacht ein junger Mann mit einem Revolver einen Schuß in die Schläfe beigebracht, der den Tod sofort herbeiführte. Die Leiche brachte man ins Hafenkrankenhaus. Der Verstorbene trug einen Trauring.

Verhaftet wurde wegen Unterschlagung ein Schreiber im Niederländischen Generalkonsulat. Er hat in drei Fällen bei Anmusterung von Matrosen für niederländische Schiffe deren Anzahl nicht richtig angegeben und den dabei erübrigten Mehrbetrag in seinem Nutzen verwendet, Quittungen vernichtet und eine Postanweisung über ℳ 77,90 unterschlagen und das Geld für sich behalten. — Wegen Straßenraubes wurde ein Arbeiter verhaftet, der in Gemeinschaft mit drei bereits in Haft befindlichen Kollegen vor einiger Zeit am Eppendorferbaum einen Mann überfallen und beraubt hat.

Feuermeldungen. Am Dienstag Nachmittag 5½ Uhr Marktstraße 19 Mobilienbrand; Abends 11 Uhr Hamburgerstraße 12 Feuer in einem Schlafzimmer; heute Nachmittag 2 Uhr Grasbrand am Stillhornerdamm, gegenüber von Nr. 12.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes, die etwa eine Woche im Wasser gelegen hatte, und in Kattun eingewickelt war, wurde aus dem Fährgraben auf Steinwärder gelandet und nach dem Hafenkrankenhause gebracht.

Gestohlen wurde in einer Wirtschaft in der Brennerstraße ein auf einer Bank eingeschlafener Gast. — Auf dem Dampfer „Prinzregent" am Petersenkai stahl man eine silberne Taschenuhr, mittels Erbrechens einer Baubude auf dem Veddelerdamm Kleidungsstücke und Schuhzeug, beim Schuppen 74b einem Arbeiter ein Fahrrad.

Wandsbeck.

× **Sozialdemokratischer Verein für Wandsbeck und Umgegend.** Die gestrige Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Zunächst hielt Genosse

---

[20] (Nachdruck verboten.)

Wahrheitsucher.

Roman von Josef Laichter.

Aus dem Böhmischen übertragen von Robert Sandek.

Dann wurde noch hin und her gesprochen, bis schließlich einer den anderen ansah und sie übereinkamen, daß es Zeit wäre, nach Hause zu gehen. Jenda hielt sie zwar noch zurück, aber es war schon 11 Uhr vorüber und sie ließen sich nicht zureden und gingen. Venous riß wieder weit die Türe auf und verbeugte sich wie ein Großer, als sie auf den Flur hinaustraten. Sie traten leise auf und kleideten sich an.

„Das Mädel scheint schon zu schlafen!" warf Mikyška gutmütig hin. „Und fein war's, wir danken Ihnen, Hruby, ich hauptsächlich für den Rum. Ein vorzüglicher Rum war das. Und das Gebäck ausgezeichnet. Nächstens komme ich wieder. Aber dem Vermögen dürfen Sie bis dahin nicht entsagen. Sonst gibt's weder Thee, noch Rum, noch Gebäck!"

Jenda lächelte, aber es tat ihm doch leid, daß Mikyška alles leicht nahm. „Nein, Sie kennen mich nicht!" stieß er hitzig, doch schmerzerfüllt hervor.

„Wie? Sie glauben, ich kenne Sie nicht?" erwiderte Mikyška schnell. „Wie sollte ich Sie nicht kennen! Aber Sie glauben, weiß Gott, was für ein Hund ich bin. Aber ich bin kein solcher Hund, nein, so schlimm bin ich doch nicht. Und ich weiß auch, was dem Menschen not tut."

„Was, Michel, was tut ihnen not?" ließ sich Benes, der hinter ihm stand, hören, seine Pelzmütze tief in die Stirn drückend. „Was tut ihnen not!" wiederholte er, aus lächelnden Augen blickend.

„Liebe tut ihnen not, Benes!" sagte Mikyška fest. „Nicht einmal solche Hunde wie ich," ereiferte er sich, „verlangen nur nach dem weiblichen Körper. Selbst im Frühling, wo ich hinter den Röcken her bin… oh, kaum habe ich sie berührt, schon weiß ich, daß das nicht das Richtige ist, sondern, daß etwas anderes in mir aufbegehrt. Und darum, selbst wenn ich an Ketten geschmiedet wäre — — nein, Kameraden, ich bin kein solcher Hund. Aber die Sehnsucht begehrt auf in mir und ein ätherisches Wesen möcht' ich lieben und mich ihm ganz offenbaren und enthüllen.

Und sowie ich den Schmutz berühre, weiß ich, daß ich eigentlich an die Sterne gewollt habe und sie nur nicht gefunden habe. In einem solchen Augenblick würde mir auch mein Mütterchen genügen — ja, sie würde mir genügen, damit ich meinen Kopf in ihre Hände lege und ihr sage, was ich für ein Elender bin."

„Kacerovský — Kacerovský," rief Benes, „Du mußt herkommen, Mikyška tut Buße, er will Magdalena sein."

„Pfui — spotte nicht!" warf der streng hin. „Eine Sünde ist bald begangen. Sünde — was ist das, Sünde? Du bist drin, eh' Du Dich dessen versiehst. Aber Buße tun, Magdalena sein — mein Lieber, das ist hart! Sie, Hruby, halten Sie sich nur an die Sterne, wenn Sie was von den Sternen wissen, und seien Sie glücklich!"

Jenda warf einen dankbaren Blick auf Mikyška. Er dachte an Blazenka. Und es wurde ihm innig und frei zu Mute, als ob er Flügel bekommen hätte.

Inzwischen waren sie unten im Treppenhaus angelangt, wo der Hausmeister bereits wartete, der, als er Stimmen vernahm, herausgekommen war, um zu öffnen. Alle drückten Jenda die Hand, ließen Kvapil grüßen und die Gymnasiasten riefen einer über den anderen „Na zdar, Hruby!" Mikyška mahnte noch einmal beim Abschied lächelnd: „Also dem Vermögen entsagen Sie nicht und Ihren Kvapil werd' ich bei Tag besuchen. Pflegen Sie ihn gut!"

Durch die geöffnete Türe zog nächtlich frostige Luft in den Gang und der ganze Haufen junger Leute strömte hinaus auf die Straße. Jenda winkte ein letztes Mal mit der Hand und lief zitternd vor Kälte hinauf.

XXIX.

Als er ins Zimmer zurückkehrte, traf er noch Venous und Otilchen an. Otilie hatte den Abgang der Studenten abgewartet, um sich nach dem Verlauf des Abends zu erkundigen. Sie gähnte jeden Moment und war auch ein wenig blaß vor Schlaftrunkenheit. Sie hatte sich auf dem Sofa niedergelassen und blickte nach der Türe. Ihre Füße steckten schon in Pantoffelchen.

Kaum trat jedoch Jenda ins Zimmer, so sprang sie lebhaft auf.

„Jenda, war wirklich heut ein neuer Student bei Dir? Und ein so hübscher und lustiger Mensch soll es gewesen sein!"

Jenda blickte Venous von der Seite an. Da erinnerte er sich aber an Cilka, und die Wut des Beleidigten stieg in ihm auf. Sein Gesicht verfinsterte sich und verächtlich jedes einzelne Wort dehnend, erwiderte er:

„Sprich doch auch einmal von Leuten, die etwas in sich haben, nicht nur an sich!"

„Und das hatte er nicht?"

„Ob er es hatte, oder nicht, ist Nebensache. Aber das charakterisiert Dich eben, daß Du vor allem nach dem hübschen und lustigen Menschen frägst."

Otilchen seufzte. Rasch ging sie aber in eine andere Stimmung über und mit den Augen zwinkernd, fragte sie halb schmeichlerisch, halb listig:

„Rat 'mal, mit wem ich im Theater gesprochen habe?"

Jenda fühlte Otilchens Raffiniertheit heraus und machte ein furchtbar finsteres Gesicht.

„Otilie, Du bist unerträglich!" platzte er heraus. — Die Geschwister trennten sich.

Unruhig entkleidete sich Jenda gleich darauf, um sich niederzulegen. Es war nichts Seltenes bei ihm, ja, es geschah jeden Tag, daß er sich vor dem Einschlafen lange auf seinem Bett unruhig hin und her warf. Aber nach solch einem mit den Freunden verbrachten Abend war sein Kopf desto erregter. Er dachte nach über das, was gesprochen worden war, über neue Ideen, die er übernommen hatte, und über seine eigenen, die er weiter entwickelte. Und all das war so schön bis jetzt, so freudig, es entkräftete die Seele nicht. Die Qualen, die aus äußeren und inneren Widersprüchen hervorgehen, hatte er noch nicht kennen gelernt.

Und obgleich er sich auch zu quälen pflegte, so hatten seine Schmerzen immer noch einen Hauch von Freudigkeit, ja sie waren ganz getränkt von jener jugendlichen Kraft der großen Hoffnung und Begeisterung, die aus seinen Augen strahlte. Ihm war noch nicht das geschehen, was den meisten Menschen geschieht: die erträumte, ideale Welt war in seinem Herzen noch nicht mit der Wirklichkeit zusammengestoßen. Voll Selbstvertrauen verwarf er einfach und leicht die Wirklichkeit. Es war eine goldene, schöne Zeit, reines sonniges Glück lächelte auf Jenda hernieder. Er träumte zwar nicht von seinem persönlichen Glück; aber darin bestand eben die ganze Schönheit, daß er aufrichtig das Glück anderer wollte, daß die Ideale, die er erstrebte, ganz unpersönlich und allgemein menschlich waren. Welche Liebe, welche Ueberzeugungskraft und welcher Glaube! Nicht einmal diese verkehrte, von Schlechtigkeit durchtränkte Welt vermochte seinen Glauben und seine Liebe zu erschüttern. Er kritisierte, ohne jedoch noch analysieren zu können. Er verachtete alles Böse, war aber überzeugt, daß es unhaltbar wäre und daß es vorübergehen würde. Er wollte ja noch einmal der Welt ein Wort sagen, er, Jenda Hruby, wollte ja erst noch kommen, um für seine erhabene Ideale zu leben. Und wenn dann der Tag gekommen wäre, an dem er sein erstes Wort sprechen würde — oh, wenn er nur erst käme!

Und so war es auch heute schön, als er, nachdem er von den Genossen Abschied genommen hatte, zu Bette ging, die Hände unter den Kopf legte und mit weit aufgerissenen Augen zur Decke starrte. Zuerst dachte er an Kvapil und er wurde traurig, melancholisch. Aber dann vergaß er Kvapil, und jene ganze herrliche Welt zog in rosigen Farben an ihm vorüber, ein Paradies des Guten und des Vollkommenen. Er überlegte nochmals alles, was gesprochen wurde, und wie es gesprochen wurde, er dachte an alle menschlichen Fragen, die zu lösen waren. Dann plötzlich schob er die Decke weg, hob seinen Kopf, stützte ihn auf die Hand, und setzte sich halb aufrecht auf sein Lager. „Nein — Mikyška wird sich überzeugen. Mikyška soll mich nicht unterschätzen!" dachte er und setzte sich ganz aufrecht hin. Er verschränkte die Arme, ließ den Kopf hängen; unverwandt blickte er auf den Zipfel der Bettdecke und wiederholte nur immer wieder: „Mikyška soll sich überzeugen." Und seine Augen leuchteten, seine Wangen glühten. — — „Oh, daß ich doch schon beweisen könnte!" Ich wäre schon zufrieden, wenn ich nur Lehrer sein könnte, aber was für ein Lehrer würde ich sein!" — — Oder er träumte davon, wie jener Priester, von dem er gelesen, in eine Fabrik zu gehen, um bei der Maschine zu arbeiten. „Mikyška soll sehen und alle sollen sie es sehen!" sagte er bestimmt. „Oh, wie widerlich ist Reichtum, und was für einen Wert hat Reichtum? Tolstoj lebt auch in Armut — — Tolstoj hat allem entsagt, warum sollte nicht auch ich, warum sollte ich nicht?"

Er träumte in süßer Rührung und war glücklich in der Vorahnung seiner künftigen Aufopferung. Ein liebes melancholisches Halbdunkel erfüllte seine Seele, und er bedeckte mit beiden Händen sein glühendes Antlitz, über seinem Haupte flossen die Wellen der nächtlichen Stille ineinander, die Nacht rückte eilig vorwärts. Er ließ die Hände fallen und blickte wieder mit weit offenen Augen zur Decke, und geheimnisvolle, unbekannte, tief ernste Stimmen sprachen in dieser Stille auf ihn ein.

Und zwischen diesen Stimmen ertönte plötzlich eine, die ihm lieb und teuer war, und zwei warme Augen leuchteten ihm im Dunkel entgegen. Da legte sich Jenda nieder, lächelte glücklich und deckte sich ganz zu. „Ich hab' es ja schon, Mikyška, mein ätherisches Wesen, ich hab' ja meinen Stern schon, Blazenka, Blazenka!" flüsterte er auf seinem Lager.

Und wieder träumte er von seinem Ideal der Armut, aber in all den Träumen, die er in immer neuen Variationen ausführte, begleitete ihn schon stets Blazenka. Und ihm schien es, daß er mit Blazenka zusammen gern bereit wäre, selbst auf ein Dorf zu gehen, um die armen Kinder zu unterrichten oder in eine Einöde, um das Feld zu bebauen, oder durch das Vaterland zu wandern, Liebe und Güte zu predigen und den Glauben zu pflanzen an ein zukünftiges besseres Leben. „Ach, Blazenka, wenn Sie später einmal die Kreutzersonate doch verstehen werden, dann werden sich Ihnen erst ganze Horizonte öffnen, dann erst werden wir von Dingen zu reden haben. Mikyška hat's ja gesagt, Blazenka, und ich erkenne es an. Sie werden — Sie sind mein ätherisches Wesen."

In seinem Glück schloß er die Augen, und Blazenkas Bild schwand nicht. Dann rührte er sich nicht mehr. Seine Augen blieben geschlossen und zu den regelmäßigen Atemzügen, die schon lange von Venous' Lager kamen, gesellte sich nun auch Jendas ruhiges, glückliches regelmäßiges Atmen.

(Fortsetzung folgt.)

Bücher und Schriften.

„Musik für Alle." Das soeben zum Preise von 50 Pf. im Verlage von Ullstein & Co., Berlin, erscheinende Heft 9 der „Musik für Alle" beginnt mit einer anmutigen Arie und Musette aus Glucks „Armida", an die sich dann eine Ariette und ein derbkomisches Couplet aus Lortzings „Die beiden Schützen" anschließt. Gewissermaßen ein tschechisches Gegenstück zu Lortzing bildet Fr. Smetana, dessen „Dorftanz" aus der „Verkauften Braut" die Lebensfreude und Ausgelassenheit des böhmischen Volkslebens charakterisiert. Martin Jacobi, dessen neuestes Werk „Reklame" auf der „Wolzogen-Oper" zu Berlin jüngst so beifällige Aufnahme gefunden hat, ist mit einem ernst-schwermütigen „Kleinrussischen Volkslied" vertreten. Weiche, träumerische Stimmung atmet auch die „Mondscheinwanderung" von Ludw. Schytte. Ein Walzer von Ernst Rost, der sich sowohl als Tanz- wie auch als Salonstück eignet, bildet den Schluß des Heftes.

Schaumburg-Hamburg einen interessanten Vortrag über das Thema: „Wahlrechtsräubereien und Verwandtes“, in welchem er die verschiedenartigen Versuche, das aufstrebende Proletariat auf „gesetzlichem“ Wege um sein ihm zustehendes Recht zu prellen, scharf beleuchtete und geißelte. Den Bericht von der Parteikonferenz erstattete Genosse Krüger. Wir dürfen uns darauf beschränken, wiederzugeben, daß seine Ausführungen sich deckten mit denjenigen, die wir im Konferenzbericht wiedergegeben, und daß er empfahl, den Beschlüssen zuzustimmen. An der Diskussion, die sich im Für und Wider ebenfalls im Rahmen der Konferenzansichten bewegte, beteiligten sich die Genossen Haß, Wöhler, Siemers, v. Rosbitzki, Krüger und Kasch. Die Konferenzbeschlüsse wurden am Ende einstimmig gutgeheißen. Es wurden sodann noch Wahlen zum Festkomitee vorgenommen.

× **Vom Bauarbeiterschutz.** Die Bauarbeiterschutzkommission teilt uns mit: Obwohl es Vorschrift ist, daß bei Baugerüsten über 4 Meter Höhe eine Brustwehr anzubringen ist, fehlt eine solche bei dem Neubau an der Ahrensburgerstraße, kurz vor der Kurfürstenstraße. — Wir können aus eigener Wahrnehmung hinzufügen, daß überhaupt bei dem Bau, der jetzt geputzt wird, in einer Weise gearbeitet worden ist, die bei den Passanten Aufsehen erregen mußte. So wurde z. B. die Hinterwand geputzt, daß das Nichtvorkommen schwerer Unfälle als ein mehr als glücklicher Zufall bezeichnet werden muß.

× **Standesamtliches.** In der Zeit vom 16. bis 31. Mai gelangten zur Anzeige beim Standesamt Wandsbeck I 28 Geburten, davon 4 uneheliche, und 17 Sterbefälle, davon 1 Totgeburt; Aufgebote wurden 4 erlassen, Eheschließungen fanden 9 statt. Beim Standesamt Wandsbeck II (Hinschenfelde) gelangten in derselben Zeit zur Anzeige 19 Geburten, darunter 5 uneheliche, und 8 Sterbefälle; Aufgebote wurden 3 erlassen, Eheschließungen fanden 2 statt.

× **Medizinalstatistisches.** Im April 1905 waren im Stadtkreise Wandsbeck zu verzeichnen 72 Geburten, davon 10 unehelich, und 38 Sterbefälle; es entspricht das einer Geburtenziffer von 30,89, einer Sterbeziffer von 16,31. Die Todesursache war in je einem Falle Masern und Selbstmord, in 2 akute Darmkrankheiten, in 3 Schwindsucht, in 4 akute Erkrankung der Atmungsorgane, in 27 sonstige Krankheiten. Von den Gestorbenen waren 9 = 23,7 pZt. Kinder unter einem Jahre. An meldepflichtigen Krankheiten gelangten zur Anzeige Keuchhusten, Diphtherie und Kindbettfieber in je 1, Scharlach und Brechdurchfall in je 2, Masern in 12 Fällen.

× **Aus dem Schöffengericht.** Sitzung am 7. Juni. Der Maurer H. hat, als er eines Sonntags im „Wandsbecker Hof“ mit anderen Besuchern in Differenzen geraten war, den Polizeisergeanten Meyer, welcher ihn sistieren wollte, zu Boden gestoßen. Er soll für diese Roheit *M.* 40 bezahlen. Der Amtsanwalt hatte 4 Wochen Gefängnis beantragt. — Der Arbeiter Schmeel, welcher bereits einmal wegen Rüpeleien, begangen gegen den leiblichen Vater, verurteilt wurde, hat, als er von der Stellung besoffen heimkam, vor des Vaters Hause gemeine Lieder gesungen und grobe Beleidigungen ausgestoßen. Da er geständig war, kam er mit *M.* 13 Geldstrafe davon. — Schlimmer erging es dem Arbeiter Böttcher, welcher, ebenfalls von der Stellung sternhagelvoll heimkehrend, in Landahlsgang in die Wohnung einer Nachbarin eindrang, die Frau beleidigte und groben Hausfriedensbruch verübte. Er soll auf eine Woche Staatspension genießen und außerdem *M.* 10 Geldstrafe bezahlen. — Eine von ihrem Manne getrennt lebende Frau hat von dem Abzahlungshändler Rahl entnommene Bettwäsche versetzt, ehe sie bezahlt war. Sie soll wegen Unterschlagung *M.* 3 bezahlen. Ihr Ehemann hat dasselbe mit einer aus dem gleichen Geschäfte entnommenen Uhr gemacht und muß dafür *M.* 9 blechen. — Der wegen Eigentumsvergehens häufig, darunter sechsmal wegen Unterschlagung vorbestrafte Hausknecht B. hat, als er vom Oekonomen der Volksküche, Schönemeier, *M.* 35,68 zur Bezahlung einer Krämerrechnung erhielt, sich mit dem Betrage aus dem Staube gemacht und ist ziel- und zwecklos nach Liegnitz gegondelt, wo er sich freiwillig der Behörde stellte. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die er sofort antrat.

Schiffbeck. Feuer brach in der Nacht vom 6. zum 7. Juni, kurz nach 12 Uhr, in dem Möllnerlandstraße 24 (Brinkmanns Wohnungen) befindlichen Laden des Krämers Josefiak aus. Dasselbe wurde, bevor es größere Dimension annahm, von einigen schnell hinzukommenden Männern gelöscht. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Wenn Kündigungsfrist ausgeschlossen und der Arbeiter eine Entschädigung wegen Aussetzung der Arbeit infolge Mangels an Rohmaterial nicht gleich fordert, verliert derselbe Anspruch auf Entschädigung; in diesem Sinne entschied am Montag das hiesige Gewerbegericht. Der Zigarrenmacher B. klagte gegen den Zigarrenfabrikanten O. auf Zahlung einer Entschädigung von *M.* 10, weil er an verschiedenen Tagen wegen Mangel an Tabak nicht habe arbeiten können. Beklagter führt demgegenüber an, daß, da eine Kündigung in seinem Betriebe nicht bestehe, das Arbeitsverhältnis jederzeit gelöst werden könne. Ueberdies sei eine Entschädigung wegen Feierns bisher von den Arbeitern und auch vom Kläger nicht verlangt worden, erst nach Lösung des Arbeitsverhältnisses habe Kläger eine diesbezügliche Forderung gestellt. Nachdem festgestellt worden, daß eine Kündigung in dem genannten Betriebe nicht besteht, und Kläger, als er die Arbeit wegen Mangels an Material aussetzen mußte, eine Entschädigung nicht gefordert, entschied das Gericht in oben genanntem Sinne und wies den Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig ab. Im weiteren klagte B. gegen O. auf Rückerstattung von *M.* 7 für geleistete Krankenkassenbeiträge. Kläger gehört der Gemeindekrankenkasse an und ist bei dieser der Arbeitgeber verpflichtet, 1/3 des Beitrags zu zahlen. Die Beiträge habe aber B., wie er angibt, allein gezahlt. O. führt demgegenüber an, daß er laut einer Vereinbarung mit dem Kläger für die von ihm zu leistenden Beiträge Zigarren geliefert habe. Hierin kam eine Einigung zu stande, indem Beklagter sich bereit erklärte, dem Kläger *M.* 3,25 auszuzahlen.

k. **Bergedorf.** Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der Maurer beauftragte den Gesellenausschuß, der Innung „Bauhütte“ einen Antrag auf Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 65 ₰ zu unterbreiten. In nächster Zeit wird sich eine öffentliche Versammlung, zu der sämtliche im Baugewerbe beschäftigte Personen eingeladen werden sollen, mit der Lohnbewegung im Baugewerbe beschäftigen. Im Anschluß hieran wurde noch kritisiert, daß am Bau des Herrn Kaufmann Biebler, Sande, von Morgens 5 bis Abends 8 bezw. 9 Uhr gearbeitet wird. Es wurde indes verlangt, daß Herrn Biebler nahegelegt wird, dafür einzutreten, daß sowohl der ortsübliche Lohn wie die Arbeitszeit innegehalten wird. Die am Donnerstag stattfindende Kartellsitzung dürfte sich mit dieser Angelegenheit noch zu beschäftigen haben.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Zur Lohnbewegung der Zimmerer in Wilhelmsburg.** Die Zimmerer, die bei den Unternehmern Adolf Knupper, Peter Rieckmann und Eduard Theil beschäftigt sind, haben, nachdem sie einige Stunden die Arbeit eingestellt hatten, diese wieder aufgenommen und arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die Forderungen noch nicht bewilligt haben die Bauunternehmer Harriefeld und Zein. Heute Morgen legten bei Harriefeld 15 und bei Zein 4 Zimmerer wegen Nichtanerkennung ihrer Forderung von 75 ₰ Stundenlohn die Arbeit nieder.

r. **Ein neues Postgebäude** soll in der Nähe des Bahnhofs in Wilhelmsburg errichtet werden. Man hat bereits Terrainvermessungen vorgenommen.

r. **Abgefaßt.** Der Brotfrau Stobbe wurde seit längerer Zeit aus ihrem Brotkorb jeden Morgen, während sie ihre Kunden in der Jungnickelstraße 2 bediente, für zirka 20 bis 30 ₰ Gebäck gestohlen. Der Diebstahl wurde immer, da die Frau St. ihren Korb auf dem Treppenplatz des Parterres stehen ließ, von einem Parterrebewohner ausgeführt. Schließlich zog die Brotfrau ihr Schuhzeug aus, schlich sich die Treppen hinunter und es gelang ihr auch, die Diebin abzufangen. Sie traf eine im Parterre wohnende Frau, die nur mit einem Hemd bekleidet war, in dem Augenblick, als sie in aller Gemütsruhe das ihr passende Gebäck aussuchte.

Lübeck.

Die Bürgerschaft verwies ein von 50 Mitgliedern unterzeichnetes Ersuchen an den Senat, bald ein Krematorium zu bauen, an den Bürgerausschuß zur Vorprüfung.

Schleswig-Holstein.

Itzehoe. Auch hier soll jetzt für die Fortbildungsschule der Schulzwang eingeführt werden. Der Staat übernimmt zwei Drittel der *M.* 6000 betragenden Jahreskosten. Alle Unterrichtsstunden liegen vor 8 Uhr Abends! Einzelne Gewerbe können im Sommer Dispens erhalten, doch sind die Stunden im Winter nachzuholen.

m. **Kiel.** Zwei für Kiel wichtige Streiks haben heute gänzlich unerwartet ihr plötzliches Ende gefunden. Nach dem vom Hauptvorstand der Schneider mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossenen Vergleich haben die hiesigen Ausständigen am gestrigen Abend sofort beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. — Ferner hat heute der Streik der Hausdiener der Firma W. Jacobsen beigelegt werden können. In einer Konferenz der Streikleitung mit dem Warenhausbesitzer und unter Teilnahme des Genossen Himpel aus Hamburg wurde eine Einigung auf folgender Grundlage geschaffen: J. erklärt sich bereit, 10 der Streikenden sofort einzustellen und 25 nach Bedarf nach dem Pfingstfest durch Vermittlung des Verbandes. Die Einstellung erfolgt zu den alten Lohnverhältnissen bei wöchentlicher Lohnzahlung. Die übrigen Angelegenheiten will J. später mit einer vom Verband zu bestimmenden Kommission regeln.

Kiel. Aerzte als Denunzianten. Dem „Berl. Tageblatt“ wird von hier geschrieben: „Das kaiserliche Kanalamt will beamtete Aerzte anstellen und fordert von ihnen Unglaubliches; unter anderem soll der Arzt Personen, die durch eigene Schuld ihre Genesung verzögern oder verhindern, dem Kanalamte anzeigen. Der Kieler Aerzteverein hat seine Entrüstung über den Vertragsentwurf ausgesprochen und die Annahme der neu zu schaffenden Kanalarztstellen als standesunwürdig erklärt. Die Aerztekammer für Schleswig-Holstein faßte einen ähnlichen Beschluß und gab der Erwartung Ausdruck, daß kein kollegial gesinnter Arzt sich bereit finden werde, eine Stelle als Kanalarzt auf Grund des der Kammer zugegangenen Vertragsentwurfs des Kanalamts anzunehmen. Das untergrabe die Existenz der jetzigen Aerzte und stehe im offenkundigen Gegensatz zu den Anschauungen der gesamten Aerzteschaft Schleswig-Holsteins.“ — Es ist wirklich ein starkes Stück, Aerzten zuzumuten, als Denunzianten in den Dienst einer Behörde zu treten.

Plön. Der Landtagsabgeordnete des 17. schleswig-holsteinischen Wahlkreises (Plön), Rentier Heinrich Kasch in Plön, ist nach mehrtägigem Krankenlager gestorben. Kasch war am 30. Juli 1833 geboren. Am 27. Oktober 1876 zum ersten Male gewählt, gehörte er dem preußischen Abgeordnetenhause fast 29 Jahre an. Er war Mitglied der konservativen Fraktion. Bei der letzten Wahl im Jahre 1903 wurde er mit 148 Stimmen gewählt, während auf den freisinnigen Kandidaten, Dr. Leonhart-Kiel, 16 Stimmen entfielen.

Auswärtiges.

g. **Von dem Halleschen Polizei-Skandal.** Am 6. Juni klagte vor dem Schöffengericht in Halle der Polizeikommissar a. D. und verabschiedete Offizier Kriebel gegen den Polizei-Inspektor und Hauptmann v. Dossow wegen Beleidigung. Der frühere Kommissar Böhme, jetzt Bürgermeister von Kelbra, hatte „vergessen“, dem Oberkellner Hasselmann vom Hotel „Grüner Baum“ seine Schulden zu bezahlen. Wenn Böhme an dem Hotel mit der elektrischen Bahn vorbei fuhr, soll er dem nachschauenden Oberkellner immer stolz den Rücken zugedreht haben. Der Oberkellner fragte Kriebel, was zu tun sei, damit er zu seinem Gelde komme, und Kriebel erteilte dem Oberkellner den Rat, er möge sich an die Polizeiverwaltung wenden. Dies geschah, infolgedessen v. Dossow bei Hasselmann, der sich inzwischen in Zörbig selbständig gemacht hatte, „Ermittlungen anstellte“, und zwar in einem Orte, wo v. Dossow gar nicht kompetent war. Kommissar Kriebel hat bekanntlich eine ganze Reihe Mißstände aus der Polizeiverwaltung an das Tageslicht gezerrt und auch dem Hauptmann v. Dossow wiederholt öffentlich vorgeworfen, er habe ein Paar Stiefel unterschlagen, auf welchen Vorwurf v. Dossow auch heute nicht reagierte. Gelegentlich der Ermittlung soll nun v. Dossow zu dem Oberkellner gesagt haben: „Es ist eine Gemeinheit und eine Unverschämtheit, wenn Kriebel sagte, er ist Offizier; Kriebel hat es nur bis zum Unteroffizier gebracht.“ Oberkellner Hasselmann beschwor, daß v. Dossow diese beleidigende Aeußerung getan habe; v. Dossow behauptete aber das Gegenteil. Das Gericht erachtete aber Hasselmanns Zeugnis nicht für ausreichend und sprach v. Dossow mit der Begründung frei: Es ist nicht anzunehmen, daß der Beklagte ohne Grund die Unwahrheit gesagt hat, da er doch genau wußte, daß Kriebel Offizier war. — Ach, wollte man bei Preßsündern doch auch annehmen, daß sie nicht ohne Grund die Unwahrheit sagen. Glücklicher Polizei-Inspektor!

Papierene Begeisterung. In der „Köln. Volkszeitung“ ist zu lesen: In „nationalen“ Organen wurde Ende März und Anfangs April Spott daran geübt, daß die marokkanischen Behörden in Tanger zum Empfang des deutschen Kaisers dortselbst die Triumphbogen, Balustraden usw. mit künstlichen Papierblumen geschmückt hätten, statt mit dem reichlich zur Verfügung stehenden natürlichen Blumenflor. Man wird zugeben müssen, daß wir in Deutschland gegenwärtig gleichfalls mitten im Blumenflor leben, und was geschah in der Reichshauptstadt zur Ausschmückung der Straßen bei Empfang des kronprinzlichen Brautpaares? Dasselbe wie in Tanger. „Berlin und Charlottenburg sahen sich,“ so schreibt die „Nation“, „der Aufgabe gegenüber, triumphale Wege herzurichten, auf denen die Loyalität all ihren Geist und all ihre Künste zu entfalten vermochte; und da ist man denn auf den genialen Einfall gekommen, der Natur durch künstliche Blumen nachzuhelfen. In den Laubbäumen, welche die Via Triumphalis flankieren, sind rote Papierblumen angebracht, die den Eindruck von riesigen Klatschrosen machen, und Guirlanden von Papierrosen begleiten den Weg, auf dem ein junges Brautpaar dem Glück entgegenfährt. Diese Maskerade der Natur hat zu allerlei boshaften Bemerkungen Anlaß gegeben, ohne daß man versucht hätte, nach dem tieferen Sinn in diesem grotesken Spiel zu forschen. Mir scheint, die Papierblumen mitten im grünen Laub der Bäume sind nicht nur eine zarte Huldigung an die Erfindungsgabe unseres industriellen Zeitalters; es kommt vielmehr noch eine andere sinnige Idee dabei zum Ausdruck: Man gibt hier durch die Blume zu verstehen, wie viel Kunst und wie wenig Natur in allen solchen Festen steckt, wie auch die Gefühle, die bei solchen Anlässen zu Tage gefördert werden, zumeist kein natürliches Produkt sind, sondern ein Kunsterzeugnis darstellen. Die breite Begeisterung gleicht den riesigen Papierblumen.“

Preußische Untertanenwonne. Ueber die Behandlung des Schaupöbels bei der Hochzeitsfeier des Kronprinzen in Berlin beklagt sich ein Einsender im „B. T.“: Immer wieder ritten die Schutzleute drauf los, nachdem der Vorderreihe — in der auch ich jetzt stand — jedes Zurückweichen durch eine zwanzigfache Menschenmauer unmöglich gemacht war. Die Hufe und Leiber der Pferde gefährdeten Männer, Frauen und Kinder, die sich trotz allem „Zurück, zurück!“ einfach nicht von der Stelle rühren konnten. Die Kinder schrieen, wahnsinnig vor Angst; Frauen wurden von Uebelkeit und Weinkrampf befallen. Kein Wunder, daß da die Sanitätsmänner Hunderte von Malen zu tun bekamen. Ich betone, daß alles ruhig und ordentlich zuging, bis die Schutzleute heranritten, und daß der Zug der Kronprinzessin in der nächsten Viertelstunde noch nicht kam. Es ist haarsträubend, daß man als steuerzahlender Staatsbürger sich gefallen lassen soll, bei einem friedlichen Spaziergang seine Knochen den Hufen der Polizeipferde darbieten zu müssen! Als ich dicht neben mir drei kleine Kinder im Alter von etwa fünf bis zwölf Jahren bedrängt sah, rief ich dem Berittenen zu: „Aber Mann, seien Sie doch vernünftig! Sie begehen ja geradezu Mord!“ Kühl rief er mir von oben herab zu: „Na, vorläufig sind Sie ja noch nicht tot!“ Dieser Ausspruch zeugt von echt preußischer Gemütstiefe. — Insgesamt kamen unter den Gaffluſtigen nicht weniger als 597 Ohnmachtsanfälle vor.

Eine harte Strafe für eine Roheit ist über den 19jährigen Technikumsstudenten Matyasovitsch aus Sosdor in Ungarn verhängt worden. Der junge Mann hat in Mittweida die Zweige der erst am Tage vorher gepflanzten Schillerlinde mit einem Taschenmesser abgeschnitten, eine Kranzschleife zerrissen und mit nach Hause genommen. Diese Zeugen seiner Roheit hat der Vertreter der goldenen Jugend in seiner Wohnung verbrannt. Er will bei der Tat betrunken gewesen sein. Das Amtsgericht Mittweida warf 3 Monate Gefängnis und *M.* 50 Geldstrafe für die Tat aus. Baumfrevler verdienen nach unserer Ansicht scharfe Sühne, und es könnte auch die gegen den ungarischen Studenten ausgeworfene Strafe mit einer gewissen Genugtuung erfüllen. Man wird aber doch versucht, zu fragen: Wäre die Strafe auch so hoch ausgefallen, wenn ein deutscher Student der Täter gewesen wäre? Bisher sind Rüpeleien deutscher Studenten immer sehr, sehr mild beurteilt worden.

Im Plötzensee-Prozeß zu Berlin erstatteten am 5. Juni, dem 16. Verhandlungstage, die Sachverständigen Dr. Leppmann und Dr. König ihre Gutachten über den wegen Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Grosse. Dr. Leppmann faßte seine Ansicht dahin zusammen, daß er Grosse für einen geistig Minderwertigen halte, und glaube, daß er im Affekt geisteskrank sei. Geistig minderwertig solle bedeuten: ein krankhafter Zustand, der das Verständnis für die Strafbarkeit einer Handlung oder die Widerstandskraft gegen strafbare Handlungen vermindere. Das sei bei Grosse der Fall. Dr. König führte u. a. aus: Wir haben in Grosse einen heriditär schwer belasteten Menschen vor uns, der wahrscheinlich schon von Jugend an an einer organischen Gehirnkrankheit erkrankt ist. Ich halte die bei Grosse beobachteten Wutzustände zweifellos für solche pathologischer Natur. Nicht genug zu betonen ist das absolute Fehlen einer jeden ethischen Vorstellung; das ist angeboren. Er versteht gar nicht den Begriff, daß der Mord eine so scheußliche Tat ist. Die Wahrscheinlichkeit liegt sehr nahe, daß ein Mensch wie Grosse die Verantwortlichkeit für seine Tat nicht tragen kann. Gewiß können geisteskranke Leute unter Umständen ohne Schaden für ihre Gesundheit im Gefängnis bleiben, vom ärztlichen Standpunkt aus muß ich aber sagen: ein solcher Mensch gehört nicht in das Gefängnis! Auch Grosse gehört nach meiner Meinung nicht dahin. Präs.: Sie wollen doch auch berücksichtigen, daß noch andere Interessen obwalten, daß eine schwere verbrecherische Tat vorlag, die gesühnt sein muß, und wenn Sie auch als Psychiater den oben ausgesprochenen Wunsch haben — würden Sie als Gefängnisarzt nicht darauf halten, daß die Strafe auch vollstreckt wird, namentlich wenn Ihnen Gelegenheit gegeben ist, den Betreffenden noch weiter zu beobachten? — Medizinalrat König: Wenn ich auf dem Standpunkt stehe, daß der Mann krank ist, so kann doch von einer Sühne überhaupt nicht mehr die Rede sein. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Hält der Sachverständige die mehrfach erwähnten Briefe des Grosse für Simulation? Sachverst.: Nach dem, was ich über Grosse gehört habe, sehe ich nicht eine Notwendigkeit, eine Simulation anzunehmen. — Am Dienstag sagte Medizinalrat Dr. König, nochmals vom Verteidiger befragt, aus: Er müsse mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Willi Grosse schon bei Begehung der Tat unzurechnungsfähig war, so daß auf ihn § 51 Strafgesetzbuchs Anwendung finden mußte. Die seinerzeit vom Gerichtshofe festgestellte Ueberlegung sei mit der Psychose vereinbar. Auf die Frage eines Verteidigers, ob es nicht außerordentlich schwierig sei, eine Simulation festzustellen, erklärt der Zeuge: Fälle, worin ein Teil der Sachverständigen Leute für ganz gefährliche Gauner und Simulanten, der andere für geisteskrank erklärten, seien schon öfter vorgekommen. Der Sachverständige Dr. Mönkemöller führt unter Berücksichtigung aller in der Verhandlung hervorgetretenen Momente aus, daß er sich dem Gutachten des Medizinalrats Dr. König anschließen müsse. Er hebt noch besonders die englische Krankheit hervor, die Willi Grosse in der Jugend gehabt hat, ferner die Tatsache, daß er mehrfach auf den Kopf gefallen ist, und den Unfall, den er durch Fallen in eine Senkgrube erlitten hat. Selbst wenn man alles abzieht, was bei Grosse als Simulation angesehen werden kann, bleibt noch so viel übrig, das ihn als kranken Menschen erscheinen läßt. Der Sachverständige ist auch ganz der Meinung, daß nicht jede Form von Geisteskrankheit die Ueberführung in eine Irrenanstalt nötig macht und daß die betreffenden Gefangenen möglichst dem Strafvollzuge nicht entzogen werden und ihnen die Irrenanstalt erspart wird. Auf der anderen Seite aber habe die Irrenanstalt ein dringendes Interesse daran, daß die geisteskranken Verbrecher, wenn sie nun einmal in die Irrenanstalten kommen, auch möglichst bald kommen, damit sie nicht durch längeren Aufenthalt im Gefängnisse erst andere Eindrücke auf ihren Geist empfangen. Jedenfalls sei es für Grosse besser, daß er bald in eine Irrenanstalt komme, dort werde er wahrscheinlich bald wieder in das alte Geleise wie im Gefängnis, das heißt in Konflikt mit der Hausordnung kommen. Nach seiner Meinung ist Grosse schon jetzt so weit, daß er in das Irrenhaus kommen sollte. Auf eine große Reihe von Fragen der Verteidiger Dr. Halpert, Dr. Löwenstein, Dr. Heinemann und Dr. Liebknecht, sowie der Angeklagten Kaliski und Schneidt, antwortet der Sachverständige Dr. Mönkemöller, daß er als Psychiater in bezug auf die Untersuchung des Grosse manches anders gemacht haben würde als es der Gefängnisarzt getan hat. Richtig sei es, daß bei Geisteskranken Handlungen vorkommen, die von Aufsehern im Gefängnisse als Vergehungen gegen die Disziplinarordnung aufgefaßt werden. Die Behaltung des Grosse im Gefängnis und die Gefahr der Disziplinarstrafen schließe eine hohe Gefahr für weitere Entwicklung der Psychose in sich. Nach der Mittagspause am Dienstag stattete der Sachverständige Nervenarzt Dr. Placzek sein Gutachten ab. Grosse, so sagt er, ist erheblich schwer belastet. Daß der Knabe die Schule bis zur ersten Klasse besucht habe, falle dabei nicht ins Gewicht. Aehnliches komme öfter vor. Auch das Verhalten des Grosse nach der Tat sei sehr charakteristisch. Wenn ein Mörder unmittelbar nach der Tat einem Dritten seinen Namen und die Wohnung seiner Mutter mitteilt und stundenlang vor seinem Wohnhause auf- und abgeht, so zeugt dies doch nicht von hochentwickeltem Intellekt. Grosse hat auch nicht die Spur eines ethischen Empfindens. Sein ganzes Affektleben, das hin- und herschwankte, deutet einen epileptischen, degenerierten Charakter an. Was die Frage der Simulation betrifft, so ist zu bemerken, daß einem Fachmann gegenüber die Simulation einer Geisteskrankheit und die Fortsetzung dieser Kopie Wochen hindurch so unendlich schwer ist, daß man vielfach der Meinung zuneigt, daß gerade eine solche fortdauernde Simulation wirklich zur Geisteskrankheit führen kann. Dem Fachmann kann man einzelne Symptome nicht vortäuschen. Die mehrfach erwähnten Briefe seien wohl sinmuliert, aber die Simulation beruhe auf krankhafter Basis. Ueber den Selbstmordversuch kann der Sachverständige nichts bestimmtes sagen. Der jetzige psychische Zustand von Grosse entspricht dem § 51 St. G.-B. Ueber die Frage, ob dies auch früher schon der Fall gewesen, könne er sich nicht äußern.

Von der Majestätsbeleidigung zum groben Unfug. In einer Wirtschaft in Nürnberg saßen vor kurzem früh gegen 2 Uhr die Stammgäste noch politisierend beisammen, wobei endlich das Gespräch auch auf die 1848er Revolution kam. Der Bildhauer Körber ließ sich im Verlauf des Gespräches sehr scharf über das bekannte Verhältnis des Bayernkönigs Ludwig I. zu der spanischen Tänzerin Lola Montez aus. Bald darauf geriet Körber mit dem Monteur Winter in einen Wortwechsel und schleuderte diesem ein beleidigendes Wort zu. Winter wußte nun sich nicht anders zu rächen, als daß er auf die Polizeiwache rannte und Körber wegen Majestätsbeleidigung denunzierte. Da aber ein längst vermoderter König nicht mehr majestätsbeleidigt werden kann, mußte der Grobe Unfug-Paragraph herhalten, und K. wurde für seine historische Betrachtung zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt, weil er mit seiner Aeußerung bei dem Zeugen Winter „Aergernis“ erregt hatte. Auf erhobenen Einspruch hin wurde die Strafe in *M.* 25 Geldstrafe umgewandelt.

Unwetter in Schlesien. Aus Grünberg wird gemeldet: Ein wolkenbruchartiger Regen rief am 6. Juni große Verkehrsstörungen hervor. Auf der Hauptbahn wurde die Unterführung weggespült. Durch die Umsicht des Bahnwärters wurde ein großes Unglück verhütet, 20 Meter vor der weggerissenen Brücke wurde der Schnellzug zum Halten gebracht. Für den Bahnwärter sammelte man im Zuge eine namhafte Summe. Auf der Nebenbahn Christianstadt-Grünberg wurde an drei Stellen der Bahnkörper kilometerlang fortgerissen und unterspült. Der Personenverkehr auf der Haupt- und Nebenbahn wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Güterverkehr wurde über Glogau geleitet.

Ein interessantes Angebot. Das Pariser Blatt „Gaulois“ erzählt folgendes: Der Direktor eines amerikanischen Blattes habe sich an den deutschen Kaiser gewandt mit dem Vorschlage, dieser möge für sein Blatt einen Artikel über den ostasiatischen Krieg schreiben; hierfür würde der Kaiser 20000 Mark Honorar erhalten. Dem Direktor wurde jedoch im Auftrage des Kaisers geantwortet, dieser habe weder Zeit noch Lust, sich mit der Sache zu befassen.

Wieder ein militärisches Zuchthausurteil. Das Kriegsgericht in Bromberg verurteilte die Kanoniere Friedrich Voth und Heinrich Wellner wegen militärischen Aufruhrs, tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte, Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Beleidigung von Vorgesetzten, ersteren zu sechs Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heer, letzteren zu fünf Jahren Gefängnis. Die Soldaten haben auf dem Marsche in einem Dorfgasthause einem Sergeanten, der ihnen Schnapstrinken verbot und sie aus dem Lokal wies, den Gehorsam verweigert und zuletzt sich tätlich vergangen.

Ein neues Meisterstücklein in der Ausweisung armer Frauen hat die Braunschweiger Polizeiverwaltung vollbracht, das als das stärkste aller bisher von ihr geleisteten betrachtet werden muß. Das Armenbudget der Stadt Braunschweig wird von der Polizeiverwaltung dadurch zu entlasten gesucht, daß die Frauen, die Armenunterstützung beanspruchen, wenn es irgend geht, einfach ausgewiesen werden. Der neueste Fall, der sicher noch einiges Aufsehen machen wird, ist folgender: Eine arme Witwe, deren Mann vor einigen Jahren gestorben ist, ernährte sich so gut es ging durch Beschäftigung in einer Spinnerei. Die Löhne in den Spinnereien sind bekanntlich die erbärmlichsten, die gezahlt werden. Die Frau geriet nun in Not und mußte die Armenverwaltung in Anspruch nehmen. Das war für die Polizeiverwaltung Grund genug, ihr am Montag Vormittag gegen 8 Uhr den Ausweisungsbefehl in der Fabrik zuzustellen, und zwar mit der Aufforderung, bis um 9 Uhr, also eine Stunde später, die Stadt zu verlassen. Seit etwa 15 Jahren arbeitet die Frau in Braunschweig und hat sich während dieser Zeit nie etwas zu schulden kommen lassen. Wie es ihr in einer Stunde möglich sein soll, ihre Angelegenheiten zu regeln, ist jedenfalls ein Geheimnis der Braunschweiger Polizeiverwaltung. Dieser unerhörte Vorgang wird jedenfalls noch Gelegenheit zu Auseinandersetzungen im dortigen Stadtverordnetenkollegium geben.

Kleinbahn-Idyll. Dem „Bielefelder General-Anzeiger“ wird berichtet: Der Zug, welcher 8,55 Uhr Abends von Enger nach Bielefeld fährt, zerriß am 4. Juni zwischen Enger und Pödinghausen bei einer Steigung, worauf der Vorderteil des Zuges weiterfuhr und der zweite Teil des Zuges auf der Strecke stehen blieb. In der Zwischenzeit von anderthalb Stunden, bis eine Reservemaschine von Enger den stehengebliebenen Teil des Zuges nach Bielefeld schieben konnte, hatte die Reisegesellschaft ein freudiges Ereignis zu begrüßen, indem eine mitreisende Frau, die sich in ein benachbartes Haus begeben hatte, eines munteren Knäbleins genas. Eine Feuerwehrkapelle, die auf dem Zuge aus Enger, wo ein Feuerwehrfest gefeiert worden war, mitfuhr, bewillkommnete den neugeborenen Wehrmann mit feierlichen Jubelklängen und gab der festlichen Stimmung der ganzen Reisegesellschaft den fröhlichsten Ausdruck.

Aus einer „Erziehungsanstalt“. Der seltene Fall, daß ein Gerichtshof sich alle Mühe geben muß, einem Angeklagten seine Unschuld nachzuweisen, während dieser hartnäckig darauf besteht, Diebstähle verübt zu haben, kam am 2. Juni in Mainz vor. Der 17jährige Zwangszögling Johann Steinbrech war innerhalb dreier Monate siebenmal aus der Erziehungsanstalt Klein-Zimmern entflohen. Um nicht mehr in die verhaßte Anstalt zu kommen, beschuldigte er sich, im Februar hier mehrere Diebstähle verübt zu haben. Die Strafkammer mußte ihm seine Unschuld förmlich nachweisen. Er war aber nicht davon abzubringen, daß er gestohlen habe. Er wurde freigesprochen und kommt jetzt in die Erziehungsanstalt nach Bonn. — Es läßt doch auf seltsame Verhältnisse schließen, wenn ein junger Mensch um jeden Preis lieber ins Gefängnis als in die Erziehungsanstalt will.

Die Reize des mandschurischen Feldzuges lockten den Musketier Zimmermann vom Infanterie-Regiment Nr. 46 in Posen, der am 1. Mai d. J. fahnenflüchtig wurde, und sich in Rußland für die Mandschurei-Armee anwerben zu lassen beabsichtigte. Er warf seine Uniform in die Warthe, um so den Anschein zu erwecken, daß er sich das Leben genommen habe oder das Opfer eines Unfalls geworden sei, nachdem er vorher einem Knecht die Kleider gestohlen hatte, die er anlegte. Sein Vorhaben sollte jedoch nicht zur Ausführung gelangen, denn er wurde noch auf deutschem Boden, kurz vor dem russischen Grenzübergange, in Pamientkowo, ergriffen und festgenommen. Da er sich bereits einmal der Militärdienstpflicht entzogen hatte, wurde er wegen Fahnenflucht im Rückfalle und Preisgabe von Montierungsstücken vom Kriegsgericht in Posen zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 1 Monat und 3 Wochen sowie zur Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Der Verurteilte hat also die Strapazen der russischen Soldaten in der Mandschurei dem Heeresdienst in Preußen noch vorgezogen!

„Abstinenten.“ In einer Nummer des „Abstinenten Arbeiters“ steht zu lesen: Eine wahre Geschichte. Vor Weihnachten hielt ich im Rathaussaale zu Preßburg einen Vortrag über „Mäßigkeit oder Enthaltsamkeit?“. Darauf wurde mir von einem der Zuhörer folgendes nette Erlebnis berichtetet: Eine Jagdgesellschaft besuchte am Sonntag die Dorfkirche und hörte eine Predigt über Mäßigkeit. Der Pfarrer schilderte mit beweglichen Worten die bösen Folgen des unmäßigen Trinkens und mahnte zur Mäßigkeit. „Woran aber,“ fragte er, „erkennt man die Mäßigkeit? Man erkennt sie daran, daß man immer um ein Maß weniger trinkt, als man verträgt. Ich, zum Beispiel,“ meinte der Pfarrer, „vertrage acht Maß, trinke aber immer nur sieben. Hier der Miska verträgt zwölf Maß, er sollte aber nicht mehr als elf trinken; denn die Unmäßigkeit widerspricht dem göttlichen Gebot.“ — Notabene! Der Ort liegt in einer Weingegend. Prof. Max Kassowitz.

Ein für „bessere“ Damen reservierter Markt. Das Höchste von Unverschämtheit leisteten die „besseren“ Damen in dem Städtchen Ehingen a. D. (Württemberg), indem sie an die Stadtverwaltung den Antrag stellten, „daß der Markt eine Stunde bloß für höhere Frauen reserviert bleiben solle, und erst wenn diese ihre Einkäufe besorgt haben, solle auch das niedere Volk der Geschäfts- und Arbeiterweiber samt den Händlern in die Räumlichkeiten des Marktes zugelassen werden“.

Prügelnde Minister gab es, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, am Dienstag in Belgrad zu sehen. Nachmittags gerieten auf dem belebten Theaterplatz Expremier Paschitsch und der Justizminister Nikolitsch in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Nikolitsch schlug Paschitsch mit einem Stock über den Kopf und zerbrach ihm den Zylinderhut. Paschitsch wollte parieren, doch faßte ihn Nikolitsch an die Gurgel und drückte ihn so lange an die Wand, bis das herbeigeeilte zahlreiche Publikum die Streitenden trennte. Den Anlaß zur Prügelei, die in Belgrad lebhaft besprochen wird, gab eine in der „Samouprava“ erschienene Notiz, die beleidigende Anspielungen auf das Familienleben Nikolitsch' enthielt. Paschitsch soll sich als Verfasser dieser Notiz bekannt haben.

Eine Schnupftabaksdose für *M.* 28000. Aus London wird berichtet: Die Auktion von Porzellan- und Kunstgegenständen des verstorbenen Herzogs von Buckingham brachte am Freitag bei Christie *M.* 224360. Der „clou“ des Tages war eine längliche goldene Schnupftabaksdose à la Louis XV., etwa um das Jahr 1760 von J. P. Ducrollay in Paris gearbeitet, die für *M.* 28000 verkauft wurde. Die Seiten, der Deckel und Boden sind farbig emailliert und zeigen Genreszenen in der Art von Chardin.

Vermischte Nachrichten. In Ost- und Westpreußen wurden am 6. Juni nicht weniger als zwölf Todesfälle durch Ertrinken beim Baden festgestellt. — Der sechsjährige Pflegesohn des Landmannes Wessarges in Fuhrberg bei Celle sperrte zwei Gespielinnen, die Töchter des Arbeiters Wienhöfer, ein zweijähriges und ein vierjähriges Mädchen, in den Stall mit den Worten, er wolle ihnen Osterfeuer zeigen. Der Knabe zündete dann den Stall an, der nebst dem Wessargesschen Wohnhause vollständig niederbrannte. Die beiden Mädchen wurden verkohlt als Leichen aufgefunden. — Infolge der Explosion einer Blasform auf dem Hochofenwerk der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb Meiderich sind vier Arbeiter verunglückt. Drei waren sofort tot, der vierte ist tödlich verwundet. — Der Pastor Wils, Archidiakonus in Großenhain, wurde in Dresden wegen Beihülfe zum Betruge zu *M.* 1500 Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte, Inhaber eines Detektivbureaus, Moritz Mathes, der kürzlich erst wegen Erpressung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erhielt wegen Betruges eine Gesamtstrafe von anderthalb Jahren Gefängnis.

Landgericht.

7. Juni.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Crasemann. Staatsanwalt: Dr. Schläger.

Eines Vergehens gegen die Hebammenordnung, Nichtbeachtung der Dienstanweisung für Hebammen und fahrlässiger Körperverletzung soll sich die Hebamme Frau Adolfine Charlotte Dorothea K. schuldig gemacht haben. Nach der Anklage hat die Frau K. eine Wöchnerin, die sie am 30. Oktober v. J. entbunden, der Hebammenordnung zuwider die ersten zehn Tage nach der Entbindung nicht täglich besucht, und ferner hat sie gegen eine eingetretene Entzündung der Augen des neugeborenen Kindes nur Waschungen der Augen mit Seife und Borwasser angeordnet, anstatt, wie es die Dienstordnung vorschreibt, sofort die Hinzuziehung eines Arztes zu veranlassen. Infolge dieser Vernachlässigung ist eine Gefahr für die Augen des Kindes herbeigeführt worden. Die Angeklagte gibt zu, daß sie die Wöchnerin nicht täglich besucht habe, jedoch habe sie dies, als dieselbe ihre Hülfe beanspruchte, sofort zur Bedingung gemacht, weil sie von derselben zu entfernt wohnte. Bezüglich der Augenkrankheit bestreitet sie, daß die Entzündung bis zu der Zeit, wo sie die Wöchnerin zum letzten Male besuchte, schon eingetreten bezw. erkennbar gewesen sei. Sie habe nichts von kranken Augen bemerkt, sonst würde sie unbedingt sofort die Hinzuziehung eines Arztes angeordnet haben. Den Schleim, wie er häufig in den Augen Neugeborener vorkomme, mittels Waschungen mit Seife und Borwasser zu beseitigen, habe sie vor 25 Jahren im Hebammenkursus gelernt und stets verordnet, ohne daß ihr jemals daraus Unannehmlichkeiten erwachsen seien. Der Sachverständige, Dr. Asch, der das Kind behandelt hat, sowie Dr. Sorgenfrei von der Medizinalbehörde, sind übereinstimmend der Ansicht, daß das Kind mit der Augenentzündung zur Welt gekommen sei, was die Angeklagte bei aufmerksamer Beobachtung hätte bemerken müssen. Durch die Art der Behandlung, die sie angeordnet, sei das Augenlicht des Kindes ungemein gefährdet worden. Der Staatsanwalt hält die Angeklagte im vollen Umfange der Anklage überführt und beantragt eine Gesamtstrafe von *M.* 150, event. entsprechende Gefängnisstrafe. Das Gericht verurteilt die Angeklagte wegen Vergehens gegen die Hebammenordnung und die Dienstanweisung zu einer Geldstrafe von *M.* 10 und wegen fahrlässiger Körperverletzung zu *M.* 50, event. für je *M.* 5 einen Tag Gefängnis. Das Gericht geht von dem Gesichtspunkt aus, daß die Hebammenordnung und die Dienstanweisung, die im öffentlichen Interesse erlassen sind, nicht durch private Abmachungen der Hebamme mit der Wöchnerin außer Kraft gesetzt werden können. Was die Körperverletzung anbetrifft, so wird die Fahrlässigkeit darin erblickt, daß die Angeklagte nicht die notwendige Aufmerksamkeit auf die Behandlung des Kindes verwandt hat, in welchem Falle sie die gefährliche Krankheit rechtzeitig hätte erkennen müssen.

Auf dem nicht mehr ungewöhnlichem Wege des allerordinärsten Kautionsschwindels hat der schon wiederholt wegen Betrugs und Urkundenfälschung vorbestrafte ehemalige Delikatessenhändler, spätere Geschäftsmakler Otto Karl Christian Hartmann in zehn Fällen stellenlosen Handlungskommis, Kontorboten rc. Summen von *M.* 800—1000 abgeschwindelt bezw. abzuschwindeln versucht, indem er sie, trotzdem er in seinem Maklergeschäft kaum selber Beschäftigung fand, als Kassierer, Boten rc. anstellte. Das also vereinnahmte Geld hat er teils zur Auszahlung von Gehältern, größtenteils aber für seine eigene Existenz verbraucht. Ferner hat er seine, auf Abzahlung entnommene, später seiner Ehefrau verschriebene Wohnungs- und Kontoreinrichtung, bevor er sie noch bezahlt hatte, an einen der Beschwindelten, als dieser ihm wegen Rückzahlung der Kaution zu Leibe rückte, notariell verschreiben lassen, worin die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Unterschlagung erblickt. In diesem Falle wird die Ehefrau des Angeklagten, Sophie Emilie, der Beihülfe beschuldigt. Der Angeklagte Hartmann bestreitet in allen Fällen die betrügerische Absicht, wie er auch eine Unterschlagung in der von ihm beliebten Handlungsweise nicht zugeben will. Er ist bei Abschluß der Verträge mit den Beschwindelten ziemlich vorsichtig verfahren. Es heißt in den Verträgen u. a.: „Unterzeichneter stellt der Firma eine Kaution in Höhe von *M.* ..... zur Verfügung“, wodurch er sich gegen eine ev. Anklage wegen Betruges sicher zu stellen geglaubt hat. Da ihm ein flotter Zungenschlag zur Verfügung steht, ist es ihm in fast allen Fällen gelungen, die Düpierten in den Glauben zu versetzen, daß er das ihm eingehändigte Geld bezw. Sparkassenbuch sofort auf der Bank deponieren würde, wohingegen er, wie er heute den Zeugen gegenüber behauptete, gesagt haben will, daß das Geld in seinem Geschäft genau so sicher sei, als wenn er es nach der Bank bringe. Einige der wenig geschäftskundigen und noch weniger redegewandten Zeugen werden den dreisten Behauptungen des Angeklagten gegenüber sehr unsicher in ihren Aussagen. Als Gesamtresultat der Beweisaufnahme hält der Staatsanwalt für festgestellt, daß der Angeklagte, der im vorigen Jahre nicht weniger als achtmal gepfändet worden ist und den Offenbarungseid geleistet hat, sein ganzes Maklergeschäft rein auf den Kautionsschwindel aufgebaut hat. Er hält ihn des vollendeten und versuchten Betrugs für überführt und beantragt mit Rücksicht auf seine Gemeingefährlichkeit gegen ihn eine Zuchthausstrafe von vier Jahren und sechs Jahre Ehrverlust und gegen die mitangeklagte Ehefrau wegen Beihülfe zur Unterschlagung eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Urteil des Gerichts lautet gegen H. auf zwei Jahre sieben Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft, und gegen seine Frau auf eine Geldstrafe von *M.* 20, event. zwei Tage Gefängnis.

Strafkammer III. Vorsitzender: Direktor Dr. Schrader. Staatsanwalt: Dr. Biedal.

Eine neunköpfige Diebes- und Hehlergesellschaft, bestehend aus den Geschäfts- und Rollwagenkutschern Johannes Meyer, Fritz Wohlers, Karl Mundt, Otto Lau, Friedrich Lamprecht und Johann Schemann als Diebe, und Grünwarenhändler Friedrich Karp, Krämer Theodor Stüven und Sandschiffer Fritz Geschke, hat sich wegen Diebstahls bezw. Unterschlagung bezw. Hehlerei, teils gewerbsmäßiger, teils einfacher, zu verantworten. Die ersteren fünf Angeklagten sollen auf verschiedenen Güterbahnhöfen allerlei Waren, zum Teil ganz beträchtliche Mengen, gestohlen und sie an die Mitangeklagten verkauft haben. Gegen den Angeklagten Sch. ist die Anklage wegen Diebstahls in eine solche wegen Unterschlagung umgeändert worden, indem die von ihm seinem Prinzipal veruntreuten 10 Säcke ihm von diesem anvertraut waren. Die gestohlenen Waren bestehen in 7 Sack Zwiebeln, 3 Kisten Apfelsinen, 1 Faß Schmalz, 1 Sack Reis, 16 Sack Kartoffeln, einer Partie Schinkenwürste, 1 Sack Kaffee und 1 Faß Butter. Den Sack Kaffee hat G., die anderen Waren haben K. und St. den Dieben abgenommen. Während die Diebe geständig sind, wollen die drei Hehler sich in dem Glauben befunden haben, daß die von ihnen gekauften Waren von den Verkäufern ehrlich erworben bezw. dieselben von den rechtmäßigen Eigentümern mit dem Verkauf beauftragt seien. Der Krämer St., der die Kolonialwaren von dem Grünwarenhändler K. gekauft hat, bestreitet entschieden, daß er den Umständen nach hätte annehmen können, daß der ihm bekannte K. nicht auf rechtmäßige Weise in den Besitz derselben gelangt sei. In gleicher Weise verteidigt sich G., der den Kaffee auch von K. gekauft hat. Nach einer sehr ausgedehnten Beweisaufnahme erkennt das Gericht folgende Angeklagten schuldig und verurteilt Meyer zu 8 Monaten Gefängnis, Wohlers zu 15 Monaten Gefängnis, Mundt zu 1 Jahr Gefängnis, Lau zu 4 Monaten Gefängnis, Lamprecht zu 6 Monaten Gefängnis, Schemann zu *M.* 10 Geldstrafe, ev. 2 Tage Haft, Karp zu 1 Jahr Zuchthaus, 2 Jahren Ehrverlust, spricht aber Stüven und Geschke von der Anklage der Hehlerei frei.

Aus den Schöffengerichten.

7. Juni.

Die Liebe war schuld daran. Unter der Anklage der gemeinschaftlichen Körperverletzung stehen zwei Ewerführertagelöhner. Außer diesen beiden bewarb sich auch ein Schlachtergeselle um die Gunst einer Maid, die letzteren bevorzugte. Darob ergrimmt, fielen eines Tages die beiden von der Wasserkante über den Schlachter her und verbimsten ihn in Gegenwart seiner Dulcinea. Das Gericht verurteilt die jetzt anscheinend von ihrer

aussichtslosen Liebe kurierten Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis bezw. ℳ 30 Geldstrafe.

Eine Großstadtsumpfpflanze. Ein trotz seiner Jugend schon mehrfach wegen leichtsinniger Streiche vorbestrafter Kontorbote C. erhielt vor einiger Zeit von seinem Prinzipal den Auftrag, einen Geldbetrag von ℳ 400 zur Post zu bringen. Anstatt dies zu tun, geriet er abermals auf Abwege und verkloppte das Geld in einem Hamburger Serail. Als man ihn beim Kragen nahm, war das Geld bis zum letzten Heller verjuxt. Der Angeklagte wird wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt, unter Anrechnung von 14 Tagen Untersuchungshaft.

Vereine und Versammlungen.

Die Herren Schriftführer werden gebeten, zu ihren Berichten nur schmales Papier zu verwenden und dasselbe nur auf einer Seite zu beschreiben.

Verband freier Krankenkassen. Versammlung am 26. Mai bei Hilmer. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergibt: Einnahme ℳ 15 900,05, Ausgabe ℳ 17 879,12. Die Abrechnung der Familienkasse: Einnahme ℳ 4821,40, Ausgabe ℳ 4821,12. Zur Abrechnung weist Huch auf einen Druckfehler hin, der aber an der Endsumme nichts ändert; ferner seien noch verschiedene Rechnungen nicht beglichen. Hoffentlich würde das Defizit in den nächsten Quartalen wieder eingeholt. Kröchel gibt den Bericht der Revisionskommission. Zaffke teilt mit, daß ab 1. April die Reichstaxe für Apotheker eingetreten sei. Herzog fragt an, warum ihm betreffs des Samariterkursus kein Bescheid zugegangen sei. Zaffke und Magnus geben Aufklärung. Dann wird von verschiedenen Rednern die Bummelei etlicher Kassenvertreter gerügt. Koll beantragt, den Bericht nicht mehr zu veröffentlichen; dies wird jedoch abgelehnt. Beschlossen wird, die Versammlungen präzise 9 Uhr zu eröffnen. Nicht vertreten sind: a) Zentralkassen: Böttcher, Altona, Ottensen; Buchbinder, Altona, Hamburg; Drechsler, Barmbeck, St. Georg, St. Pauli; Droschkenkutscher; Gold- und Silberarbeiter, Hamburg, Barmbeck; Maler, außer St. Georg, sämtliche; Maurer, Eppendorf, Steinbeck, Wilhelmsburg; Schmiede, Altona; Schuhmacher, Hamburg, Ottensen, St. Georg, Gr.-Borstel; Wagenbauer, sämtliche Zahlstellen; Zimmerer, sämtliche, außer Eimsbüttel, Hammerbrook; b) Lokalkassen: Eppendorfer Kasse 118, Allgemeine Arbeiterkasse Wilhelmsburg; Militärische Kameradschaft von Ottensen.

Speicher- und Lagerhausarbeiter. Mitgliederversammlung am 30. Mai bei Bahlsen Wwe., Rosenstraße 37. Kollege Görlitz hielt einen recht interessanten Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und führte den Kollegen recht eindringlich vor Augen, welchen Wert die freien Gewerkschaften haben. Wenn uns immer und immer wieder Begehrlichkeit vorgehalten wird, so sollten doch die Prediger einmal in die Häuser und Villen der Reichen gehen und denen vorhalten, daß Duelle Morde sind und gegen Gesetze und Gebote verstoßen, sowie daß das vornehmste Gebot der Kirche ist: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; doch würde wohl nicht viel dabei herauskommen, wie die Berggesetznovelle beweise. Redner erntete vielen Beifall für seinen Vortrag. Den Kartellbericht gab Sch. und machte bekannt, daß das Gewerkschaftsfest am 18. Juni in Horn stattfindet; Abmarsch 2½ Uhr vom Heidenkampsweg. Heyer gab bekannt, daß unser Sommervergnügen am 16. Juli bei Stüven, Reiherstieg, ist. Es müssen noch Lohnstatistikbücher geholt werden. Das Krankengeld für die Mitglieder kann nur Sonnabends in der Zeit von 5 bis 6 Uhr Nachmittags geholt werden. Die Agitationslisten sind von den Obleuten abzuliefern; der Vorsitzende ist Abends bis 7 Uhr Neuer Kran 4 anwesend.

Sektion der Bautischler. Versammlung am 2. Juni bei Springborn. Ein Antrag, der Zahlstellenversammlung zu empfehlen, den Beschluß der Verwaltung, die neuen Tarife für 20 ₰ abzugeben, rückgängig zu machen und diese unentgeltlich an alle Mitglieder zu verabfolgen, wird angenommen. Dann erstattet Nordhorn Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern bezüglich des neuen Akkordtarifs. Auch der allgemeine Vertrag habe uns Vorteile gebracht. So seien besonders die geregelte Arbeitszeit sowie die Lohnerhöhung, die Regelung der Ueberstunden und die einzuführenden Akkordbücher von eminenter Bedeutung für die Bautischler. Für die Erledigung von Streitfällen sei eine Schlichtungskommission eingesetzt; jedoch müsse man, bevor man mit einer Klage an diese herantreie, den Arbeitgeber auf die vorhandenen Mißstände aufmerksam machen und um Abstellung derselben ersuchen. Komme der Arbeitgeber berechtigten Wünschen der Kollegen nicht nach, so würden die Arbeiter durch die Schlichtungskommission zu ihrem Rechte kommen. Wenn der Vertrag drei Jahre Gültigkeit haben soll, sei es ganz selbstverständlich, daß auch unser Tarif eine Ergänzung erfahre. Sei der neue Tarif auch nicht nach aller Wunsch, so hätten wir doch bei diesem Kampfe einen ganz ansehnlichen Erfolg erzielt. Man müsse immer bedenken, der Tarif gelte für die allergewöhnlichsten Arbeiten; würde er richtig ausgelegt, würden die Kollegen schon auf ihre Rechnung kommen. Redner geht noch auf die einzelnen Bestimmungen des Tarifs ein, die zu wiederholen sich erübrigt, da nur durch eifriges Studium und Diskutieren des Tarifs in den Werkstätten dieser verständlich werden kann. Auf Anfrage Könens erklärte Lüth, daß nach wie vor an den Vorabenden der großen Feiertage um 4 Uhr Feierabend sei. Das Bezahlen der Zeit, in der nicht gearbeitet, sei jedoch nicht gut zu verlangen. Wir wollen auch von den Arbeitgebern nichts geschenkt, sondern nur unseren wohlverdienten Lohn, den aber auch ganz. Im ganzen hätten wir mit der Revidierung des Tarifs gut abgeschnitten. Wohl in ganz Deutschland hätte unser moralischer und materieller Erfolg kein Gegenstück. Pflicht der Kollegen sei es, den Vertrag sowie den Tarif strikte durchzuführen, denn wir dürfen die drei Jahre, die der Tarif läuft, nicht schlafen. Von allen Rednern ist Salleder allein der Meinung, daß wir uns mit dem Vertrag eine fürchterliche Blamage zugezogen haben. Ziemer ist gegen die Lohnarbeit, da die Kollegen in Lohn auch so intensiv wie im Akkord arbeiten müßten, wobei dann der Meister das Akkordgeld bekommt. Nordhorn führt noch einige von der Schlichtungskommission erledigte Fälle an, wobei er besonders das Betragen der Kollegen von Grimme tadelt. — Am zweiten Pfingsttag findet im „Eppendorferbaum" ein Vergnügen zu Gunsten der ausständigen Falkenrieder Kollegen statt, zu dessen Besuch eingeladen wird. Hierauf Schluß der schlecht besuchten Versammlung.

Gastwirtsgehülfen Hamburgs. Mitgliederversammlung am 2. Juni in „Stanges Hotel", Zeughausmarkt. Hillmann berichtet ausführlich über die Beschlüsse und Resolutionen, welche auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß in Köln gefaßt worden sind. Ueber das Sommervergnügen entspinnt sich eine sehr lange Debatte, man ist für eine Dampfertour. Es wird fast einstimmig beschlossen, unser Sommervergnügen am 15. Juni in Moorfleth bei Frau Hove abhalten. Auf Anfrage von Theophile macht Schulze darauf aufmerksam, daß, wenn ein Vorstandsmitglied viermal hintereinander in der Vorstandssitzung unentschuldigt gefehlt hat, dasselbe aus dem Vorstand ausscheidet. Lehmann gibt über die Besetzung in der Elbschloßbrauerei-Nienstedten Aufschluß; der Vorstand wird beauftragt, bei Herrn Topp vorstellig zu werden, daß er nur unseren Arbeitsnachweis anerkennt, wenn nicht, entziehen wir ihm unsere Leute. Ebenso werden noch verschiedene Lokale genannt, wo der Vorstand vorstellig werden soll, und die Kartelldelegierten werden beauftragt, in den Kartellsitzungen darauf hinzuweisen, daß in den Lokalen keine organisierten Kellner arbeiten. Um eine bessere Kontrolle über die Lokale zu haben, wo die Gewerkschaften ihre Vergnügen und Versammlungen abhalten, wird eine Kontrollkommission von sieben Mitgliedern gewählt, welche in den verschiedenen Stadtteilen sich mit den Lokalinhabern in Verbindung setzen soll, damit unsere Verbandskollegen dort arbeiten.

Sektion der Maschinenarbeiter und Kistenmacher. Versammlung am 27. Mai bei Westedt, Langergang. Hagge machte bekannt, daß die Aussperrung zu Gunsten der Tischler und Maschinenarbeiter verlaufen sei und daß für die Maschinenarbeiter auch etwas errungen sei: ein Stundenlohn von 53 ₰ und vom 1. April 1906 ab 55 ₰; Arbeitszeit 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Auch legte Hagge den Kollegen warm ans Herz, immer in die Versammlungen zu kommen; die letzte, bei Springborn, mußte leider vertagt werden, weil nur 20 Kollegen erschienen waren. Er ersuchte die Kollegen, heute Abend eine Kommission zu wählen, die dann die Sache in die Hand nehmen und kräftig in den Werkstätten agitieren soll. Osfeld machte der Verwaltung den Vorwurf, daß für die Maschinenarbeiter noch nichts getan wäre; auch müßten mehrere öffentliche Versammlungen in verschiedenen Orten abgehalten werden. Hecker ist es unbegreiflich, daß die Maschinenarbeiter sich den Kistenmachern anschließen sollen. Die Maschinenarbeiter wären doch eine Sektion für sich. Wenn eine Versammlung für die Kistenmacher abgehalten wird, kann doch nur über die Kistenmacher verhandelt werden und nicht über die Maschinenarbeiter. Franck meint, es liege einzig und allein an den Kollegen selbst; sie sollten sich nur der Organisation anschließen und immer zu den Versammlungen kommen. Hagge machte im Schlußwort den Kollegen klar, daß die Verwaltung keine Schuld hätte. Sie sollten sich nur einer Sektion anschließen und kräftig zur Versammlung kommen, dann würde die Verwaltung schon die genügenden Schritte tun, um ihre Lage zu verbessern. In die Kommission wurden Grahl, Brockmann, Hecker, Woest, Hoßfeldt, Hamann, Bremer, Kabervi, Schneider gewählt.

Ewerführer, Altona. Versammlung am 26. Mai bei Voigt. Zunächst verlas der Kassierer den Bericht. Da keine Einwendungen erhoben wurden, erfolgte die Entlastung. Zum Sektionsleiter wird John einstimmig gewählt. Zum Kartellbericht sprachen Röver und Winkelmann. Die Festabrechnung wird den Revisoren zur nächsten Abrechnung überwiesen. John erbittet eine namentliche Aufgabe der Leute, die in Altonaer Betrieben tätig sind und der Organisation nicht angehören. Hierauf Schluß der Versammlung. Anwesend waren 30 Mitglieder.

Oeffentliche Versammlung der Tabakarbeiter am 31. Mai bei Stoltenberg, Altona, Große Freiheit. Ins Bureau wurden Ad. Heising, C. Thieme und John Wittrock gewählt. Zur Einführung eines Extrabeitrages zur Ansammlung eines lokalen Unterstützungsfonds spricht Kollege Ramm. Er weist auf die vielen Streiks hin und meint, daß diese hauptsächlich deshalb so häufig verloren gehen, weil keine rechtzeitige Unterstützung von anderen Gewerkschaften geleistet würden. Sobald ein größerer Kampf ausbreche, werde mit der Erhebung von Extrabeiträgen durch Sammellisten begonnen. Dadurch verlieren wir die wertvolle Zeit, und die Hülfe käme zu spät. Deshalb müsse mit diesem System gebrochen werden; wir müßten bestrebt sein, zur rechten Zeit einen Fonds zu sammeln, damit bei etwaigen Anforderungen sofort Unterstützungen gegeben werden könnten. Zu diesem Zwecke hatte die Zahlstelle Ottensen schon seit längerer Zeit freiwillige Beiträge eingeführt. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß sich die Ottensener Kollegen anfänglich ziemlich rege an diesen Sammlungen beteiligt hätten, so sei es aber doch Tatsache, daß die Erträgnisse immer mehr zurückgegangen seien. Auch sei eine Ungerechtigkeit in diesen freiwilligen Sammlungen insofern zu erblicken, als dadurch immer nur die opferwilligen Kollegen, die auch zu anderen Sachen stets ihr Scherflein geben, bezahlen, während ein anderer Teil, der finanziell häufig noch besser gestellt sei, als die Zahlenden, sich von den Sammlungen drücke. Um diese ungerechte Besteuerung einzelner Kollegen abzuschaffen, sei es notwendig, eine andere Form zur Beschaffung von Hülfsmitteln einzuführen. Er beantrage, zu diesem Zweck für den ganzen Städtekomplex in sämtlichen Zahlstellen einen Extrabeitrag von 5 ₰ pro Woche zu erheben. Rechnen wir, daß 2000 Mitglieder in den Zahlstellen vorhanden sind, so würde das eine Gesamteinnahme von ℳ 5000 jährlich ergeben. Nach den Feststellungen des letzten Jahres seien für örtliche Zwecke etwa ℳ 3000 gebraucht worden. Obgleich nicht anzunehmen sei, daß die Ausgaben in jedem Jahre so hoch sein würden wie 1904, so würden aber doch selbst nach dieser Berechnung ℳ 2000 jährlich zur Ansammlung eines Kampffonds übrig bleiben. Er beantrage deshalb, daß den Mitgliedern ein Zirkular, worin die Gründe für die Erhebung dieses Extrabeitrages in eingehendster Weise klargelegt werden, zugestellt werde, und beantrage, über die Einführung des Extrabeitrages eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der in Frage kommenden Zahlstellen vorzunehmen, um so die Ansicht der gesamten Kollegen kennen zu lernen. Eine Abstimmung in der Versammlung halte er insofern für nicht tunlich, weil die Versammlung in Altona stattfinde und sich die Altonaer Kollegen ablehnend dem Antrage gegenüber verhalten hätten. Stahl ist gegen den Antrag und hält 5 ₰ wöchentlichen Extrabeitrag zur Ansammlung eines Kampffonds für zu wenig. Er verweist auf die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses, wonach die Gewerkschaften größere Fonds zu Streiks ansammeln müßten. Er glaube auch nicht, daß das der Zweck des Antrages sei, vielmehr daß damit nur bezweckt werden sollte, die Aufbringung der Kosten, welche die geschäftsführende Kommission verursache, zu bewirken. Thomas hält an Ramms Anträgen für einzig gut den Antrag auf Urabstimmung; er ist der Ueberzeugung, daß der übrige Teil des Antrages abgelehnt werde. Er ist gegen die Extrasteuer. Wir hätten noch immer die Kosten für wirtschaftliche Kämpfe mit aufgebracht und nicht an letzter Stelle gestanden. Dazu hätten wir allerdings auch die unorganisierten Kollegen mit herangezogen. Diese würden in Zukunft gar nichts mehr leisten, wenn wir den Extrabeitrag einführen. Unsere Vereinsbeiträge seien schon zur Bildung eines Streikfonds geschaffen. Er verweist gleichfalls auf Köln, wonach wir größere Mittel ansammeln müßten, und da würden wir von der Vereinsleitung schon zur Mehrzahlung veranlaßt werden. Hätten wir dann den heute vorliegenden Antrag angenommen, müßten wir später wieder Aenderungen vornehmen. Aus diesen Gründen sei er für Ablehnung. Ramm entgegnet, daß von den unorganisierten Kollegen wenig auf Sammellisten eingegangen sei. Uebrigens hätten die Organisationen die Pflicht, für volle Kassen zu sorgen und sich nicht auf die Unorganisierten zu verlassen. Er schildert ferner die Entstehung des Antrages in der Kommission und wendet sich gegen die Behauptung, daß der Antrag von den Vorständen abgelehnt sei. Schmelzmeier bestreitet gleichfalls, daß in Hamburg eine glatte Ablehnung des Antrages stattgefunden habe. Nur durch die untaktische Geschäftsleitung in der Hamburger Zahlstellen-Versammlung, die gleichzeitig einen Unterantrag, wonach nur 10 ₰ monatlich für lokale Ausgaben erhoben werden sollten, zur Abstimmung brachte, sei der 5 Pf. Extrabeitrag abgelehnt worden. Er spricht sich für Annahme der Kommissionsanträge aus. Ostertag teilt mit, daß die Altonaer in der Kommission zuerst für die Urabstimmung eingetreten seien, damit aber keine Gegenliebe gefunden hätten. Baxmeier stellt an Stahl die Anfrage, ob er die freiwilligen Sammlungen für gerechter halte, als die Erhebung eines Extrabeitrages, zu dem jeder gleichmäßig steuern müsse. Julius hält das Ansammeln eines Streikfonds für überflüssig. Er neige der Ansicht zu, daß ein von den Kollegen kolportiertes Gerücht, wonach ein besoldeter Beamter angestellt werden solle, die Aufbringung der Gelder erforderlich mache. Dafür könne er sich aber nicht erwärmen. Heising teilt hierauf mit, daß er als Vorsitzender der geschäftsführenden Kommission von einem solchen Plane nichts wisse, und deshalb weise er solche Unterstellungen ganz entschieden zurück. Tiedemann rügt die Ausführungen Julius', die nur darauf berechnet seien, Mißtrauen unter die Kollegen zu bringen. Er wendet sich gegen die Ansicht Thomas', der die Unorganisierten bei Sammlungen heranziehen will und gegen den Extrabeitrag ist. Man stelle den Unorganisierten hierdurch einen Freibrief aus, wonach sie nicht nötig hätten, sich der Organisation anzuschließen. Diese könnten sich stets darauf berufen, daß sie für wirtschaftliche Kämpfe auch ihren Teil beisteuerten und somit ihre Nichtzugehörigkeit zum Vereine beschönigen. Einen örtlichen Kampffonds benötigten wir umsomehr, weil sich bei unseren hiesigen Fabrikanten das Bestreben der Fabrikenverlegung immer mehr bemerkbar mache. Um dem vorzubeugen, liege es in unserem Interesse, die inländischen Kollegen ausgiebig in ihren Lohnkämpfen zu unterstützen. Stahl ist der Ansicht, daß freiwillige Sammlungen auf Listen gerechter seien, als ein obligatorischer Extrabeitrag, weil bei ersteren jeder Kollege das gebe, wozu er im stande sei. Er habe beim Bergarbeiterstreik in vier Wochen ℳ 500 aufgebracht. (Zuruf Ramms: Wir in Ottensen ℳ 1000.) Ruhleder ist im Prinzip für Extrabeiträge, hält aber 5 ₰ für zu gering. Thomas ist gleichfalls prinzipiell dafür, hält es aber in Anbetracht der Umstände für richtiger, wenn wir es jetzt nicht machen. Wir müssen stets auf die große Zahl der Unorganisierten Rücksicht nehmen. Er wendet sich in scharfer Weise gegen die Verdächtigung Julius'. Was der als Schreckgespenst den Kollegen vormale, halte er für einen Segen der hiesigen Tabakarbeiter. Er würde sich freuen, wenn wir in der Lage wären, einen besoldeten Beamten anzustellen. Es würde dann vieles besser bei uns sein. Dann könne auch für den Ausbau des Vereins mehr als bisher geschehen. Wie sehe es denn in Wirklichkeit damit aus? Vor 20—25 Jahren hatten wir schon 17 000 Tabakarbeiter in Deutschland organisiert. Seitdem hat sich die Tabakindustrie immer mehr ausgebreitet, und trotzdem jetzt za. 50 000 Tabakarbeiter mehr vorhanden seien als damals, habe der Verband es doch nur auf 20 000 Mitglieder gebracht; dies beweise, daß hier noch unendlich viel zu tun sei. Thieme hat den Antrag in der Kommission so aufgefaßt, daß der Fonds angesammelt werden solle, um hiesigen Kollegen im Falle eines Streiks Zuschüsse zu der Vereinsunterstützung, welche für einen Ort wie Hamburg zu gering seien, gewähren zu können. Schon aus diesem Grunde sei ein solcher Fonds eine Notwendigkeit. Auch er müsse eine solche Kampfesweise, wie sie Julius beliebt hätte, aufs schärfste verurteilen. Nachdem Tiedemann nochmals für den Antrag der Kommission eingetreten ist, und Baxmeier die Behauptung Stahls, daß die Kollegen auf den Listen je nach Leistungen zahlen, zurückgewiesen, behauptend, daß hier gerade der Drückebergerei Tür und Tor geöffnet sei, erhält Ramm das Schlußwort. Er bittet um Annahme des Antrages auf Urabstimmung. Wenn auch die Versammlung in Altona, welches ja die Einführung des Extrabeitrages grundsätzlich abgelehnt habe, stattfinde, und von vielen Gegnern des Antrages besucht sei, so habe er doch die feste Ueberzeugung, daß in den anderen Zahlstellen viele Kollegen mit dem Antrage sympathisieren und deshalb erwarte er von dem Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung die Annahme des Antrages auf Urabstimmung. Eine Abstimmung welche die Ablehnung des Antrages ergibt, wird angezweifelt. Durch eine nochmals vorgenommene Abstimmung kann der Vorsitzende konstatieren, daß der Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt sei. Hierauf verläßt ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer den Saal. In Anbetracht dessen stellt Thieme den Geschäftsordnungsantrag, den Bericht vom Gewerkschaftskongreß von der Tagesordnung abzusetzen, da die Kollegen ja anscheinend jetzt, nachdem sie die 5 ₰ gerettet, kein Interesse an der Berichterstattung hätten. Thomas ist dafür, daß wir den Bericht vom Gewerkschaftskongreß nicht entgegennehmen, dafür aber in eine Diskussion über denselben eintreten. Ostertag bedauert ebenfalls, daß die Kollegen so wenig Interesse für gewerkschaftliche Fragen bekundeten. Er hält es für notwendig, über einige Punkte, die speziell die Tabakarbeiter interessieren, zu berichten und bittet, demgemäß zu beschließen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Thieme abgelehnt, dagegen der Antrag Ostertag angenommen. Nunmehr verweist Thieme auf die vorgeschriebene Zeit, betonend, daß eine eingehende Erörterung unmöglich sei, und beantragt, demnächst eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongreß, einzuberufen. Dieser Antrag wird angenommen. Dann teilt Höppner mit, daß in einer Fabrik unter dem Minimallohn Arbeiten angefertigt werden. Heising erklärt, daß in dieser Angelegenheit schon eine Sitzung stattgefunden habe und die geeigneten Maßnahmen getroffen seien. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Muß in Hamburg ein Verunglückter erst eine Stunde auf der Straße liegen, ehe er in ein Krankenhaus gebracht wird?

Heute Mittag um 12½ Uhr wurde an den Vorsetzen ein Mann überfahren. Man brachte den vor Schmerzen laut Jammernden mittels einer schottischen Karre in den Hof des Hauses Nr. 26 dort. Trotzdem von einem Polizeibeamten sofort Meldung erstattet wurde, dauerte es doch bis kurz vor 1½ Uhr, bis ein Krankenwagen erschien, um den Schwerverletzten abzuholen. Natürlich umstanden den sich vor Schmerzen Krümmenden eine Menge Menschen, die ihrer Meinung über diese lange Verzögerung, trotzdem das Hafenkrankenhaus und die Hafenwache doch in der Nähe der Unfallstelle liegen, nicht gerade schmeichelhaften Ausdruck gaben. Von Schutzleuten wurde ihnen aber die jedenfalls recht beruhigende Erklärung, sie müßten sich nach ihrer Instruktion richten; ein Verunglückter müsse erst eine Stunde an der Unglücksstelle liegen, ehe er abgeholt würde. Ob der Schutzmann wirklich glaubte, dadurch zur Beruhigung der Leute beizutragen?

Thorschmidt, Kraienkamp 39.

Herrn Jasch zur Berichtigung!

Zunächst ist in meinem Bericht von einer Unterstützungsverweigerung des Kartells bei der Grobbäckerbewegung im Jahre 1900 gar nicht die Rede, sondern es steht dort, daß den Grobbäckern nicht die nötige Unterstützung zu teil wurde, und Jasch sagte doch in der Versammlung, daß Kretschmer, 2. Vorsitzender des Zentralverbandes, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des hiesigen Kartells in demselben darauf hingearbeitet habe, daß sie nicht genügend unterstützt wurden. Ob diese Behauptung auf Wahrheit beruht, habe ich nicht zu untersuchen. Wenn aber Jasch nicht weiß, was er spricht, so sollte er nicht große Reden halten. Nun zur Abstimmung über die Resolution. Stubbe verlas am Schluß seiner Ausführung die im Bericht bekanntgegebene Resolution. Während der Rede Stubbes überreichte aber auch Graf dem Bureau eine Resolution. Nun halte ich die Resolution für die erste, welche zuerst zur Kenntniß der Versammlung gelangt. Als Stubbe seine Resolution verlas, gebrauchte Jasch die Aeußerung: Ueber den Wisch lasse ich überhaupt nicht abstimmen. Während er nun die von Graf eingebrachte Resolution verlas, brachte Stubbe die von Jasch gebrauchte Aeußerung zur Kenntnis der Versammlung. Hierauf wurde stürmisch gerufen: Abstimmen lassen! Um der beabsichtigten Pflichtverletzung des 1. Vorsitzenden vorzubeugen, brachte Stubbe seine Resolution zur Abstimmung, und diese wurde mit Majorität angenommen. Hierauf schloß Jasch die Versammlung. Wenn Jasch behauptet, ihm sei die Geschäftsführung unmöglich gemacht durch Zerschlagen von Gläsern, Tischen und Stühlen, so ist das eine bewußte Unwahrheit. Zum Schluß der Versammlung wurde von denen Opposition gemacht, die gegen Stubbes Resolution waren, und das waren zum größten Teil die Elemente, welche fast immer die Herberge bevölkern und für die Organisation überhaupt nicht zu haben sind. Ich ersuche, diese Erklärungen mit dem Versammlungsbericht der Bäcker in Nr. 125 des „Hamburger Echo" zu vergleichen, welcher der Wahrheit entsprechend abgefaßt ist und auch mit diesen Erklärungen übereinstimmt. Im übrigen ist für mich die Sache erledigt.

W. Drewitz, Ifflandstr. 50.
Schriftführer der erwähnten Versammlung.

Bekanntmachung.

In den Staatsverband sind aufgenommen:

Moses Wolf Aron. — Adam Bakszas. — Herrmann Alexander Bernhardt. — Martin Böttger. — Johann Joachim Heinrich Boofs. — Martha Wilhelmine Bullerjahn. — Johann Ernst Fritz Carmohn. — Christian Friedrich Dickmann. — Oscar Georg Wilhelm Dreyer. — Heinrich Fitschen. — Friedrich Friedmann. — Willi Oskar Richard Götting. — August Wilhelm Grimm. — Karl Friedrich Moritz Grüne. — Hermann Eduard Otto Hedmann. — Ludwig Theodor Friedrich Howe. — Johann Heinrich Christian Jalandt. — Anna Luise Kersting. — Christoph Kilies. — Johann Timm Kock. — Friedrich Paul Krieg. — Johann Samuel Wilhelm Laborn. — Max Wilhelm Latz. — Carl Bernhard Lorenz. — Friedrich Wilhelm Merhof. — Max Diedrich von Minden, Dr. phil. — Friedrich August Paul Mücke. — Friedrich Richard Felix Müller. — Claus Friedrich Rogims. — Carl Heinrich Leonhard Quante. — Albert Heinrich Otto Friedrich Reimers. — Agnes Helene Reishaus. — Georg Carl Friedrich August Sänger. — Peter Wilhelm Sasse. — Johann Heinrich Georg Schefe. — Ernst Wilhelm Friedrich Schmohl. — Otto Heinrich Schumm. — Karl Heinrich Hermann Julius Spinzig. — Carl Stamm, Dr. med. — Mathias Stüttgen. — Ludwig Teske. — Wilhelm Karl Johann Hans Viereck. — Hans Jochim Heinrich Vogt. — Fritz Waller. — Johann Zegarski. — Paul Alfred Ziegner.

Hamburg, den 5. Juni 1905.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Bekanntmachung.

Das Bürgerrecht haben erworben:

Max Wilhelm Latz, Elektriker, Marktstraße 2, Haus 3. — Theodor August Hermann Kirchhoff, Steuermann, Fuhlsbüttelerstraße 344. — Joachim Wilhelm Christian Nicolaus Hausmann, Tapezierergehülfe, Cremon 14. — Henri Julius Robert Kruse, Geschäftsreisender, Wandsbeckerstieg 50. — Heinrich Ludwig Friedrich Bauer, Leiter einer Buchdruckerei, Schleidenplatz 2. — Emil Franz Ulsig, Zollaufseher, Niedernfelderstraße 7. — Louis Wilhelm August Stübing, Drechslergeselle, Schanzenstraße 55. — Johannes Augustin Hagemann, Arbeiter, Hellkamp 8. — Christopher Hinrich Rickers, Arbeiter, Tribünenweg 7. — Max Carl Heinrich Willöpper, Korbmachergehülfe, Speckstraße 23. — Ludwig Heinrich Joachim Kruse, Kommis, Wendenstraße 334. — Gottlieb Heinrich Franz Peters, Maurergeselle, Bergedorf, Bergstraße 51. — Julius Friedrich Georg Büddig, Zollbootsmann, Westerweg 37. — Wilhelm Leonhard August Carsten, Schiffszimmergeselle, Sielbeich 45. — Carl August Heinrich Meintzen, Schriftsetzer, Lindenallee 60. — Johannes Friedrich Heinrich Wilhelm Menzel, Bote, Albertstraße 3. — Anton Julius Johannson, Maschinist, Dorotheenstraße 97. — Ernst Guido Demmler, Arbeiter, Brauerknechtgraben 40. — Heinrich Theodor Willhöft, Tischlergeselle, Eilbeckerweg 98, Hinterhaus. — Hans Ludwig Carl Levelnecht, Gefängnisaufseher, Kurze Mühren 9. — Wilhelm Joachim Heinrich Gabriel, Schmiedegeselle, Sachsenstraße 83, Haus 6. — Carl Ludwig Christian Peters, Tischlergeselle, Feßlerstraße 30. — Hinrich Wilhelm Friedrich Heß, Schankwirt, Eimsbüttelerchaussee 140/142. — Wilhelm August Abel, Kaufmann, Lübeckerstraße 41. — Johann Carl Heinrich Krafft, Gerichtsdiener, Wrangelstraße 82 b. — Ernst Max Hirschler, Buchhalter, Nagelsweg 47. — Johann Carl Friedrich Schmidt, Straßeneisenbahnschaffner, Poßmoorweg 15. — Heinrich Wilhelm Peter Sander, Schiffszimmergeselle, Niedernfelderstraße 8. — Gustav Eduard Krause, Arbeiter, Grabenstraße 9, Hs. 6. — Max von Halle, Kaufmann, Lokstedt, Osterfeldstraße 6. — Franz Emil Michael, Tischler, Lortzingstraße 13. — Johannes Ernst Eduard Weber, Barbier, Friseur ꝛc., Elsastraße 29. — Hermann Rudolph Langmaack, Volksschullehrer, Henriettenstraße 9. — Wilhelm Johannes Liem, Maschinist, Reesestraße 19. — Georg Peter Heinrich Ahlers, Ober-Postschaffner, Asylstraße 19. — Albert Martin Hilarius Schalow, Arbeiter, Stresowstr. 88, Haus D. — Philipp Carl Rumpf, Bureaugehülfe, Menckesallee 37. — Anton Sillmann, Bureaugehülfe, Drehbahn 35. — Carl Heinrich Friedrich Kollerbohm, Maschinist, Baustraße 16a. — Fritz Julius August Störmer, Schankwirt, Bergedorferstraße 1. — Carl Gustav Eigendorf, Briefträger, Koppel 92. — Carl Wilhelm Bernhard Sieck, Buchhalter, Reismühle 10. — Hermann August Ferdinand Müller, Glasmachergehülfe, Bergedorf, Weidenbaumsweg, Glashütte 9. — Heinrich Paul Christoph Burmeister, Schutzmann, Marstraße 3. — Wilhelm Friedrich Hermann Maack, Tischlergeselle, Schmalenbeckerstraße 28. — Carl Heinrich Boscherau, Bote, Vereinsstraße 40c. — Carl Heinrich Christian Plöttner, Drechslergeselle, Bartelsstr. 3/5. — Johannes Heinrich Carl Eggert, Ewerführertagelöhner, Grützmachergang 17. — Johann Georg Josef Schmitz, Kunstmaler, Papenstraße 109. — Wilhelm August Ludwig Grospitz, Wagenschlossergeselle, Schmalenbeckerstraße 19. — Johann Christian Wilhelm Krohn, Maschinenmeister, Rosenhoffstraße 7. — Karl Otto Duckstein, Aufsehergehülfe, Geibelstraße 43. — Carl Martin Heinrich Turloff, Portier, Billhorner Kanalstr. 20. — Wilhelm August Carl Lichtwarck, Maschinist, Flachsland 48. — Friedrich Wilhelm Heidecker, Tischlergeselle, Heinrich Hertzstraße 107; Hs. 2. — Johannes Hermann Heinrich Wilhelm Brinckmann, Arbeiter, Vogelweide 11, Haus B. — Heinrich Wilhelm Hermann Löge, Buffetier, Susannenstraße 43. — Johann Friedrich Wilhelm Holtz, Vorarbeiter, Bartelsstraße 83. — Adolph Johannes Ferdinand Kröger, Tischlergeselle, Kapellenstraße 14. — Friedrich Christof Johannes Plath, Maschinist, Stadthausbrücke 22. — Johann Hinrich Wolkenhauer, Landmann, Fuhlsbüttel, Hummelsbütteler Landstraße 59. — Walter Julius Hane, Prokurist, Sierichstraße 46. — Emil Ernst John Julius Rademacher, Bote, Vereinsstraße 85, Hinterhs. — Wilhelm Christian Johann Gatzow, Arbeiter, Bergedorf, Weidenbaumsweg 2. — August Heinrich Wilhelm Pfannenschmidt, Gerichtsschreibergehülfe, Finkenau 10. — Johann Olof Paul Prinage, Zollaufseher, Humboldtstraße 73. — Carl Heinrich Friedrich Wilhelm Bobzien, Maurer, Hirtenstraße 37. — Robert Henry Georg Jochens, Schankwirt, Lappenbergsallee 29. — Hannes Wilhelm Mewes, Zollbootsmann, Steinwärder, Westerweg 37. — Heinrich Anton Gelitz, Schiffszimmergeselle, Jägerstraße 13. — Paul Carl Ferdinand Liedtke, Technischer Assistent, Rönnhaidstraße 28. — Paul Arthur Schacht, Buchhalter, Langereihe 7. — Ludwig Heinrich Kleinschmidt, Schlosser, Gothenstraße 53. — Peter Diederich Theodor Kruse, Kanzlist, Claus Grothstraße 2. — Oscar Georg Wilhelm Dreyer, Steuermann, Billhorner Mühlenweg 95.

Hamburg, den 5. Juni 1905.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Ernst Johannes Hermann Wittmaack mit Frieda Henni Eleonora Klara Kröger. — Anton Christian Andreas Ebenhuus mit Anna Catharine Marie Kluth. — Hans Alwin Heinrich Niemeyer mit Martha Helene Bardowicks. — Karl Paul Wilhelm Lütten mit Amanda Wilhelmine Katharine Auguste Leesemann. — Anton Ferdinand Harder mit Emile Maria Georgine Neudel. — Hermann Carl Albert Greßmann mit Dora Maria Margaretha Framhein. — Max Johannes Emil Philipp mit Emma Sophie Catharine Herbst. — Robert Emil Galetzki mit Marie Wilhelmine Lindemann. — Carl Heinrich Kagerah mit Anna Marie Trunz.

Standesamt Nr. 2.

Ernst Johannes Hermann Wittmaack mit Frieda Henni Eleonore Klara Kröger. — Albert Friedrich Ernst Steffens mit Hedwig Magdalena Lassen Doppel. — Carl Johannes Theodor Petersen mit Minna Auguste Christine Schmidt. — Carl August Koch mit Laura Wilhelmine Siebrasse. — Heinrich Friedrich Gustav Petersen mit Doris Auguste Sofie, geb. Manteufel, verw. Schünemann.

Hamburg, den 5. Juni 1905.

Standesamt Nr. 2a.

Jochim Wilhelm Rienau mit Johanna Maria Berta Rohde. — Georg Robert Albrecht mit Olga Emilie Oppelt. — Carl Otto Paul Mägdefrau mit Frieda Catharina Reinhardine Wulf. — Theodor Friedrich Albert Hinschen mit Margaretha geb. Steinbrecher, gesch. Schulz. — Claus Johann Hinrich Bornholdt mit Emma Agnes Wasow. — Carl Emil Johannes Möller mit Ludowica Charlotte Friederica Gerkens.

Hamburg, den 3. Juni 1905.

Standesamt Nr. 3a.

Paul Wollny mit Emilie Auguste Martha Hitz. — Heinrich August Hermann Georg mit Ida Laura Fraatz. — Karl Heinrich Schulz mit Agnes Mathilde Louise Priester. — Valentin Knebel mit Erne Dorathea Johanna Peters. — Ernst Adolf Oskar Neumann mit Bertha Maria Johanna Albrecht. — Alfred Gustav Reinhold Hesse mit Marie Mathilde Mackelburg.

Standesamt Nr. 20.

Fritz Ludwig Jonni Cäsar Theophilus mit Anna Luise Grethe Albers. — Gustav Reinhold Brauer mit Martha Pankratz.

Hamburg, den 5. Juni 1905.

Standesamt Nr. 21a.

Hermann Ruschmeyer mit Martha Hamann. — Eduard Albert Gruner mit Ida Josepha Ostendorf, gen. Donnerberg.

Hamburg, den 4. Juni 1905.

Standesamt Nr. 22.

Carl Georg Hansen mit Babetta Charlotte Ida Grünewald. — Hans Joachim Heinrich Bohnhof mit Catharina Peters. — Friedrich Georg Heinrich Herbst mit Justine Blondine Wilhelmine Steen. — Ludwig Theodor Friedrich Howe mit Margaretha Dorothea Rüpke. — Julius Emil Klein mit Maria Minna Krauledat.

Standesamt Nr. 23.

Gustav Bernhard Reinhold Schoenfeld mit Frieda Johanna Wilhelmine Schüder. — Adolf Hermann Emil Jacobsen mit Catharina Dorothea Franziska Cordes. — Christian Franz Heinrich Ahrens mit Maria Cornelia Boom. — Johann Valentin Carl Kalbacher mit Anna Maria Catharina Gerdau.

Hamburg, den 3. Juni 1905.

Standesamt Nr. 1.

Heinrich Garbers mit Magdalena Eydeler. — Hermann Friedrich Ludwig Kahlbom mit Martha Auguste Dorothea, geb. Lambrecht, verw. Nörring. — Johannes Heinrich Julius Behnke mit Maria Margaretha Wilhelmine Körbelin. — Friedrich Wilhelm Paul Steneberg mit Pauline Johanna Taackes.

Standesamt Nr. 2.

Franz Hermann Friedrich Dachner mit Louise Agnes Magdalene, geb. Wittmann, gesch. Konieczny. — Friedrich Steinberger mit Ernstine, geb. Redetzki, gesch. Silkenath. — Ernst Bernhard Heinrich Friedrich Reichenberg mit Johanne Elise Marie Matthies.

Standesamt Nr. 3.

Max Kugelmann mit Senta Kayser. — Heinrich Johannes Wilhelm Clasen mit Anna Marie Luise Krueger. — Karl Otto Matthaei mit Agnes Henriette Louise von Holten. — Peter Ferdinand Hermann August Stein mit Ida Uthof. — George Buckup mit Marie Pauline Margarethe Schiffmann. — Hermann Heinrich Rudolf Hintze mit Doris Anna Margaretha Schnoor.

Hamburg, den 6. Juni 1905.

Standesamt Nr. 19.

Johannes Friedrich Höger mit Annie Alice Minna Oldenburg.

Fuhlsbüttel, den 6. Juni 1905.

Standesamt Nr. 20.

Claus Christian Voß mit Marie Emma Hübner. — Julius Friedrich Bernhard Duunsing mit Anna Rosa Grabarczyk.

Standesamt Nr. 22.

Johann Wigmann mit Adele Wilhelmine Amalie Thöm. — Friedrich Wilhelm Hendrich mit Alice Erna Maria Ahrens. — Hans Emil Friedrich Löden mit Anna Auguste Maria Pahlen. — Franz Gustav Carl Kersten mit Friederike Anna Homann.

Hamburg, den 6. Juni 1905.

Standesamt Nr. 23.

Albert Rudolph Carl Haack mit Auguste Dorothea Christine Fehmerling. — Johann Samuel Gottschalk mit Johanna Elisabet Groeger.

Hamburg, den 5. Juni 1905.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.
(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 7. Juni, Vormittags.

Angekommen am 7. Juni.	Kapt.	Von
V. 5,50 Ost (D.)	Gehrels	—
7,25 Rhineland (D.)	Ross	Liverpool
„ Minerva (D.)	v. Spreckelsen	Blyth
9,10 Ella Woermann (PD.)	Franck	Lagos

Eingekommen: Schlepper Gladiator. — 9,40 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 7. Juni.	Nach
V. 5,40 Norden (D.)	Gothenburg
6,20 Sprite (D.)	Hartlepool
7,25 Saturn (Schl.)	Bremerhaven
„ Nr. 67 u. 80 (Kähne)	do.
8,— Astronom (D.)	London
9,— Rutland (D.)	Liverpool
9,30 Royal Dane (D.)	Newcastle
9,40 Cap Roca (PD.)	Buenos Aires

Abwärts gekommen: Schlepper Glückstadt.

Wind: ONO., schwach. Wetter: bewölkt. Barometer: 756,2. Thermometer: + 14,5° C.

Helgoland meldet: Wind: Ost, leicht. Wetter: bedeckt. See: ruhig.

Cuxhaven, 7. Juni, Nachmittags.

Angekommen am 7. Juni.	Kapt.	Von
V. 10,50 Mayo (D.)	Otro	Boulogne
11,15 Enak (Schlepper)	Fuyrmann	Bremen
„ Ulf (Leichter)	Habbe	do.
11,35 Centaur (Schlepper)	Giesecke	do.
„ Fremdenblatt (Leichter)	Heitmann	do.
N. 12,45 Helene Sauber (D.)	Kruse	Newcastle
1,10 August Bröhan (F.-D.)	Schmalfeldt	d. Nordsee
„ Eider (D.)	Owen	Southampton
3,30 City of Dortmund (D.)	Tyndall	Bristol
3,30 Edie (D.)	—	—

Von hier auf: 12 Uhr Schlepper Olga mit Fischerfahrzeugen H. F. 112, 130 und 140. — Ferner auf: 2,30 Uhr Schlepper Cato mit Fischerfahrzeugen H. F. 75, S. B. 66 und 81. — Eingekommen: dän. Fischerfahrzeug Anna, Kuff Marie. — 3,30 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 7. Juni.	Nach
V. 10, 5 Dagmar (D.)	—
10,10 Desterro (P.-D.)	Para
„ Unterweser 8 (Schlepper)	Husum
„ Fehmarn (Leichter)	do.
„ Christian (Leichter)	do.
10,55 Stahleck (D.)	Oporto
N. 12,40 Cobra (D.)	Hörnum
1, 5 Altona (D.)	Methil
„ Karlsruhe (D.)	—
3,30 Cranz (F.-D.)	d. Nordsee

Wind: Ost, frisch. Wetter: heiter. Barometer: 757. — Thermometer: + 21° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

7. Juni.	Kapt.	Von
V. 8,15 Maria (d. Segler)	Hellwege	Naumühlen
„ Adeline (d. Segler)	Breuer	Augustenburg
„ John Georg (d. Segler)	Brandt	Halmstad
„ Hanne Marie (d. Segler)	Lorenzen)	Falkenberg
11,20 Skattkarr (D.)	Asmundssen	Norrköbing

Helgoland meldet: Wind: Ost, schwach. Wetter: heiter. See: ruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Meteor, Schwamberger, Nordlandsfahrt, ist am 6. d. von Balholmen weitergegangen. — **Dortmund,** Albers, ist am 6. d. von New-Orleans via Newport-News nach Hamburg abgegangen. — **Hoerde,** Maass, ist am 5. d. in New-Orleans angekommen. — **Caledonia,** Mützell, von Westindien, ist am 6. d. von Havre nach Hamburg weitergegangen. — **St. Jan** ist am 6. d. in Vera Cruz angekommen. — **Sparta,** Lück, von Westindien, ist am 6. d. Dover passiert. — **Prinz Sigismund,** Bussmann, von Mittelbrasilien, ist am 5. d. von Lissabon nach Boulogne weitergegangen. — **Prinz Eitel Friedrich,** Hansen, ist am 6. d. in Bahia angekommen. — **Nauplia,** Heins, ist am 4. d. in Coronel angekommen. — **Troja,** Pook, von Nordbrasilien, ist am 6. d. in Lissabon angekommen. — **Sicilia,** Schubart, ist am 3. d. in Buenos Aires angekommen. — **Silvia,** Jäger, Truppentransport nach Ostasien, ist am 7. d. Borkum-Riff passiert. — **C. Ferd. Laeisz,** v. Hoff, ist am 7. d. von Nagasaki nach Shanghai weitergegangen. — **Brisgavia,** Russ, ist am 6. d. in Yokohama angekommen. — **Arabia,** Metzenthien, ist am 5. d. von Yokohama weitergegangen. — **Diana,** ist am 6. d. von Antwerpen abgegangen. — **Numantia,** Brehmer, ist am 5. d. von Astoria weitergegangen. — **Artemisia,** Schmidt, ist rückkehrend am 6. d. in Suez angekommen. — **Silesia,** Bahle, von Ostasien, ist am 6. d. in Havre angekommen. — **Sambia,** Lüning, nach Ostasien, ist am 6. d. Ouessant (Ushant) passiert. — **Badenia,** Rörden, von Ostasien, ist am 6. d. Gibraltar passiert. — **Rio Negro,** Fohl, ist ausgehend am 6. d. in Buenos Aires angekommen. — **Tilly Russ,** Korff, ist am 6. d. vom La Plata nach Rotterdam abgegangen. — **Rio Grande,** Ohlerich, ist ausgehend am 6. d. in Leixoes angekommen. — **Mendoza,** Schulz, ist ausgehend am 6. d. in Ceara angekommen. — **Bahia,** Bruhn, passierte ausgehend am 7. d. Vlissingen. — **Saint Oswald,** Tindall, ist ausgehend am 6. d. in Buenos Aires angekommen. — **Amasis,** Jansen, hat am 6. d. seine Rückreise von Havre nach Hamburg fortgesetzt. — **Anna Woermann,** Heitmann, ist heimkehrend am 6. d. in Sierra Leone eingetroffen. — **Karibib,** Flocter, ist ausgehend am 6. d. Dover passiert. — **Melita Bohlen,** Michelsen, von der Westküste Afrikas, ist am 6. d. in Hamburg eingetroffen. — **Bürgermeister,** C. Zemlin, ist ausgehend am 6. d. von Tanger abgegangen. — **Kanzler,** Birch, ist ausgehend am 6. d. in Mozambique eingetroffen. — **Flensburg,** Suhr, ist ausgehend am 7. d. in Fremantle angekommen. — **Offenbach,** Schütt, ist heimkehrend am 7. d. in Batavia angekommen. — **Frascati,** Timmermann, ist ausgehend am 3. d. in Marseille angekommen. — **Genua,** Rehbock, ist ausgehend am 3. d. in Malaga angekommen. — **Lissabon,** Matzen, ist heimkehrend am 4. d. von Lissabon nach Hamburg abgegangen. — **Malaga,** Müller, ist heimkehrend am 6. d. in Palermo angekommen. — **Marsala,** Brockmann, ist heimkehrend am 4. d. in Syracuse angekommen. — **Modena,** Friedrichs, ist ausgehend am 5. d. in Genua angekommen. — **Neapel,** A. Wendt, ist heimkehrend am 6. d. Dungeneß passiert. — **Ragusa,** Jensen, ist heimkehrend am 6. d. in Messina angekommen. — **Salerno,** W. Böse, ist am 2. d. von Sines nach Hamburg abgegangen. — **Savona,** Lemm, ist heimkehrend am 5. d. in Bona angekommen. — **Pera,** Hinrichs, war am 6. d. in Lissabon und setzte die Reise nach Algier fort. — **Styros,** Kell, war am 6. d. in Bourgas und setzte am selben Tage die Reise nach Varna fort. — **Rhodos,** Kapitän Buß, ist am 6. d. von Antwerpen nach Malta weitergegangen. — **Naxos,** Kaempfer, ist am 6. d. von Malta nach Rotterdam weitergegangen. — **Delos,** Agrell, ist am 6. d. in Taganrog angekommen. — **Leros,** Westphal, ist am 5. d. in Piraeus angekommen. — **Deutschland,** Dalldorf, ist am 6. d. in New-York angekommen. — **Phoebus,** Schierhorst, ist am 6. d. Scilly passiert mit der Bestimmung nach Hamburg. — **Bürgermeister Petersen** ist am 7. d. in Philadelphia angekommen. — **Santos,** Häveker, ist ausgehend am 7. d. in Lissabon angekommen. — **Varzin,** Schröder, ist auf der Heimreise am 7. d. von Amsterdam abgegangen. — **Elbing,** Schmidt, ist auf der Heimreise am 7. d. von Singapore abgegangen. — **Laeisz,** Wellhoefer, ist auf der Heimreise am 7. d. von Port Said abgegangen. — **Kaiser Wilhelm II.,** Högemann, am 6. d. in New-York. — **Kronprinz Wilhelm,** Richter, von New-York, am 6. d. auf der Weser. — **Kaiser Wilhelm der Große,** Cüppers, am 6. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach der Weser. — **Frankfurt,** Albrecht, am 6. d. von Galveston nach der Weser. — **Rhein,** Rott, nach Ostasien, am 7. d. Singapore passiert. — **Scharnhorst,** Maaß, nach Ostasien, am 6. d. in Genua. — **Trave,** Urban, am 6. d. von Port Said nach Odessa. — **Crefeld,** Vogt, nach Brasilien, am 6. d. in Lissabon. — **Roland,** Hellmers, nach Cuba, am 6. d. in Havana. — **Bayern,** Formes, von Ostasien, am 6. d. in Hongkong. — **Lichtenfels,** Frerichs, am 6. d. einkehrend Dover passiert. — **Steinberger,** Gronau, am 6. d. in Rangoon. — **Goldenfels,** Schwarz, am 5. d. in Antwerpen.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.
Hamburg, 7. Juni, Mittags 12 Uhr.

Thermometer (C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 19,8	+ 22,6	+ 14,8	753,8	NNO	wolkig

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg am 8. Juni:
Flut: 4 Uhr — Min. | Ebbe: 8 Uhr 30 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Aussig . . . . . 6. Juni	+ 0,18 m	—	
Dresden . . . . 6. „	— 1,25 m	Fall	0,07 m
Barby . . . . . 6. „	+ 1,20 m	Fall	0,08 m
Magdeburg . . 6. „	+ 1,13 m	Fall	0,07 m
Wittenberge . . 6. „	+ 1,60 m	Fall	0,10 m
Dömitz . . . . . 5. „	+ 1,20 m	Fall	0,11 m
Lauenburg . . . 6. „	+ 1,24 m	Fall	0,10 m

Aussig: Von den oberen Plätzen werden 20 cm Fall gemeldet.

Mutmaßliche Witterung am 8. Juni.
Nordwestdeutschland: Meist trübes Wetter mit Regenfällen und schwacher Luftbewegung ohne wesentliche Wärmeänderung.

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8½ Uhr: **Kartell Bergedorf,** bei W. Stille. — **Erd-, Zimmerer- und Abbrucharbeiter,** bei Hahnkamm, Niedernstr. 79. — **Maschinisten,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Bauarbeiter,** bei Vorwohle, Neustädterstraße. — **„Pionier", Verein für Erfinder zu Hamburg,** bei Röpke, Hopfenmarkt 22. — Abends 9 Uhr: **Gipser und Stukkateure,** bei Voß, Poolstr. 21.

Freitag, den 9. Juni, Abends 9 Uhr: **Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen,** bei Springborn, Valentinskamp. — **Bauschlosser,** bei Vorwohle, Neustädterstraße.

Dienstag, den 13. Juni, Abends 8 Uhr: **Sozialdemokratischer Verein für Blankenese,** bei David, Dockenhuden.

Mittwoch, den 14. Juni, Abends 9 Uhr: **Schlachter,** bei Springborn, Valentinskamp.

Soeben erschienen:

Führer

durch das

Krankenversicherungs-Gesetz.

Systematische Darstellung des Gesetzes in der Fassung der Novelle v. 25. Mai 1903.

Mit ausführlichem Sachregister.

Preis 30 Pfennig.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Fehlandstraße 11.

Gestohlene Gummi-Mäntel!!

Eine hohe Belohnung Demjenigen, der hierüber eine Spur geben kann.
Kaiser Wilhelmstraße 85, 2. Etage, Gummi-Fabrik.

Verloren echte Perle, Oberhemdknopf. Abzug. geg. hohe Belohn. Dovenhof 108/109.

Mit Genehmigung Eines Hohen Senats.

1 Los nur ½ M.

Ziehung am 27. Juni 1905

Stettiner Pferde-Lotterie

4304 Gewinne, W. Mark:

135000

Hauptgewinne:
7 kompl. bespannte Equipagen, 110 Reit- und Wagenpferde, Werth

113000

4200 silb. Gewinne, W. M.:

22000

Lose à 50 Pf., Porto und Liste 20 Pf., 11 Lose einschliesslich Porto u. Liste nur 5 Mk., empfiehlt das General-Debit

Carl Heintze,

HAMBURG, Alstertor 16 Heintzehof.

Rabatt-Bücher

werden in Zahlung genommen: Schwarze für M. 5,50, Grüne für M. 10.

Teilweise gefüllte, dem Inhalt entsprechend.

Rabattmarken aller Systeme werden ausgegeben.

Falk & Mengers,

Manufaktur und Konfektion,

Alter Steinweg 30/32.

Schurzfelle

für Schmiede, Küper, Küfer, Bierführer etc.
G. Goldschmidt, Kraienkamp 35.

Elsner's

Schuhwarenhaus,

Neuerwall 105—107.

An der Bürgerweide 52. Billh. Röhrendamm 54 a.
Wandsbecker Chaussee 123. Hammerbrookstrasse 56. Wexstr. 3.

Drei Graue Tage

Graue Damen-Schnürstiefel mit Lackgarnitur à Paar M. **4,85**

Graue Damen-Schnürstiefel mit Ledergarnitur à Paar M. **3,75**

Damen Graue Schnürstiefel mit Boxcalfgarnitur ..... à Paar M. 4,75
Damen Graue Schnürschuhe mit Lackgarnitur ..... à Paar M. 4,25
Damen Graue Hausschuhe, besonders angenehm ..... à Paar M. 1,90
Graue Schnürstiefel mit Boxcalfgarnitur Nr. 25—26 M. 2,75 | 27—30 M. 3,15 | 31—35 M. 3,60

Harburger Strand- oder Turnschuhe

Nr. 22—26 M. 1,25 | 27—28 M. 1,45 | 29—32 M. 1,55 | 33—35 M. 1,75 | 36—39 M. 1,95 | 40—43 M. 2,10

Freitag und Sonnabend bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Kostümröcke

Eigene Fabrikation

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Phantasiestoffen **3,50, 5, 7, 10, 15** Mk.
Amerikanische fussfreie Strassenröcke ..... **2,50, 4, 6, 9, 10** Mk.
Elegante Frühjahrs-Paletots, Jacketts, Sakkos in Tuch, Rips und Phantasiestoffen ..... **jetzt 5, 8, 10, 12, 15, 20** Mk.
Schwarze bestickte Frauen-Capes ..... **12, 15, 20** Mk.

Für die Reise- und Badezeit.

Reise- und Golf-Capes ..... **8, 10, 12, 15** Mk.
Gummimäntel, Reisemäntel, Regenmäntel ..... **10, 12, 15** Mk.
Havelocks und ¾ lange Paletots in schönen Covercoatfarben ..... **10, 12, 15** Mk.

Kostüme

Moderne Formen. Elegante Ausführung.
Jacken und Blusen-Kostüme in neuesten Stoffen ..... **12, 15, 20** Mk.
Fussfreies amerikanisches Jackenkleid für die Reise ..... **15, 20** Mk.

Damen-Mäntel-Fabrik

Renck & Co.,

Graskeller 14, Parterre, I., II. und III. Etage.

Elegante Jockey-Mütze gratis.

S. Meier, Posthof, Steinstr. 104-110.

Elegante Jockey-Mütze gratis. Elegante Jockey-Mütze gratis.

Tausendfache Auswahl in

eleganten Knaben-Blusen-Anzügen

hochschick, 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5²⁵, 6⁵⁰ M. usw.

1500 Knaben-Wasch-Blusen

waschecht, in dunkel, à 70 ₰, 95 ₰, 1¹⁰ bis 2⁵⁰ M.
in weiss und mode, von 1⁵⁰ bis 4 M.

Wasch-Anzüge und hochfeine Knaben-Anzüge
von 1⁵⁰ bis 12 M.

Jünglings-Garderobe in grösster Auswahl.

Jünglings-Anzüge von 6⁵⁰ an.

Elegante Jockey-Mütze gratis.

Blusen und Kostümröcke

in noch nie dagewesener Auswahl!

Jacketts, Kragen, Mäntel

und Kinderkleider,

nur das Neueste der Saison.

Abzahlung

wöchentlich M. 1.

F. A. H. Börs,

Möbel- und Warenhaus,
Steindamm 86, I., II. u. III. Etage,
Ecke Lindenstr., gegenüber Danzigerstr.

Täglich frisch.

Hannoverscher Stangel-Spargel.

Qual. I II III IV V VI
Pfund 60 ₰ 50 ₰ 45 ₰ 40 ₰ 30 ₰ 20 ₰

Bruch-Spargel Pfd. 25 ₰

Suppen-Spargel 6 Pfund 25 ₰, Pfund 5 ₰

Gebr. Heilbuth,

Steinstr. 121/127. Hamburgerstr. 101/103.

Nur Ia. Qualitäten.

Wiederverkäufern Extra-Preise.

Wiederverkäufern Extra-Preise.

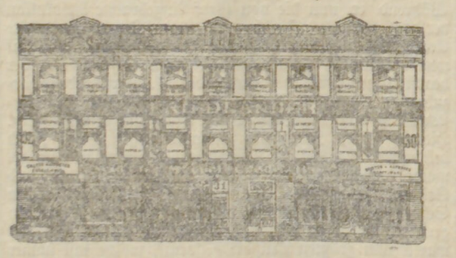
Gelegenheitskauf!
Moderne Plüschgarnitur, 2 engl. Bettstellen m. Federrahm. Altona, Weidenstr. 49, I. r.

Billig zu verkaufen helles Kleid, Unterrock, Cape, Sonnenschirm, Blusen, einige fesche Hüte und Wäsche. Alstertor 4, I.

Taschengarnit. 125, Säul.-Plüschgarnit. 100, Waschst. m. Spg. 16, Muschel-Bettst. m. Federr. 28, Kleiderschrk. 23, Buffet 135. Pedersen, Lindenstr. 52, St. G.

Billig zu verkaufen 2 Jacketts, Hose u. Weste. Schopenstehl 26, II.

A. Friedländer



Waren- und Möbel-Kredit-Haus.

Gegründet 1854.

30/32 Kohlhöfen 30/32

in den eigenen Geschäftshäusern.

Zum Pfingstfeste:

Herren-Garderoben,

Paletots und Anzüge,
Knaben-Anzüge und Paletots,
in sauberster Verarbeitung und guten haltbaren Stoffen.

Streng moderne schicke

Damen-Garderoben,

Jacketts, Capes, Kostüme, Blusen, einzelne Röcke etc.

Manufakturwaren, Wäsche, Kleiderstoffe, Fahrräder, Kinderwagen,
Teppiche, Portièren, Gardinen, Stores, Läuferstoffe, Steppdecken,
in neuesten Mustern
auf

Kredit

unter günstigsten Zahlungs-Bedingungen.

Alte Kunden ohne Anzahlung.

Freitag, 9., und Sonnabend, 10. cr., bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Herren-Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge, Damen-Garderoben auf Abzahlung von M. 1,— an.

Spiegelschrank oder **Spiegel** a. Abzahlung per Woche M. 1,— ev. ohne Anzahlg.

M. Charmatz & Co., Steinstraße 117, I. und II.

Partie neuer Herren-Anzüge

400

getragene Jackett-Anzüge, Rockanzüge, Paletots von M. 4, 5, 6, 8 an, von feinsten Herrschaften, einz. Jacketts, Röcke, Fracks, Hosen, alles billig,

elegante Damenkleider

M. 4, 5, 6, 8 an. Grosses Lager von Blusen, Capes, Röcken u. Jacketts v. M. 1,50 an, Kinderkleider und Knabenanzüge.

Venusberg 22, beim Schaarmarkt.

Frau Schwarz, Reinigungs-Anstalt.

Partie neuer Damenröcke.

Bis Pfingsten

noch verkaufe ich zu bedeutend ermäßigten Preisen wegen **Räumung** meiner Läger und **Verlegung** meines Geschäfts nach der **Steinstraße.**

Jeder erhält Kredit!

Große Auswahl in

Herren- Damen- Kinder-

Garderoben, fertig und nach Maß, in vorzüglicher Verarbeitung und Qualität,

Kleiderstoffen, Wäsche, Gardinen, Portieren, Teppichen, Kinder- und Sportwagen.

Möbel und Betten

zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen.

Hamburger Kredit-Bazar

A. Massmann

Hamburg, Pferdemarkt 22, I.

Vicat vertilgt mit der Brut Wanzen, Kakerlaken, Flöhe, Ameisen etc. Probat bei Ungeziefer für Vieh und Pflanzen.

In Dosen à 20, 40, 60 ₰ und M. 1 erhältlich in Drogerien.

General-Depot:
Cäsar Lühmann, Hamburg 23.

Zu verkaufen eine gute Hobelbank und eine Kiste mit diversem Werkzeug. Zu erfragen Dammthorwall 123, bei Blank.

! Offerte für Kenner!
Prima Herren- u. Damenrad, neuestes Modell, komplett für M. 50, exkl. G. Seilerstr. 22, pt. r.

Ein Herr.- u. Damenrad u. Singer-Nähmasch. umständeh. f. bill. zu verk. Steindamm 57, I.

Getragene Damen-Kleider

in Seide und Wolle, Kostüme, Jacketts und Kinder-Garderoben verkauft zu billigen Preisen Frau Krohn, Schmiedestraße 6, 1. Etage.

Zufall! Plüschgarn. M. 85, Bettst. m. gut. Federr. 23, Federb., fast neu, M. 15. Händler verb. Iffländstr. 67, Villa.

Mehrere hochf. Herren-Anzüge M. 12 u. M. 20, 2 ff. Paletots à M. 25 zu verkaufen. St. Pauli, im Zigarren-Laden, Eimsbüttelerstraße 18, Keller.

Brockhaus' oder Meyer's Lexikon,

neueste Ausgabe, zu kaufen gesucht. Auch Pfandschein darüber. Epstein, Grindelallee 5, II.